

# GESCHÄFTSBERICHT 2012

# L-BANK IN ZAHLEN

ÜBERSICHT 2009–2012 In Mio. EUR	2009	2010	2011	2012
Bilanzsumme	59.711,20	61.001,34	67.991,94	70.629,81
Eigenkapital	1.759,00	1.857,83	2.368,79	2.516,15
Zinsüberschuss <sup>1</sup>	394,20	422,05	420,76	437,82
Jahresüberschuss	50,31	148,82	640,96	147,35

	2009	2010	2011	2012
Kernkapitalquote	8,12 %	8,59 %	9,71 %	14,15 %
Gesamtkapitalquote	13,47 %	14,01 %	15,79 %	19,07 %
Eigenkapitalrendite	10,51 %	15,55 %	23,04 % <sup>2</sup>	14,02 %
Cost Income Ratio	29,90 %	26,68 %	29,46 %	30,08 %
Zahl der Mitarbeiter	1.230	1.222	1.218	1.225

	Moody's	Standard & Poor's
Rating	Aaa	AAA

<sup>1</sup> Betriebswirtschaftliche Betrachtung <sup>2</sup> Ohne Berücksichtigung der Auflösung der Vorsorgereserven gem. § 26a KWG a. F. und 340f HGB ermittelt

# INHALT

Grußwort des Vorsitzenden des Vorstands	04
Grußwort des Ministerpräsidenten	06
Schwerpunktthema	
Vive le Unterschied!	08
Le Mittelstand: kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland und Frankreich	10
Geschäftsfelder	
Beim ökologischen Umbau zeigt Baden-Württemberg großes Potenzial	
L-Bank Energieeffizienzförderung trifft auf hohe Investitionsbereitschaft im Land	22
Förderung der baden-württembergischen Wirtschaft	24
Förderung von Wohnraum	31
Förderung von Infrastruktur, Familien, Bildung und Sozialem	34
Unternehmensstruktur, Verwaltungsrat, Beirat	37
Personalbericht	40
Lagebericht	
Bericht des Vorstands der L-Bank über das Geschäftsjahr 2012	42
Bericht des Verwaltungsrats	76
Jahresabschluss	77

# GRUSSWORT DES VORSITZENDEN DES VORSTANDS



Liebe Geschäftspartner,

ein Perspektivenwechsel tut manchmal gut. Der kritische Blick von außen hilft dabei, Schwächen zu erkennen – oder auch die eigenen Stärken neu einzuschätzen. So ging es uns, als Frankreichs Politik und Wirtschaftspresse letztes Jahr über den Modellcharakter von „le Mittelstand allemand“ diskutierten. Gerade in Baden-Württemberg wissen wir, dass die solide Entwicklung unseres Landes auf seinen mittelständischen Unternehmen beruht; wir sind stolz auf den Innovationsreichtum unserer Wirtschaft, auf unsere Hidden Champions und die duale Ausbildung. In Frankreich wurde in diesem Zusammenhang insbesondere das in Deutschland zugrunde liegende Finanzsystem mit seinen Produkten für den Mittelstand analysiert. Auch die L-Bank wurde von Vertretern des Fonds Stratégique d'Investissement (FSI) über ihre Förderstrukturen und -angebote befragt. Das Fazit des FSI lautete: Die öffentliche Finanzierung trage wesentlich zum Erfolg des Mittelstands in Baden-Württemberg bei. Das regional orientierte Prinzip, die Hausbank vor Ort in Zusammenarbeit mit der Förderbank im jeweiligen Bundesland, sei entscheidend daran beteiligt, die notwendigen finanziellen Spielräume für die Entwicklung der Unternehmen zu schaffen. Die Institute auf Bundes- und Landesebene werden als die stabilisierenden Faktoren angesehen, von denen Deutschlands Volkswirtschaft in der Krise profitierte. Anregungen aus diesem deutschen Modell versuchen mittlerweile sowohl Frankreich als auch Großbritannien im Einklang mit den jeweils gewachsenen Strukturen umzusetzen.

Für die Förderinstitute in Deutschland geht es aktuell darum, dieses Erfolgsprinzip zu sichern und auszubauen. Denn auch sie sind wie alle Banken von der Regulierung auf EU-Ebene betroffen. Deren wichtiges Ziel ist, Banken und Finanzmärkte stabiler und krisenfester zu machen. Trotzdem stellt sich die Frage, ob diese Regeln den Förderbanken erlauben werden, ihre Aufgaben in Zukunft im Sinne ihrer öffentlichen Auftraggeber zu erfüllen. Das wird nur möglich sein, wenn die Unterschiede zwischen Förder- und Geschäftsbanken bei Ausgestaltung der Eigenkapitalregeln und der Bankenaufsicht berücksichtigt werden. Denn die Förderbanken müssen ihren gemeinnützigen Auftrag nicht nur in Krisensituationen erfüllen; sie sind für Bund und Länder unerlässliche Instrumente, um den Strukturwandel zu begleiten.

Die Energiewende ist hier das beste Beispiel. Mit Idealismus lässt sich zwar einiges bewegen, aber ohne hohe Investitionen sind die ehrgeizigen Ziele des Bundes und Baden-Württembergs nicht zu erreichen. Die notwendigen Maßnahmen müssen finanzierbar sein – und das ermöglicht die L-Bank mit ihrem Kreditangebot zur Energieeffizienzfinanzierung. Ob Privatleute ihr Haus sanieren oder Unternehmer im Verbrauch effizientere Maschinen einsetzen wollten – die Nachfrage, die mit der Einführung dieser Kredite im vergangenen Jahr einsetzte, lag über unseren Erwartungen. Das neue Angebot für den Mittelstand rückte innerhalb von neun Monaten zum zweitstärksten Programm der Wirtschaftsförderung auf. Durch die zeitgleich eingeführten Programme zum Bauen und Sanieren hat sich letztes Jahr das Kreditvolumen in der Wohneigentumsförderung fast verdoppelt. Diese Antragsflut belegt: Das Interesse, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, ist auf breiter Ebene da. Die Bilanz dieses Förderangebots zeigt: Um dieses Engagement auf den Weg zu bringen, sind unsere zinsgünstigen Kredite ein richtiger Ansatz.

Das ist einer der Bausteine, mit denen wir uns für eine ökonomische, soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung des Landes einsetzen. Diese Ziele müssen wir aber auf mehreren Ebenen verfolgen und auch bei unserer täglichen Arbeit prüfen, inwieweit wir diesen Anforderungen gerecht werden. Diesen kritischen Blick haben wir jetzt mit einem Nachhaltigkeitsmanagement fest in unserem Haus verankert. Letzten Endes geht es um verantwortungsbewusstes Handeln. Zentral bleibt für mich in diesem Zusammenhang die Frage: Arbeiten wir so, dass die kommenden Generationen in einem mindestens ebenso leistungsfähigen, lebens- und liebenswerten Baden-Württemberg aufwachsen werden wie wir? Mir ist es wichtig, darauf mit einem entschiedenen „Ja“ zu antworten.



Christian Brand

Vorsitzender des Vorstands der L-Bank

# GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN



Im baden-württembergischen Wirtschaftsjahr 2012 fiel der L-Bank wieder eine Schlüsselrolle zu. Durch den hohen Investitionsbedarf in einem florierenden wirtschaftlichen Umfeld galt es, eine erhöhte Kreditnachfrage zu befriedigen. Als Staatsbank für Baden-Württemberg konnte die L-Bank effektiv die Startfinanzierung vieler Geschäftsmodelle fördern und tausende Existenzgründerinnen und -gründer auf dem anspruchsvollen Weg in ihre Selbstständigkeit begleiten.

Nicht ohne Grund hat das amerikanische Magazin Global Finance im August 2012 die L-Bank auf Platz fünf der sichersten Banken der Welt gewählt. Das Kreditinstitut konnte schließlich von der guten wirtschaftlichen Gesamtsituation Baden-Württembergs und dem konjunkturellen Aufschwung profitieren – und umgekehrt. Für kleine und mittlere Unternehmen bleibt die L-Bank ein verlässlicher Partner.

Die große Vielfalt des Unternehmertums in Baden-Württemberg unterstreicht der Landespreis für junge Unternehmen, der alle zwei Jahre vom Land und der L-Bank vergeben wird. 466 baden-württembergische Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen hatten sich im vergangenen Jahr an dem mit 100.000 Euro dotierten Wettbewerb beteiligt. Sie alle zeichneten sich nicht nur durch ihren wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch durch ihre soziale und ökologische Kompetenz aus. Es imponiert mir, mit welchem Herzblut und mit welchem großem Verantwortungsbewusstsein viele junge Gründerinnen und Gründer in diesem Land mit Hilfe der L-Bank Neugründungen und Investitionen getätigt haben oder ihr Eigenkapital stärken konnten.

Mit Blick auf Basel III hat die L-Bank 2012 frühzeitig auf die Aufgaben der Eigenkapitalstärkung reagiert. Aus eigener Kraft konnte sie ihr Kernkapital ausreichend erhöhen. Das Ziel ist damit jedoch

nicht erreicht – auch in den nächsten Jahren wird Basel III die L-Bank vor die Herausforderung stellen, weitere Zuführungen zum Eigenkapital erbringen zu müssen. Ungeachtet dessen hat die Erfüllung des Förderauftrags für die L-Bank als verlässlicher Partner des Landes natürlich oberste Priorität.

Im vergangenen Jahr haben sich die Finanzminister Europas auf eine gemeinsame Bankenaufsicht geeinigt. Das Land und die L-Bank begrüßen grundsätzlich die Einführung dieses Kontrollorgans durch die Europäische Zentralbank. Um zukünftigen Finanzkrisen vorzubeugen, sind jetzt noch weitere geeignete Lösungen zu finden.

Für Baden-Württemberg ist die L-Bank nicht zuletzt auch eine große Stütze bei der Realisierung der Energiewende. Die Förderung von Energieeffizienzprodukten oder von Produkten zur Gewinnung von erneuerbarer Energie ist ein wesentlicher Bestandteil der Förderpalette der L-Bank.

Ich danke der L-Bank sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen Einsatz und wünsche auch für das Geschäftsjahr 2013 viel Erfolg – damit im Land der Tüftler weiterhin erfolgreiche Unternehmen den Markt mit innovativen Produkten bereichern und damit auch neue Arbeitsplätze schaffen können.



Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

## FRANKREICH – DEUTSCHLAND VIVE LE UNTERSCHIED!

DIE EINEN ARBEITEN, UM ZU LEBEN,  
DIE ANDEREN LEBEN,  
UM ZU ARBEITEN.

SAGT MAN. MAN SAGT

ABER AUCH, DASS GEGENSÄTZE SICH ANZIEHEN. UND SO SIND FRANKREICH UND DEUTSCHLAND, TROTZ IHRER UNTERSCHIEDLICHEN STÄRKEN UND SCHWÄCHEN, FREUNDSCHAFTLICH SO ENG MITEINANDER VERBUNDEN WIE KEIN ANDERES LÄNDERPAAR EUROPAS – SOWOHL WIRTSCHAFTLICH ALS AUCH POLITISCH. BEIDE LÄNDER HABEN IHRE KULTURELLEN EIGENHEITEN BEWAHRT. WER DAMIT RICHTIG UMGEHEN KANN, HAT SCHON VIEL GEWONNEN.








## PARLEZ-VOUS FRANÇAIS?

Franzosen sind sehr stolz auf ihre Sprache. Wer also Französisch spricht, hat schon viele Sympathien gewonnen. Und wer nicht, kann zumindest punkten, wenn er sich auf Französisch dafür entschuldigen kann, dass er das nicht tut.

## LE E-BOOK



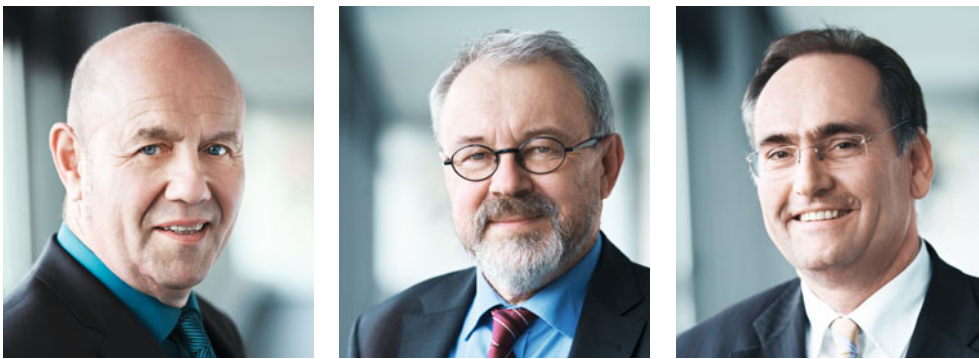
Den Geschäftsbericht stellen wir Ihnen gern auch in digitaler Form zur Verfügung. Einfach den QR-Code mit Ihrem Smartphone einscannen – und Sie gelangen direkt zu unserer Mobile Website, wo Sie den digitalen Geschäftsbericht herunterladen können. Dort finden Sie auch verschiedene Textausschnitte in gesprochener Form zum Anhören. Diese Passagen sind im folgenden Text mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Die Mobile Website erreichen Sie auch unter der Adresse [www.l-bank.de/gb2012](http://www.l-bank.de/gb2012)

# LE MITTELSTAND KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH



Fast die Hälfte aller Franzosen, so eine kürzlich veröffentlichte ARD-Umfrage, hält Deutschland für ein Erfolgsmodell; knapp zwei Drittel könnten sich vorstellen, auf der anderen Rheinseite zu leben und zu arbeiten. Denn Deutschland ist besser als seine europäischen Partner durch die Wirtschaftskrise gekommen, und das schreiben nicht nur die Franzosen unter anderem dem starken deutschen Mittelstand zu. Der Mittelstand sei ein wesentlicher Faktor für den Anschluss an die Zukunft, meint auch Bundesfinanzminister Schäuble, und das gelte nicht nur für Deutschland, sondern auch für den großen Nachbarn im Westen, für Frankreich. Über die Rolle des Mittelstandes in der deutschen und französischen Wirtschaft und die Frage, was man voneinander lernen kann, diskutieren Prof. Dr. Henrik Uterwedde, stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, und Jörn Bousselmi, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer in Paris, mit dem ARD-Hauptstadtkorrespondenten Norbert Carius.



▲ Von links nach rechts:


**Norbert Carius** – TV-Korrespondent, ARD-Hauptstadtstudio, 1985 ausgezeichnet mit dem Deutsch-Französischen Journalistenpreis, 1996–99 Korrespondent in Paris

**Prof. Dr. Henrik Uterwedde** – stv. Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg

**Jörn Bousselmi** – Hauptgeschäftsführer Deutsch-Französische Industrie- und Handelskammer Paris

*Nicht alle Vorschläge, die Minister Schäuble in letzter Zeit zur Einigung Europas gemacht hat, sind auf der anderen Seite des Rheins auf große Begeisterung gestoßen. Die Idee eines starken Währungskommissars, der notfalls auch den Franzosen in ihren Haushalt hineinregieren dürfte, ist in Paris mit ziemlicher Ablehnung zur Kenntnis genommen worden. Nichtsdestoweniger – Europa wächst zusammen und gerade „le Mittelstand“, die Unternehmen von einer Größe von ein bis etwa 500 Mitarbeitern, hat in diesem Wirtschaftsraum eine wichtige Rolle inne.*

**UTERWEDDE:** „Le Mittelstand“ ist in der Tat ein Begriff, der Eingang gefunden hat in die französische Fachsprache. Unzählige Sachverständigenberichte hat es in den letzten zehn Jahren über „le Mittelstand“ gegeben. Das ist ein Modell, das Frankreich fasziniert. Frankreich sucht ja seit einigen Jahren nach Wegen, wie es seine eigene Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen kann. Sie wissen, dass Frankreich im Vergleich zu Deutschland momentan in einer sehr schlechten Verfassung ist: Nullwachstum im dritten und vierten Quartal, eine Arbeitslosenquote, die seit der Krise 2009 von 8,6 auf 10,6 % zum Jahresende 2012 gestiegen ist.

Sie wissen, dass sie bei uns um den gleichen Prozentsatz heruntergegangen ist. Rote Zahlen in der Handelsbilanz, ein Defizit in der Zahlungsbilanz. Und der neue Präsident Hollande – ich beneide ihn nicht um seine Aufgabe – soll gleichzeitig versuchen, einem Land, das Weltmeister im Pessimismus ist, wieder Mut zu machen. Die Stimmung ist fast noch schlechter als die Lage.  [Zum Weiterhören](#)

## „Frankreichs Stärke liegt eher bei den Großunternehmen, der französische Mittelstand ist zu wenig innovativ und international.“

Allerdings: Man vergisst manchmal, dass Frankreich die zweitgrößte Ökonomie in Europa ist, dass es eine ganze Reihe von ökonomischen Stärken hat – seien es die börsennotierten Großunternehmen, seien es Sektoren wie Energieversorgung oder öffentliche Dienstleistungen. Frankreich hat seit Jahrzehnten eine gespaltene Wirtschaft: Die Großunternehmen müssen keinen Vergleich mit deutschen oder anderen Topunternehmen der Welt scheuen. Auf der anderen Seite steht eine Myriade von Klein- und Kleinstunternehmen, die nicht immer ganz vorne dabei sind, wenn es um Effizienz und Innovationsfähigkeit geht. In Deutschland haben wir Firmen wie Würth, Stihl, Kärcher, die im Lauf von Jahrzehnten groß wurden und nun Weltmarktführer in ihren Nischen sind. Derartige Success-Stories gibt es in Frankreich zu selten.

*Woran liegt es, dass die Franzosen diese Chance nicht ergreifen, vom deutschen Mittelstandserfolg zu lernen?*

**BOUSSELMI:** In Frankreich ist der Mittelstand bereits seit vielen Jahren ein Thema, aber erst seit kurzem in der öffentlichen Diskussion. In sehr typischer Weise wurden Strukturunterschiede, Größenmerkmale und Führungsmethoden analysiert, um den deutschen Mittelstand als Erfolgsmodell „fassbar“ zu machen. Daraus ist eine neue statistische Kategorie von französischen Unternehmen entstanden, die „ETI“, entreprises de taille intermédiaire, der große französische Mittelstand, der seit 2008 auch gesetzlich verankert ist. Das sind – vereinfacht gesagt – etwa 4.000 überwiegend – familiengeprägte Unternehmen mit 250 bis 5.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz bis 1,5 Milliarden Euro. Es folgten zahlreiche Studien, um die wirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes für Wachstum, Beschäftigung und Exporterfolg zu belegen. Denn das Gedankenmodell der Franzosen war bis dato vorwiegend auf die – häufig auch staatlich beeinflussten – Großkonzerne ausgerichtet. Diese statistische Betrachtungsweise vernachlässigt jedoch zum einen die erforderliche gesellschaftliche Anerkennung des Unternehmertums und zum anderen die entscheidende Rolle des Ausbildungssystems, das in Frankreich völlig anders ist als in Deutschland. Das sind meines Erachtens wesentliche Bausteine für den erfolgreichen deutschen Mittelstand.



Zielvorgabe für junge Franzosen ist das französische Abitur (Baccalauréat) mit anschließender Ausbildung an einer Eliteschule (Grand École). Nicht irgendein Abitur, sondern es muss ein Mathematik-Abitur sein, denn nur das ermöglicht den Zugang zu allen Studiengängen. Es ist schon paradox, dass in einem Land der Literaten das Literatur-Abitur am wenigsten wert ist. Und wer eine Ausbildung in Form einer Lehre macht, gilt eigentlich ohnehin als gescheitert. Es sind ganze gesellschaftliche Prozesse, die somit ins Laufen kommen müssten, um einen französischen Mittelstand mit einer Verankerung in der Region und einer übergreifenden gesellschaftlichen Anerkennung aufzubauen. Es wird vom „patronat“ und vom „travailleur“ gesprochen. Es geht nicht um den Unternehmer und den Mitarbeiter, sondern es ist eine klare Klassendiskussion, die weiterhin die Diskussionskultur bestimmt. Auch das macht die Entwicklung eines anerkannten und erfolgreichen mittelständischen Unternehmertums nicht einfacher.


„Das französische Bildungssystem stellt jungen Leuten den Weg in die Staatskonzerne als erstrebenswert dar und ist deshalb mittelstandsfern.“



## BESPRECHUNGSKULTUR

Franzosen diskutieren, um zu diskutieren. Deutsche diskutieren, um Recht zu bekommen. Und bauen deshalb gerne auf Daten, Zahlen und Fakten. Deshalb ist es gut zu wissen, dass Franzosen solchen Argumentationen eher misstrauisch gegenüberstehen.

*Der Mittelständler ist ja abhängig von Finanzierungsinstrumenten, von Förderungen, von Kontakten zur Wissenschaft. Er ist von Innovationen abhängig und das ist in beiden Ländern etwas unterschiedlich. Just am Vorabend unserer Diskussion hat man in Paris beschlossen, eine neue Mittelstandsförderbank zu gründen. Wie hat etwa ein Unternehmer, der eine Hundertschaft von Arbeitern beschäftigt, Zugang zu Fördertöpfen, zu wissenschaftlichen Erkenntnissen, zu Innovationen?*

**BOUSSELMI:** Dass die Finanzierung des Mittelstandes in Frankreich nach wie vor eine Problematik darstellt, wurde erkannt, und es gibt seit einigen Jahren den Ansatz der regionalen Finanzierung innovativer kleinerer Unternehmen, insbesondere in Form von Krediten und begrenzten Unternehmensbeteiligungen. Die neue Mittelstandsbank soll künftig die unterschiedlichen Strukturen zusammenführen und besser koordinieren. Böse Zungen behaupten, es wird nun wieder zentralisiert und nicht regionalisiert. Auf politischer Ebene wird versichert, dass die Entscheidungen unternehmensnah in den Regionen getroffen werden sollen. Die große Frage wird somit die der Gouvernance und der tatsächlichen praktischen Umsetzung sein.  [Zum Weiterhören](#)

## TRINKGELD

Mit 5 bis 10% des Rechnungsbetrags liegt man richtig – wie in Deutschland auch. Der Unterschied: In Frankreich sollte sich der Zahlende ein „Stimmt so“ unbedingt verkneifen.

**UTERWEDDE:** Diese neue Bank wird zur Hälfte vom französischen Zentralstaat und zur Hälfte von der staatlichen Bank, der Caisse des Dépôts et Consignations, finanziert und geleitet. Sie ist eine zentralstaatliche Einrichtung, und mindestens 80% der Kredite sollen mit Beteiligung der Regionen an regionale Partner vergeben werden. Sie haben in Frankreich eben seltener diese Zwischengewalten, sei es in Form von Ländern oder Kommunen, sei es in Form von Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft oder von Sozialpartnern, die erdnah mit in diesen Gremien sitzen und solche Entscheidungen bottom-up fällen können. Es steht zu befürchten, dass es in Frankreich doch wieder von oben herab passiert.



Hätten die dezentralen Akteure wirklich die Kompetenzen, aber dann eben auch die Verantwortung für gute und schlechte Entscheidungen, dann müssten sie sich vollkommen anders verhalten. Das wäre für mich eine Kulturrevolution. Ich denke, dass Frankreich da hinkommen muss, nicht zum Föderalismus, aber zu stärker dezentralen Akteuren, die viel mehr Eigeninitiative entwickeln können. Das ungehobene Potenzial – neben der guten demografischen Entwicklung – ist die Wirtschaftsdynamik in den Regionen, die in der Zusammenarbeit der regionalen Akteure eine Dynamik entfalten könnte, was im Augenblick einfach nicht geht, weil diese Akteure so stark am Tropf des Staates hängen.

*Das Gleiche gilt für den Austausch von Forschungsergebnissen, für die Umsetzung von Technologie in Produkte. Auch ein Mittelständler muss innovativ sein, damit er auf dem Markt bestehen kann. An den Zahlen sieht man, dass deutsche Mittelstandsunternehmen sehr viel stärker exportorientiert und auf den Weltmärkten wettbewerbsfähiger sind.*

**BOUSSELMI:** Forschung ist traditionell erst einmal Staatsaufgabe gewesen, und man hat erst vor wenigen Jahren angefangen, Unternehmenscluster zu bilden. Diese Clusterbildung geschieht jedoch häufig eher von „oben“, sei es staatlich kontrolliert oder durch Großunternehmen. Eine kooperative, weitgehend selbstständige Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen erfolgreichen mittelständischen und innovativen Unternehmen wird dadurch nicht unbedingt leichter. Bereits vor einigen Jahren hat sich Frankreich intensiv die Fraunhofer-Gesellschaften angeschaut und ist sich ihrer Bedeutung sehr bewusst. Daraufhin wurden die Instituts Carnot gegründet. Das sollte das Pendant werden, aber Finanzierung und Struktur sind völlig anders. Es ist lediglich ein für fünf Jahre verliehenes Label, das auch wieder entzogen werden kann. Es stehen zudem wenig eigene finanzielle Freiheiten dahinter. Dennoch versuchen beide Einrichtungen verstärkt zusammenzuarbeiten.

**„Mittelstand kann man nicht befehlen, Mittelstand muss wachsen, und das braucht eine lange Zeit, länger, als Politiker sie üblicherweise aufbringen wollen.“**

*Ein Phänomen aus der Statistik: Es gibt in Frankreich durchaus viele Gründungen von kleinen und mittleren Unternehmen. Viele davon verschwinden aber auch wieder – und zwar auf zwei Arten: Entweder sie sind erfolgreich, sie wachsen und werden dann von den Großkonzernen aufgesogen, oder sie sind nicht erfolgreich, müssen sich vom Markt zurückziehen und melden Insolvenz an.*

**UTERWEDDE:** Das hat viel mit dem Wirtschaftsklima zu tun, auch mit der Wirtschaftskultur. Ein französischer Kollege hat das mal sehr schön gesagt: Eigentlich ist es ein ökologisches System. Das ist nicht eine Frage der Finanztechnik (ich gebe

den KMU ein bisschen mehr Geld, mache ein bisschen weniger Bürokratie und dann läuft das schon), sondern das ist sozusagen eine organische Entwicklung. Wenn Sie sich die heutige Unternehmensstruktur bei uns anschauen, wie viel Zeit die gebraucht hat, bis sie sich entwickelt hat – wir kennen ja alle diese alten Marken, die wir heute noch sehen und die schon unsere Großväter und Großmütter gekannt haben. Die Wurzeln sind bei uns im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, nach 1870, zu finden. Unternehmensstrukturen brauchen unglaublich lange Zeit, um sich zu entwickeln. Sie brauchen ein unternehmensfreundliches Klima, das ihnen hilft, groß zu werden, aber ihnen auch die Zeit gibt, sich zu entwickeln. Der beste Beweis ist für mich immer wieder Ostdeutschland. Da war eben grosso modo 60 Jahre lang das freie Unternehmertum verstaatlicht worden. Und die blühenden Unternehmenslandschaften können gar nicht so schnell entstehen. Die gute Nachricht ist: Man braucht eigentlich nicht so furchtbar viel Geld, um ein unternehmens- und mittelstandsfreundliches Klima zu schaffen.

Die schlechte Nachricht ist für jeden Politiker:

Wir rechnen da eher in sehr langen Zeiträumen. Und wie Keynes es schon gesagt hat: „In the long run, we are all dead.“ Sie können deshalb nicht einfach den Leuten sagen: „Jetzt machen wir mal eine schöne mittelstandsfreundliche Politik und in 50 Jahren werdet ihr dann schon sehen, wie schön alles ist.“

In diesem Dilemma steckt Frankreich: Französische Politiker denken oft von oben herab. Nur eine Anekdote: Es gab seit den 70er Jahren vier oder fünf staatliche Entwicklungspläne für den Werkzeugmaschinenbau. Die haben alle nicht funktioniert, weil im Maschinenbau nicht der Staat Kunde ist wie bei Airbus früher oder bei der Rüstungsindustrie, sondern Unternehmen, und der Markt entscheidet.



## URLAUBSZIELE

Während die Deutschen die unumstrittenen Reiseweltmeister sind, machen Franzosen lieber Urlaub im eigenen Land.



*Die Situation eines Unternehmens wird ja von mehreren Parametern gekennzeichnet. Über Forschung und Innovationstransfer haben wir gesprochen, ebenso über die gesellschaftliche Verankerung. Das Thema Steuer- und Abgabepolitik lassen wir aus, da herrscht Einigkeit: Die Steuern sind immer zu hoch. Aber: Wichtiges Kapital eines Unternehmens sind dessen Mitarbeiter – wenn die nicht fähig sind und sich engagieren, hat die ganze Firma ein Problem. Hier könnte man leicht einen Transfer in die Wege leiten, denn Ausbildungssysteme sind modifizierbar.*

**BOUSSELMI:** Das ist ein wichtiges Thema. Aber ich glaube nicht, dass es leicht übertragbar ist. Frankreich hat ein sehr staatlich dominiertes, zentralisiertes und von oben bestimmtes System. Hierzulande haben wir bei den Ausbildungsberufen den Vorteil, dass die Unternehmer die Lehrpläne mitentwickeln, die Inhalte in den Betrieben auch selbst umsetzen und bei den Prüfungsabnahmen mit dabei sind. In Frankreich ist das Selbstverständnis wohl eher: Ausbildung, dafür werden Steuern bezahlt, das muss und will der Staat gewährleisten, das ist nicht auch noch Aufgabe des Unternehmertums. Wir haben in Frankreich eine Jugendarbeitslosigkeit von ungefähr 25 %. In Deutschland liegen wir bei etwa 7 %. Die Diskussion dreht sich zunehmend um den tatsächlichen Bedarf und die Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen. Für Frankreich ist es relativ neu, dass viele der Unternehmer sagen: Diese Elitehochschulabgänger sind wunderbare Manager, doch so viele Manager können wir gar nicht beschäftigen. Wir brauchen auch den technikorientierten Verkäufer, wir brauchen den verkaufsorientierten Techniker, wir brauchen diese Integration. Wenn der Firmenchef eine französische Führungskraft im Management für ein Jahr im Vertrieb arbeiten lassen möchte, dann wird dies von der Führungskraft wohl eher als Diskriminierung, als Herabstufung wahrgenommen und nicht als Kompetenzerweiterung für den Karriereaufbau.

**„Im Grenzraum wären Ausbildungspartnerschaften sinnvoll. Doch die Sprachbarriere verhindert einen problemlosen Austausch.“**

**UTERWEDDE:** Was aber auch damit zusammenhängt, dass in Frankreich und auch in französischen Unternehmen das Hierarchiedenken noch sehr viel stärker verwurzelt ist und dass man auch in den Chefetagen weniger funktional denkt. Die Größe des Dienstwagens ist nicht so bedeutend, aber viele andere Statussymbole sind schon von sehr großer Wichtigkeit.

**BOUSSELMI:** Man wird auch als 50-Jähriger noch gefragt, wo und bei wem man seine Abschlüsse gemacht hat. Die Hochschulabschlüsse prägen die ganze Berufslaufbahn. In Frankreich müssen Sie deshalb überdiplomiert sein. Alle großen Firmenchefs haben in der Regel mehrere Abschlüsse von verschiedenen Elite-schulen. In Deutschland schaut man sich den ersten Abschluss eigentlich nur an, wenn man ins Berufsleben einsteigt. Danach fragt man eher, was hast du die ganze Zeit gemacht, welche Zusatzqualifikationen hast du erworben?

*Frankreich und Deutschland haben eine lange gemeinsame Grenze, die in den letzten Jahrzehnten ein bisschen durchlässiger geworden ist. Sie ist längst noch nicht unsichtbar, außer wenn man zum Einkaufen fährt. Aber sobald es um den Beruf geht, sobald es um Unternehmerschaft geht, sobald es um wirtschaftliches Engagement geht, ist es immer noch schwierig. Gibt es im Grenzraum eine wirkliche Zusammenarbeit?*

**UTERWEDDE:** Es ist ja jetzt ein Thema geworden – und wird vielleicht auch eines werden im grenzüberschreitenden Bereich –, dass man in unserer heimischen Wirtschaft junge Leute aus dem Nachbarland brauchen könnte, wo die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist. Nur sollten sie eben keinen Bachelor of Toolmaking haben, sondern eine vergleichbare Ausbildung oder vielleicht gleich hier in Deutschland die duale Ausbildung machen. Landesregierungen, aber auch die Bundesregierung arbeiten jetzt, im Vorfeld der 50-Jahr-Feier des Élysée-Vertrags, daran, ob man nicht Ausbildungspartnerschaften und stärkere Verzahnungen schaffen kann.

Eines der Probleme ist die Sprache. Sie haben – selbst im Elsass – zu wenig junge Leute, die sich problemlos ins Berufsleben integrieren lassen. Sie können eben nicht einfach 20 bis 30 km über die Grenze fahren, um dort eine Lehre anzufangen. Hier müsste man überlegen, ob es nicht gelingt, vernünftige Sprachangebote oder begleitende Angebote für diese Lehrlinge zu schaffen. Dass hier sozusagen Angebot und Nachfrage zusammenkommen können: mit unserem Nachwuchsmangel durch den demografischen Wandel und auf der anderen Seite den vielen Franzosen, die einen Job suchen.

## „Frankreichs großer Vorteil: der Kinderreichtum dank besserer Betreuungsangebote und größerer gesellschaftlicher Akzeptanz für berufstätige Mütter.“

*Es gibt einen Punkt, bei dem wir etwas von Frankreich lernen können, und das ist tatsächlich die Demografie. Frankreich hat zwar dieses wenig praxisbezogene Bildungssystem, wenn die Kinder älter sind, aber es hat den großen Vorteil der Vorschule, der École maternelle. Und es hat in der Gesellschaft eine andere Auffassung von Frauen, die einerseits im Beruf Karriere machen, die Vollzeit arbeiten, auf der anderen Seite aber drei oder vier Kinder haben. Die gelten bei*



## CHEFWAGEN

In Frankreich sind große, teure Autos keine Statussymbole wie in Deutschland. Der Grund dafür ist aber eher pragmatisch: Mit einem kleinen Wagen findet man viel leichter einen Parkplatz. Doch auch bei Geschäftspartnern kommt man besser an, wenn man nicht mit einer protzigen Limousine vorfährt.

*uns gerne mal als Rabenmütter. Die Franzosen haben eine völlig andere Demografiekurve als die Deutschen. Sie haben ein großes Problem nicht, nämlich dass die Gesellschaft in sehr absehbarer Zeit völlig überaltert sein wird. Was können wir da lernen?*

**UTERWEDDE:** Wenn Sie in Frankreich die Leute fragen, zeigt sich: Sie sind Weltmeister im Pessimismus für ihr Land. Sie sind aber, wenn sie ihre eigene Zukunft betrachten, durchaus optimistischer. Eine Gesellschaft, die, ich sage es einmal etwas technokratisch, ein so dynamisches Reproduktionsverhalten an den Tag legt wie Frankreich, das ist eine Gesellschaft, die an die Zukunft glaubt. Insofern muss man die Franzosen nicht verlorengelassen, im Gegenteil!

Was können wir daraus lernen? Ich sage Ihnen mal, wann das in Frankreich angefangen hat. Das war während der Katastrophe 1940, als Frankreich von den Hitlertruppen überrannt wurde. Da fing in Frankreich ein großes Nachdenken an. Das ist dann nach 1945 übergegangen in eine Familienpolitik, die den Namen auch verdient. Ein rigoros familienfreundliches Einkommensteuerrecht. Ein familienfreundliches Klima können Sie nicht von oben dekretieren, aber es hat sich entwickelt. Dann die Ganztagschulen, die es den Frauen erlaubt haben, arbeiten zu gehen – ab Ende der 60er Jahre haben sie einen rasanten Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Das heißt aber, die Franzosen haben vor etwa 70 bis 75 Jahren angefangen umzusteuern. Das nun auf Deutschland übertragen zu wollen, wäre so ähnlich, wie wenn ich den Franzosen sagte: „Das mit dem Mittelstand, das ist wichtig“ – da braucht es sehr, sehr viel Zeit, so dass wir die Früchte einer solchen beginnenden Umkehr vielleicht erst in einem halben Jahrhundert ernten könnten.


*Was also können Deutsche und Franzosen vom jeweiligen Nachbarn lernen?*


**UTERWEDDE:** Vom Nachbarn lernen wollen – ich denke, das ist ein ganz wichtiges Motiv der deutsch-französischen Beziehungen, aber auch des Zusammenwachsens Europas. Es geht nicht um den schnellen Import von irgendwelchen Mechanismen und Steuersätzen und so weiter. Sondern es geht um das Verständnis dessen, wie eine Gesellschaft tatsächlich hier in der Demografie – sozusagen „pro Familie“ –

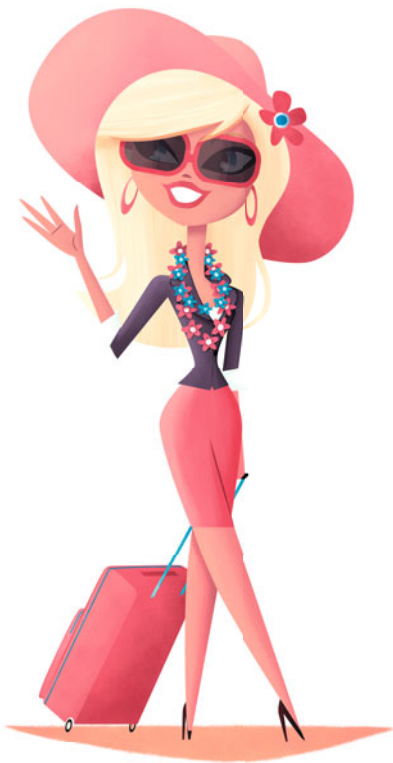
## SOMMERFERIEN

Das Jahr in Frankreich ist inoffiziell in die Zeit vor und nach der Sommerpause eingeteilt. Ab Mitte Juli bis einschließlich 15. August ruht in den meisten Unternehmen und Büros die Arbeit. Deshalb sollte man in dieser Zeit besser keine geschäftlichen Termine vereinbaren.



umgedacht hat und wie sich das ausdrückt. Genauso wie es im Mittelstand bei den Franzosen darum geht, einen Mentalitätswandel in Politik und Gesellschaft für ein mittelständisches Unternehmertum zu schaffen. Beides braucht Zeit. Aber beides muss in Angriff genommen werden, mit diesem berühmten langen Atem.  [Zum Weiterhören](#)

**BOUSSELMI:** Jeder hat seine eigenen Entwicklungen und Strukturen, das ist häufig geschichtlich bedingt, das hat seine innere Berechtigung und lässt sich nur langfristig ändern. Was man daraus lernen kann, ist, dass jeder sein eigenes System anschaut und fragt: „Wie kann ich mein eigenes System verbessern?“ Das macht ja auch die Stärke des klassischen deutschen Mittelstandes aus. Er fragt eben nicht: „Welche Produkte könnten noch hinzugefügt oder ersetzt werden?“ sondern zuerst: „Wie mache ich dieses eine Produkt – von dem ich weiß, es ist gut – noch besser?“ Was spricht dagegen, dass man in Frankreich stolz ist auf seine erfolgreichen Großkonzerne? Was spricht dagegen, wenn man kleine, mittelständische Unternehmen wachsen lässt und sie am Ende vielleicht doch in einen Großkonzern integriert? Wir müssen nicht alle das Gleiche machen. Am Ende entscheidet die erfolgreiche Umsetzung unter den jeweils gegebenen Rahmenbedingungen. Das kann auch die Kooperation zwischen deutschen und französischen Unternehmen sinnvoll und erfolgreich machen. Wenn jeder beim anderen die jeweiligen Stärken erkennt und diese dann auch gemeinsam gezielt zum gegenseitigen Vorteil im nationalen, europäischen und internationalen Wettbewerb nutzen kann.  [Zum Weiterhören](#)



# BEIM ÖKOLOGISCHEN UMBAU ZEIGT BADEN-WÜRTTEMBERG GROSSES POTENZIAL L-BANK ENERGIEEFFIZIENZ- FÖRDERUNG TRIFFT AUF HOHE INVESTITIONS- BEREITSCHAFT IM LAND

Fragen zur Energiewende prägten wie kaum ein anderes Thema im vergangenen Jahr die Diskussionen. Der Umbau der Energieversorgung und die Verringerung des Energieverbrauchs sind nicht kurzfristig zu bewältigen, sie erfordern einen engagierten Einsatz – und zwar auf lange Sicht. So soll der Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland bis 2020 um 40 % reduziert werden. Baden-Württemberg will die führende Energie- und Klimaschutzregion Deutschlands werden.

Geplant ist, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung im Land auf 16 % zu verdoppeln. Gleichzeitig soll der Energieverbrauch bei Gebäuden gesenkt werden. Denn der Wandel zu einem nachhaltigen System erfordert, dass an allen zur Verfügung stehenden Hebeln angesetzt wird. Das heißt, die erneuerbaren Energien müssen ausgebaut, Einsparpotenziale genutzt und die Energieeffizienz muss gesteigert werden. Um diese Ziele zu erreichen, ist das Engagement aller gefordert; Wirtschaft, Kommunen und Privatleute sind gefragt. Aber unabhängig davon, wer sich engagiert und welche Projekte geplant werden: In der Regel sind beträchtliche Investitionen notwendig. Ob die Vorhaben in der Folge wirtschaftlich tragbar sind, hängt in hohem Maß von der Finanzierung ab. Die Förderung gibt hier Impulse, die entscheidend für das Gelingen der Energiewende sind.

Im April 2012 hat die L-Bank deshalb ihr Förderangebot mit neuen Energieeffizienz-Programmen ausgebaut. Das Interesse und den Bedarf an diesen Finanzierungen dokumentierte die hohe Nachfrage: In neun Monaten – ab Programmstart im zweiten Quartal – wurden mehr als 12.000 Kredite vergeben. Als hochge-

stecktes Ziel war für diesen Zeitraum ein Kreditvolumen von 1 Mrd. Euro geplant – und wurde erreicht. Auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz dieser Maßnahmen kann sich sehen lassen: Über 80.000 Tonnen werden jährlich eingespart.

## AUF VERSCHIEDENEN WEGEN ZUM ZIEL

**W**as ist der Königsweg zur Energiewende: die Solarthermie für das Einfamilienhaus oder Großprojekte wie Desertec? Auf keinen dieser Wege sollte verzichtet werden: Regenerative Energie lässt sich in ganz unterschiedlichen Größenordnungen gewinnen. Die Wende wird aber nur gelingen, wenn alle diese Möglichkeiten genutzt werden. Was beim Stichwort Förderung bedeutet: Das Angebot muss dieses breite Spektrum an Vorhaben und möglichen Investoren aufgreifen.

Neben dem Ausbau regenerativer Energien bleibt die effiziente Energienutzung ein Muss. Wir brauchen neue Technologien, die Produktivität mit geringem Energieverbrauch verbinden. Das heißt, wir brauchen einerseits Unternehmen, die diese Technologien entwickeln. Wir brauchen andererseits aber auch Unternehmen, die bereit sind, diese technologischen Innovationen in bestehende Prozesse einzuführen: Betriebe, die weder die Risiken noch die Kosten scheuen, die eine solche Umstellung der Produktion bedeutet. Hier kann nicht ausschließlich auf unternehmerischen Idealismus gesetzt werden. Auch wenn sie ökologische Ziele verfolgen, müssen Unternehmen gewinnorientiert arbeiten. All diese Innovationen haben daher eines gemeinsam, sie benötigen eine kraftvolle Anschubfinanzierung. Genau deshalb ist an dieser Stelle Förderung notwendig. Durch sie werden diese Investitionen nicht erst auf längere Sicht wirtschaftlich und sind folglich leichter zu verwirklichen. Denn laut einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft erwarten 80 % der Unternehmen, dass sich Investitionen in die Steigerung der Energieeffizienz innerhalb von fünf Jahren amortisieren.

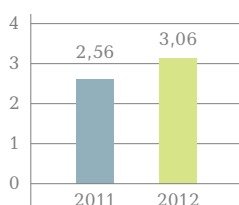
Bezahlbare, sichere Energie wird im Wettbewerb der Standorte an Bedeutung gewinnen. Die Projekte, die wir jetzt finanzieren, sichern die Energieversorgung von morgen. Das Ergebnis wird sein: Mehr regenerative Energie wird gewonnen. Die vorhandene Energie wird besser genutzt und wird damit mehr bewirken.

**7,9**  
Mrd. €  
für Baden-  
Württemberg

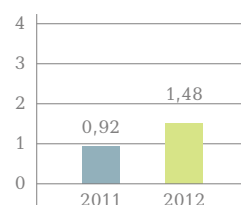
## Förderung 2011–2012

In Mrd. Euro

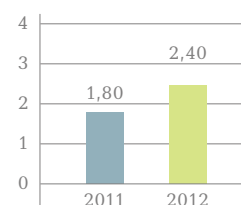
### Wirtschafts- förderung



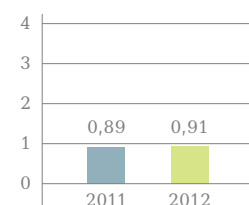
### Wohnraum- förderung



### Infrastruktur- förderung



### Familien, Bildung und Soziales





# BADEN-WÜRTTEMBERGS STANDORTVORTEIL: DER MITTELSTAND

Deutschlands Wirtschaft war 2012 erfolgreich – trotz der Krise in Europa. Das Bruttoinlandsprodukt stieg bundesweit um 0,7 %, in Baden-Württemberg sogar um 1,25 %. Eine Entwicklung, die unsere europäischen Nachbarstaaten aufmerksam verfolgen. Ihre Aufmerksamkeit galt vor allem den mittelständischen Unternehmen. In Frankreich diskutierte man über „le Mittelstand“, den breit angelegten Mittelbau zwischen kleinen Unternehmen und großen Konzernen, der hierzulande der entscheidende wirtschaftliche Stabilitätsfaktor ist. In Frankreich ist dieses mittlere Segment traditionell weniger stark vertreten.

Was macht unseren Mittelstand zum Modell, das man gerne kopieren würde? Es sind viele Faktoren, wie die Export- und Innovationsstärke der deutschen Unternehmen. Charakteristisch – gerade auch für Baden-Württemberg – sind die Hidden Champions. Dazu zählen exportorientierte Weltmarktführer, die in ihrer Nische Innovationen entwickeln. Ihr Exporterfolg beruht darauf, dass sie ihre Produktion im Land erhalten haben – anders als beispielsweise Unternehmen in Großbritannien. Zu den weiteren Aspekten zählen die regionalen Cluster. Das Nebeneinander innerhalb eines konkurrierenden Umfelds ebenso wie das Miteinander in Netzwerken sorgen für unternehmerische Impulse und somit für einen

**3,1**  
**Mrd. €**  
für die Unter-  
nehmen

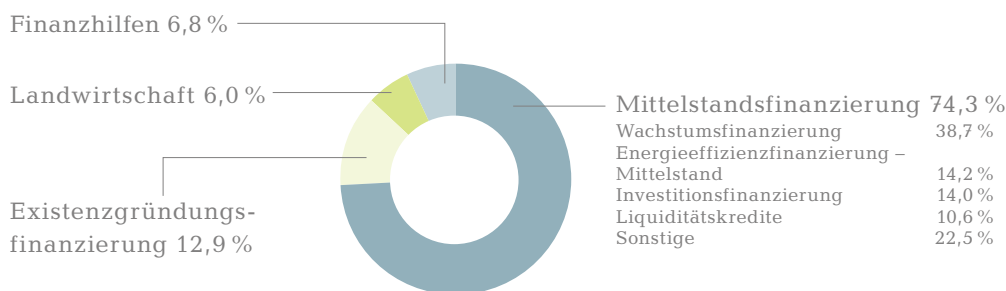
## Die Entwicklung der Wirtschaftsförderung

In Mio. Euro	2011	2012
Mittelstandsfinanzierung	1.841,1	2.273,5
Existenzgründung	407,6	395,4
Landwirtschaft	147,9	182,3
Finanzhilfen	159,1	206,4
	2.555,7	3.057,6



kreativen Wettbewerb. Gerade die Cluster sind oft in Nachbarschaft wissenschaftlicher Institutionen entstanden. Dadurch wird die vielfach enge Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen erleichtert; ein Austausch, der für die Entwicklung von Innovationen und neuen Technologien ausschlaggebend ist. Von Vorteil in der Krise war auch die Branchenvielfalt, wobei gerade die Technologiecluster dafür sorgen, dass neue Zukunftsbranchen nachwachsen.

### Verteilung des Neugeschäftsvolumens 2012



## MIT MODELLCHARAKTER – DIE REGIONALE FÖRDERUNG

**A**us Sicht unserer europäischen Nachbarn ist für die mittelständischen Unternehmen und ihre wirtschaftliche Stärke das Finanzierungsangebot in Deutschland mit entscheidend. Die bundesweiten und regionalen Förderbanken gelten durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Hausbankennetz vor Ort als nachahmenswertes Modell.

So ist es eine der zentralen Aufgaben der L-Bank als Förderbank, den baden-württembergischen Mittelstand zu unterstützen und damit die wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel im Land voranzubringen. Unsere Unternehmen haben starke Finanzierungspartner in der Region, auf die sie sich in jeder Unternehmensphase verlassen können. Die L-Bank bietet Finanzierungen für den etablierten Mittelstand, Existenzgründer und Übernehmer sowie für landwirtschaftliche Betriebe. Nach wie vor spielt der klassische Förderkredit mit Zinsverbilligung und attraktiven Laufzeiten die tragende Rolle unter den Finanzierungsinstrumenten. Zur Aufgabe der L-Bank zählt es aber auch, dieses Angebot abhängig von der konjunkturellen Lage dem veränderten Bedarf der Betriebe anzupassen. Förderung in einer Krise muss andere Schwerpunkte setzen als im konjunkturellen Aufschwung. Je nach wirtschaftlicher Situation sind verstärkt Bürgschaften und Finanzierungen von Betriebsmitteln gefragt oder stehen Investitionsfinanzierungen im Vordergrund. Je nach struktureller und wirtschaftlicher Entwicklung ist die Erprobung oder der Einsatz von neuen Instrumenten erforderlich.

## EINE SPANNENDE GRÜNDERSZENE: 2.700 UNTERNEHMEN BEIM START GEFÖRDERT

**J**unge Unternehmen geben dem Wettbewerb die entscheidenden Impulse. Erfolgreiche Gründer bringen neue Produkte auf den Markt und regen durch die Einführung von neuen Produkten und Prozessen Entwicklungen in den etablierten Betrieben an.

Das Hauptinstrument der Existenzgründungsförderung sind zinsverbilligte Kredite. Im vergangenen Jahr wurden mit diesen Programmen rund 2.700 Unternehmen, Neugründungen wie auch Übernahmen, beim Start in die Selbstständigkeit unterstützt. Das Kreditvolumen von 395,4 Mio. Euro blieb fast auf dem Niveau des Vorjahrs. Die Zahlen der „Gründungsfinanzierung“ waren leicht rückläufig. Allerdings waren im Vorjahr noch Betriebe bis zu acht Jahre nach der Gründung in dem Programm. Seit April 2012 wurde die Förderung auf Unternehmen bis drei Jahre nach Aufnahme der Selbstständigkeit begrenzt. Unternehmen, die älter als drei Jahre sind, erhalten nun eine Förderung in der „Wachstumsfinanzierung“ oder in anderen Programmen für etablierte Mittelständler.

Gegenüber der „Gründungsfinanzierung“, die einen Kreditbedarf bis zu 5 Mio. Euro abdecken kann, konzentriert sich die „Startfinanzierung 80“ auf das Spektrum von kleinsten Finanzierungen bis hin zu Krediten von 100.000 Euro. Bei diesem Programm ist das Fördervolumen um 17 % gestiegen. Gemeinsam mit der Bürgschaftsbank kombiniert die L-Bank diese zinsgünstigen Kredite mit einer 80%igen Risikoentlastung für die Hausbanken. Bei diesem Programm wurde in den letzten Jahren die Kredituntergrenze aufgehoben und damit ein zusätzliches Angebot für Kleinunternehmer geschaffen.

**395,4**  
Mio. €  
für junge  
Unternehmen

### Verteilung des Neugeschäfts in der Existenzgründungsfinanzierung

In Mio. Euro



Bei Gründungen, die beispielsweise an der Markteinführung richtungsweisender Innovationen arbeiten, entsteht häufig ein Finanzierungsbedarf, der mit dem klassischen Kredit nicht mehr abzudecken ist. Angesichts typischerweise auftretender Anfangsverluste und hoher Erfolgsrisiken benötigen diese Gründer viel Eigenkapital, je nach Finanzierungsphase Seed Capital oder Venture Capital. Hier ist vor allem privates Kapital gefordert. Die L-Bank leistet einen Beitrag, indem sie sich beispielsweise beim Seedfonds BW engagiert, zusammen mit dem Land Baden-Württemberg, der LBBW Venture und der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH. Durch diesen Fonds werden Investitionen des Hightech-Gründerfonds mitfinanziert.

## EIN REKORDJAHR: 2,3 MRD. EURO FÜR BADEN-WÜRTTEMBERGS MITTELSTAND

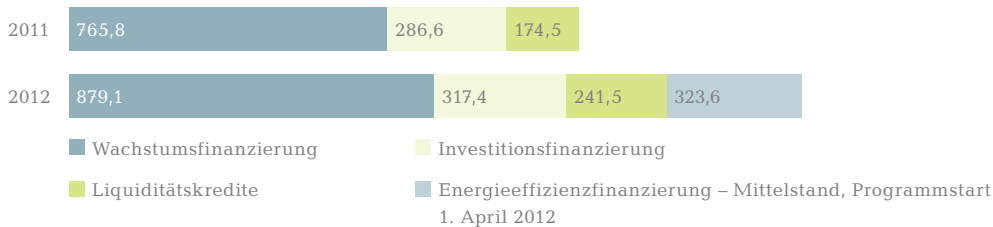
Das Jahr 2012 war ein Rekordjahr: Weit mehr als 6.000 baden-württembergische Mittelständler erhielten Finanzierungen über 2,3 Mrd. Euro, 23 % mehr als im Vorjahr. Die im vergangenen Jahr allgemein festgestellte Zurückhaltung der Unternehmen bei Investitionen kann also mit Blick auf die Förderzahlen in Baden-Württemberg keinesfalls bestätigt werden.

# +23%

beim Förder-  
volumen für  
den Mittelstand

### Die nachfragestärksten Programme der Mittelstandsfinanzierung

In Mio. Euro



Auch beim Mittelstand lag der Schwerpunkt der Finanzierungen wieder bei den klassischen Krediten. Bei diesen zinsverbilligten Förderprogrammen wurden die bisherigen Jahresergebnisse in jeder Hinsicht übertroffen. Die Unternehmen haben die allgemein günstige Finanzierungssituation genutzt, um sich für die Zukunft effizienter und wettbewerbsfähiger aufzustellen. Sie haben ihre Kapazitäten ausgebaut und den Standard ihrer Produktion mit neuen, energiesparenden Anlagen verbessert. Nachdem schon im Vorjahr von den Unternehmen viele große Projekte verwirklicht worden waren, setzte sich diese Entwicklung auch 2012 fort. Die Nachfrage stieg in Baden-Württemberg bis zum Ende des Jahres an. Einen großen Anteil an der außergewöhnlichen Steigerung der Kreditvergaben hatte die im April eingeführte „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“. Das Angebot entsprach dem aktuell hohen Finanzierungsbedarf bei den Unternehmen. Es ermöglicht die Finanzierung von Maßnahmen an Gebäuden und von Maschinen. Die meisten Betriebe setzten diese Finanzierungen ein, um neue Produktionsanlagen mit geringerem Energieverbrauch zu erwerben.

**182,3**  
**Mio. €**  
 für die Land-  
 wirtschaft

## LANDWIRTSCHAFT: SCHWERPUNKTE WACHSTUM UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Zur ausgewogenen Wirtschaftsstruktur des Landes trägt auch eine leistungsfähige Landwirtschaft bei. Die Förderung der L-Bank richtet sich zum einen an Betriebe in der landwirtschaftlichen Primärproduktion, zum anderen an Unternehmen aus Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Den Ausbau dieser Betriebe, die Umstellung auf nachhaltige Produktion oder die Errichtung von Energieanlagen finanziert die Bank mit zinsgünstigen Krediten. Bei diesen Angeboten arbeitet die L-Bank eng mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank zusammen. Ein großer Teil der Programme setzt Akzente beim Klima- und Umweltschutz. 2012 ist das Finanzierungsvolumen um insgesamt 23 % auf 182,3 Mio. Euro gestiegen. Als Folge der neu eingeführten Tierschutzverordnung wurden viele Finanzierungen zum Ausbau und zur Anpassung von Ställen angefragt. Bei dem Programm „Energie vom Land“, einem der in den letzten Jahren am stärksten genutzten Angebote, war die Nachfrage im letzten Jahr verhalten. Im Jahr 2012 wurde weitgehend in kostengünstigere Fotovoltaikanlagen investiert.

## BÜRGSCHAFTEN: NACHFRAGE BLIEB VERHALTEN

Ende 2011 war die zeitlich befristete Erweiterung des Bürgschaftsrahmens abgelaufen, die zum Ziel hatte, den krisenbedingten Bedarf abzufangen. Im Jahr 2012 war die L-Bank daher wieder für Bürgschaften zwischen 1 und 5 Mio. Euro zuständig. Mit Beginn des Jahres 2013 wurde die Untergrenze für Bürgschaften der L-Bank auf 1,25 Mio. Euro erhöht.

Der Bürgschaftsbestand der L-Bank blieb 2012 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. Die L-Bank wird vorrangig bei Finanzierungen mit höheren Kreditrisiken angesprochen wie z. B. Übernahmefinanzierungen oder Sprunginvestitionen. Klassische Ersatz- oder Rationalisierungsinvestitionen werden dagegen zunehmend von den Hausbanken ohne Bürgschaftsabsicherung finanziert.

Auch hatte der Mittelstand dank des anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs und seiner soliden Eigenkapitalsituation ausreichend Liquidität. Bei den Neuengagements der L-Bank hielten sich Ersatz- und Neuinvestitionen mit Betriebsmittelinvestitionen etwa die Waage. Die Ausfallquote der bestehenden Engagements blieb weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

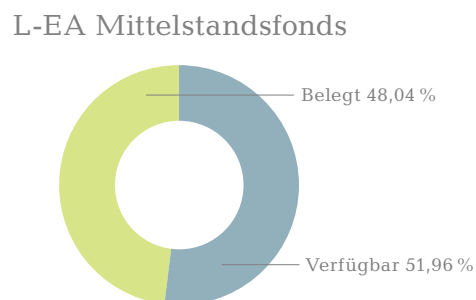
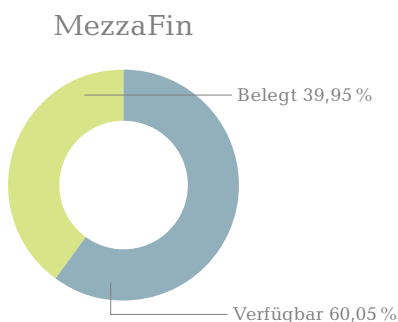
Neben den klassischen Bürgschaftsübernahmen begleitet die L-Bank mittelständische Unternehmen bei der Finanzierung größerer Exportaufträge.

## EIGENKAPITAL FÜR DEN MITTELSTAND

Viele Unternehmen und gerade auch kleinere Betriebe konnten ihre Eigenkapitalquote in den letzten Jahren durch erzielte Gewinne verbessern. Dennoch braucht der Mittelstand in Wachstumsphasen weiterhin Partner, die innerhalb eines fest definierten Zeitrahmens durch das Ausreichen von Beteiligungskapital oder beteiligungsähnlichen Finanzierungen die Eigenkapitalbasis der Unternehmen stärken. Nur so lassen sich umfangreiche Investitionen oder expansiv ausgerichtete Nachfolgefinauzierungen bewältigen.

Vor mehr als zehn Jahren hat die L-Bank ein Eigenkapitalangebot für den Mittelstand in Baden-Württemberg aufgebaut. Insgesamt stehen 500 Mio. Euro zur Verfügung, wovon Ende 2012 etwas mehr als 240 Mio. Euro investiert waren. Die L-Bank bietet mit ihrem L-EA Mittelstandsfonds Eigenkapital- oder eigenkapitalähnliche Finanzierungen von 1,5 bis 50 Mio. Euro an. In der Regel beteiligt sie sich als Co-Investor bei etablierten mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg. Seit 2008 bestehen im Rahmen des L-EA Mittelstandsfonds auch Finanzierungsmöglichkeiten für jüngere IT- oder Internetunternehmen. Über ein Teilportfolio Venture Capital, ausgestattet mit einem Volumen von 50 Mio. Euro, sollen an der Schwelle zum Mittelstand befindliche Unternehmen mit maßgeschneiderten Finanzierungslösungen auf ihrem Wachstumskurs begleitet werden.

Daneben wird mit dem unbesicherten Nachrangdarlehen des Programms MezzaFin eine eigenkapitalnahe Finanzierungsmöglichkeit angeboten. In der Regel wird es in Umbruchsituationen nachgefragt, wenn bei Nachfolgen, Sprunginvestitionen oder einer Produkteinführung hoher Kapitalbedarf besteht. Da Mezzanine-Kapital als wirtschaftliches Eigenkapital anerkannt wird, schafft es Spielraum für Fremdfinanzierungen. Das Nachrangdarlehen MezzaFin wird ab 100 TEUR (Höchstbetrag 1,5 Mio. Euro) über die Hausbanken vergeben, die von der L-Bank bis zu 100 % vom Ausfallrisiko freigestellt werden. Insgesamt stehen hier 200 Mio. Euro zur Verfügung. Durch größere auslaufende Engagements sank das insgesamt vergebene Volumen nach Neuzusagen 2012 leicht unter das Niveau des Vorjahrs. Der erwartete erhöhte Bedarf an Anschlussfinanzierungen für auslaufende kapitalmarktrefinanzierte Standard-Mezzanine-Programme hat im vergangenen Jahr noch nicht eingesetzt. Das aktuelle Finanzierungsumfeld ermöglichte es außerdem, dass die Unternehmen am Finanzmarkt für ihre Vorhaben ausreichend Fremdkapital erhalten konnten.



Stand: 31.12.2012

**700**  
Mio. €  
für Eigenkapital

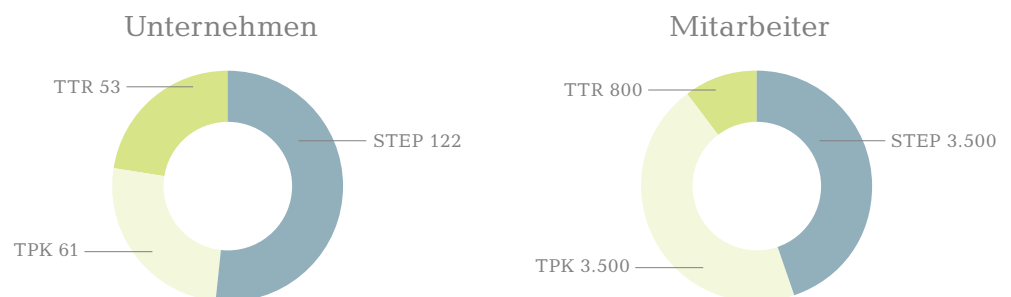
## STANDORTVORTEILE FÜR TECHNOLOGIEORIENTIERTE UNTERNEHMEN SCHAFFEN

Mit ihren Technologieparks schafft die L-Bank ein attraktives Raumangebot und Entwicklungsumfeld, um technologieorientierte Unternehmen in der Region zu binden oder neu anzusiedeln. Eng angebunden an die benachbarten Universitäten erleichtern die Standorte den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft und bauen jeweils unterschiedliche Schwerpunkte aus: Im Technologiepark Karlsruhe (TPK) ist dank der Nähe zum KIT-Campus die IT-Branche stark vertreten, im Stuttgarter Engineering Park kooperiert das Haus der Luft- und Raumfahrt mit den nahegelegenen Instituten der Universität, die Technologieparks Tübingen-Reutlingen (TTR) sind in beiden Städten angesiedelt und beheimaten vorwiegend Biotechnologie, Medizin- und Umwelttechnik. Mittlerweile arbeiten in den Parks insgesamt 236 Unternehmen, viele von ihnen haben sich in der Region neu angesiedelt, viele sind Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich.

Für diese Betriebe und ihre 7.800 Mitarbeiter bieten die Parks eine Infrastruktur, wie sie sonst allenfalls von Großunternehmen aufgebaut werden kann. Das reicht von der Kantine bis zu Kindergarten und privater Grundschule im Park-Areal. Das Parkmanagement unterstützt die Betriebe darüber hinaus mit einem Service, der weit über technische Raumangebote hinausgeht. Ein solch umfassendes Management im Hintergrund wird in Zukunft auch eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, ausländische Unternehmen vom Standort Baden-Württemberg zu überzeugen.

Das Konzept der L-Bank schließt ein, dass diese Park-Investments an Investoren veräußert werden können, aber weiter vor Ort gemanagt werden. Ende 2012 war die L-Bank noch mit 163,0 Mio. Euro bei den Technologieparks engagiert. Deren Gebäude sind mit einer Belegung von 98,9 % fast vollständig vermietet. Gleichzeitig schreitet der Ausbau der Parks kontinuierlich voran. So wurde im Herbst 2012 am Reutlinger Standort des TTR ein neues Gebäude eröffnet. In den Jahren 2013/14 wird die L-Bank ihr Engagement an allen Standorten in Baden-Württemberg verstärken und umfangreiche Neubauvorhaben beginnen.

**163,0**  
Mio. €  
für 236 Firmen-  
sitze



Stand: 31.12.2012

# WOHNRAUM FINANZIEREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG – AM BESTEN MIT DER L-BANK

Die Nachfrage nach Immobilien hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Der Wunsch nach einer langfristig sicheren Investition spielt bei der Entscheidung für die eigenen vier Wände eine wichtige Rolle. Denn durch die aktuell niedrigen Zinsen sind Geldanlagen wenig attraktiv. Der niedrige Zins ist aber von Vorteil, wenn es um die Kreditfinanzierung eines Hauses oder um Sanierungsvorhaben geht.

Die L-Bank fördert seit jeher den Bau, den Erwerb und die Modernisierung von Wohnraum in Baden-Württemberg mit zinsverbilligten Krediten. Für Familien mit Kindern wird dadurch die eigene Immobilie leichter finanzierbar. Im Mietwohnungsbau unterstützt die Bank den Bau bezahlbarer Wohnungen für Personengruppen, die am freien Wohnungsmarkt nur schwer Wohnraum finden.

Ob Eigenheim oder Mietwohnung, mit den Energiepreisen steigen auch die Nebenkosten. Es profitiert also nicht nur die Umwelt von der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, wenn zunehmend mehr Hausbesitzer in Maßnahmen zur Energieeinsparung investieren. Mit ihren neuen Energiefinanzierungen unterstützt die L-Bank nicht nur ihre klassischen Zielgruppen: Jeder Bauherr oder Hausbesitzer in Baden-Württemberg kann sie nutzen. Vor allem der Erfolg dieser neuen Programme ließ das Fördervolumen im Wohnungsbau 2012 um mehr als 60 % steigen.

## Die Entwicklung der Wohnraumförderung 2011–2012

In Mio. Euro	2011	2012
Wohneigentum	676,3	1.232,3
Wohnungseigentümergeinschaften		5,9
Mietwohnraum	239,5	237,9
	915,8	1.476,1

**1,5**  
**Mrd. €**  
Wohnraum-  
förderung 2012

## WOHNEIGENTUM FÜR FAMILIEN

Die Förderung von Familien ist seit langem eine der Kernaufgaben der L-Bank. In der Wohnraumförderung unterstützt sie Familien mit Kindern auf dem Weg zum eigenen Heim. Durch zinsverbilligte Kredite und lange Laufzeiten erleichtert die Bank ihnen die Finanzierung. Gefördert werden der Neubau und der Erwerb eines Hauses oder einer Eigentumswohnung. Durch die Förderung der L-Bank liegt die monatliche Belastung in vielen Fällen nicht wesentlich höher als die bisherigen Mietausgaben. Die Landeswohnraumförderung richtet sich gezielt an

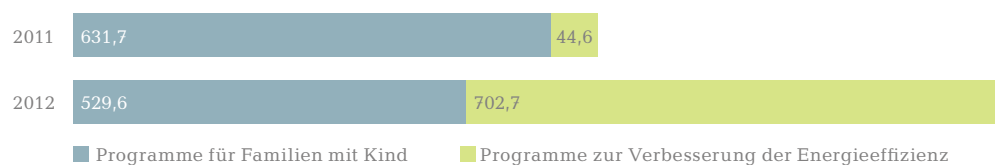
junge Familien mit Kindern, die festgelegte Einkommensgrenzen nicht überschreiten. Bei Neubauten wird vorausgesetzt, dass der Primärenergieverbrauch der geförderten Immobilie 30 % unter den gesetzlichen Anforderungen liegt – d. h. mindestens den Standard Effizienzhaus 70 erfüllt. Bei Bauten, die noch energieeffizienter ausgeführt werden, erfolgt eine zusätzliche Förderung.

Im Jahr 2012 lag die Nachfrage nach der Landesförderung trotz des anhaltenden Trends zum Eigenheim unter dem Wert des Vorjahrs. Zum einen hatte sich die allgemein gestiegene Nachfrage auf die Preisentwicklung von Immobilien ausgewirkt. Zum anderen war eine zeitnahe, anspruchsvolle energetische Modernisierung beim Erwerb älterer Immobilien Fördervoraussetzung. Für viele der Familien erwiesen sich die daraus folgenden Belastungen als zu hoch. Deshalb werden diese Vorgaben für den Bestandserwerb im Jahr 2013 aufgehoben. Für alle, die ihre erworbene Immobilie zeitnah sanieren, wurde die Förderung dieser Maßnahmen noch deutlich attraktiver gestaltet.

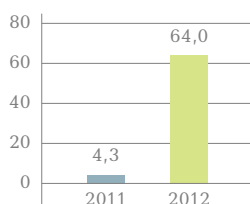
Mit dem Programm „Wohnen mit Kind“ bietet die L-Bank in Zusammenarbeit mit der KfW eine weitere zinsverbilligte Finanzierung für Familien. Auch wer die Einkommensgrenzen der Landeswohnraumförderung überschreitet, kann diese Kredite erhalten. Die Zahl der vergebenen Kredite ist bei „Wohnen mit Kind“ um 10 % gestiegen. Das Fördervolumen blieb allerdings niedriger als im Vorjahr, da der Darlehenshöchstbetrag vom Kooperationspartner der L-Bank, der KfW, auf maximal 50.000 Euro festgelegt wurde. Gerade beim Neubau wird das Programm häufig mit der „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“ kombiniert.

### Verteilung des Neugeschäfts in der Eigentumsförderung

Vol. in Mio. Euro



### Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Tsd. Tonnen



## DIE ENERGIEWENDE BEGINNT ZU HAUSE

Den Einbau regenerativer Heizanlagen fördert die L-Bank deshalb bereits seit Jahren durch „Wohnen mit Zukunft“ – in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium und der KfW. Eine Zusammenarbeit, die 2012 mit den Programmen „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“ und „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“ weiter ausgebaut wurde. Jetzt kann ein breit angelegtes Spektrum an energetischen Maßnahmen sowohl beim Neubau als auch bei der Sanierung mit zinsgünstigen Krediten finanziert werden. Im letzten Jahr wurden mehr als 15.000 Kredite vergeben. Überzeugend ist auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz dieser Programme: Durch die 2012 finanzierten Projekte wird jährlich der Ausstoß von 64.000 Tonnen CO<sub>2</sub> verhindert.



## WOHNUNGSEIGENTÜMERGEMEINSCHAFTEN: VERBÜRGTGE KREDITE GEGEN DEN SANIERUNGSSTAU

Seit 2012 fördert die L-Bank Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) bei Sanierungen und altersgerechtem Umbau. Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das den WEG Förderkredite anbietet, die durch eine Bürgschaft des Landes besichert werden. Gerade die Absicherung von Krediten war für die Gemeinschaften bisher schwierig, da rechtlich nur die einzelnen Eigentümer für jeweils kleinere Beträge einstehen konnten. Für größere Projekte war daher kaum eine Kreditfinanzierung zu verwirklichen. Im Jahr 2012 konnten über das neue Programm bereits 5,9 Mio. Euro für mehr als 1.000 Wohneinheiten bewilligt werden.

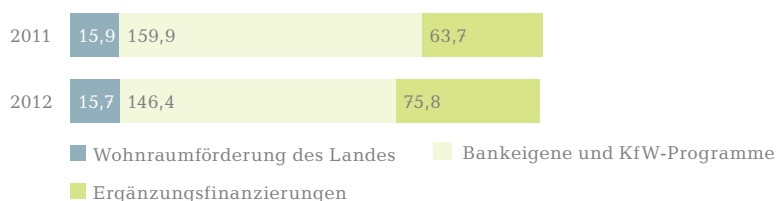
## MEHR GÜNSTIGE MIETWOHNUNGEN – WENIGER NEBENKOSTEN FÜR MIETER

Im Jahr 2012 wurden auch beim sozialen Mietwohnungsbau von der Landesregierung neue Schwerpunkte gesetzt. Die Begrenzung der Neubauförderung auf Groß- und Universitätsstädte sowie auf sonstige Hochschulstandorte war aufgehoben worden, die Förderung wurde auf die Verdichtungsräume erweitert. Beim Neubau von Mietwohnungen wird ein höherer energetischer Standard gefordert: Ihr Energieverbrauch muss mindestens 30 % unter den derzeitigen gesetzlichen Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) liegen. Sanierungen im Wohnungsbestand wurden weiterhin gefördert. Hier ist in den kommenden Jahren mit steigendem Bedarf zu rechnen.

Im letzten Jahr hat die L-Bank den Neubau von Mietwohnungen sowie Sanierungen und Modernisierungen in Baden-Württemberg mit 237,9 Mio. Euro finanziert. Obwohl die Landeswohnraumförderung 2012 einen klaren Akzent auf die Förderung des Mietwohnungsbaus setzte, ist das vergebene Volumen im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Für 2013 sind deshalb zusätzliche Investitionsanreize für die Wohnungsbauunternehmen geplant.

### Verteilung des Neugeschäfts Mietwohnraumförderung

In Mio. Euro



**237,9**  
Mio. €  
für Mietwoh-  
nungen

# STRUKTUREN ENTWICKELN UND DIE GRUND- LAGEN UNSERES GEMEIN- WESENS AUSBAUEN

Ein ausgebautes Nahverkehrsnetz, gute Verkehrswege, gut erreichbare Schulen und Krankenhäuser, eine sichere Wasserversorgung – damit ist nur ein Bruchteil der Grundlagen aufgezählt, die ein gut funktionierendes Gemeinwesen ausmachen. Zu diesen Grundlagen zählen unter anderem auch Bildungsangebote, die Kindern die sprachliche Integration erleichtern oder die Erwachsenen die Wiedereingliederung in das Berufsleben ermöglichen. Hinter all diesen Leistungen steht auch ein großer personeller und finanzieller Aufwand, der von Bund, Land und Kommunen getragen wird.

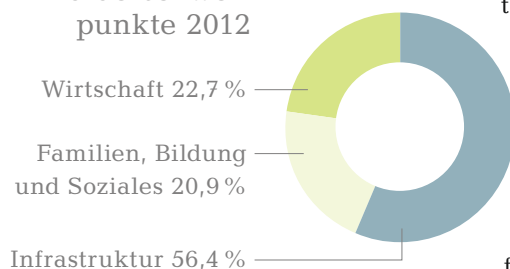
Die L-Bank bietet für diese Vorhaben als Förderbank Finanzierungen an – beispielsweise für Investitionen –, arbeitet aber auch – wie bei den Finanzhilfen – als Dienstleister für das Land. Nicht nur für das Land übernimmt sie diese finanz-

technischen Aufgaben, sondern auch für die Mittel des Bundes und der EU – wie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das Land überträgt der Bank dabei zunehmend mehr Aufgaben, sodass sie bei vielen Zuschüssen mittlerweile von der Bewilligung bis zur Auszahlung zuständig ist; im Jahr 2012 war das bereits in 55 % dieser Zuschussverfahren der Fall. Sie sorgt dafür, dass die Transferleistungen

und Zuschüsse effizient und schnell beim Empfänger ankommen. Diese Mittel von EU, Bund und Land fördern hauptsächlich Infrastrukturvorhaben oder Bildungsprojekte, ein geringerer Teil der Finanzhilfen unterstützt die mittelständische Wirtschaft.

Als Finanzierungspartner des Landes Baden-Württemberg stellte die L-Bank für besondere Vorhaben 1,8 Mrd. Euro direkt zur Verfügung.

## Finanzhilfen: Förderschwer- punkte 2012



und Zuschüsse effizient und schnell beim Empfänger ankommen. Diese Mittel von EU, Bund und Land fördern hauptsächlich Infrastrukturvorhaben oder Bildungsprojekte, ein geringerer Teil der Finanzhilfen unterstützt die mittelständische Wirtschaft.

## Verteilung des Neugeschäfts

In Mio. Euro	2011	2012
Zusagen gegenüber dem Land Baden-Württemberg	980,9	1.789,9
Finanzierungen und Zuschüsse Infrastrukturprojekte	818,0	614,7
	1.798,9	2.404,6

## AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALEN KOMMUNE

Zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten der Kommunen in Baden-Württemberg hat die L-Bank im vergangenen Jahr insgesamt 614,7 Mio. Euro vergeben.

Allerdings blieb der Bedarf an Fremdfinanzierungen im Jahr 2012 gering, denn aktuell ist die Finanzlage der meisten Kommunen in Baden-Württemberg gut. Bei dem Programm „Investitionskredit Kommune direkt“ gingen deutlich weniger Anträge ein als im Vorjahr. 88,1 Mio. Euro wurden für Finanzierungen der öffentlichen Infrastruktur in Baden-Württemberg vergeben und damit wurden Investitionen in Höhe von rund 155 Mio. Euro ausgelöst. Der Schwerpunkt lag 2012 bei ressourcenschonenden Maßnahmen der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Für diese Projekte lag der jeweilige Kreditbedarf der Kommunen deutlich niedriger als bei kostenintensiven Großprojekten zum Straßenbau oder der Krankenhaus-sanierung, die in den Vorjahren finanziert wurden.

Die L-Bank ist außerdem mit der Auszahlung, zum Teil auch der Vergabe von Zuschüssen an die Kommunen als Dienstleister für Ministerien oder Einrichtungen des Landes tätig. Mit 511,5 Mio. Euro ist das Volumen der Finanzhilfen 2012 für Infrastrukturvorhaben – beeinflusst auch vom Auslaufen der Konjunkturprogramme – gegenüber dem Vorjahr um rund 15 % gesunken.

Um Investitionen zur Einsparung von CO<sub>2</sub> noch stärker anzuregen, wurde vom Land ergänzend zum Klimaschutz-Plus-Programm 2012 der neue Programmteil „Klimaneutrale Kommune“ ins Leben gerufen. Aus beiden Programmen des Landes sind im Jahr 2012 erneut mehr als 130 kommunale Vorhaben gefördert worden.

Die L-Bank unterstützt außerdem privatwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen von PPP-, Betreiber- und Mietmodellen. Hier arbeitet sie ausschließlich mit Geschäftsbanken zusammen und begleitet Geschäftsbanken bei Projekten mit Bezug zu Baden-Württemberg.

Vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussion um „Privatfinanzierung von öffentlichen Vorhaben“ und der weiterhin angespannten Finanzierungssituation lag der PPP-Markt auch 2012 hinter den Vorjahren zurück.

### Verteilung der Finanzierungen von Infrastrukturprojekten der öffentlichen Hand

In Mio. Euro	2011	2012
Investitionskredit Kommune direkt	204,2	88,1
Finanzhilfen	606,7	511,5
Weitere Finanzierungen	7,1	15,1
	818,0	614,7

**614,7**  
Mio. €  
für die  
Kommunen

## KINDER BRAUCHEN ZEIT – BILDUNG FINANZIELLE SPIELRÄUME

**K**inder brauchen Zeit – damit Eltern sich diese Zeit gerade im ersten Jahr nach der Geburt nehmen können, sorgt das Elterngeld des Bundes seit sechs Jahren für den nötigen finanziellen Spielraum. In Baden-Württemberg konnten Eltern mit geringem Einkommen bisher anschließend mit dem Landeserziehungsgeld für weitere zehn Monate unterstützt werden. Diese Möglichkeit besteht aber nur noch für Eltern, deren Kinder bis zum 30. September 2012 geboren wurden. Im letzten Jahr wurden von der L-Bank rund 130.000 Anträge auf Eltern- und Erziehungsgeld bewilligt.

Beim Elterngeld gibt es in Baden-Württemberg anders als in anderen Bundesländern einen zentralen Ansprechpartner bei der Beantragung. Bei allen Fragen der Eltern rund um die Antragstellung hilft die Bank weiter. Die Zahl der Bewilligungen bewegt sich seit Jahren mit leichten Schwankungen auf einem gleichbleibenden Niveau. Zugenommen hat seit Einführung des Elterngelds vor allem die Zahl der Väter, die dieses Angebot nutzen. Im Jahr 2012 haben 31,6 % (2011: 28,6 %) der Väter diese Leistung in Anspruch genommen. Damit hat sich die Zahl der Väter, die sich eine Auszeit für die Betreuung ihres Kleinkindes nehmen, mittlerweile mehr als verdoppelt. Die meisten Väter nutzen dieses Angebot für zwei Monate.

Kindergärten und Schulen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Kinder frühzeitig zu fördern und in ihrer Entwicklung zu unterstützen; z. B. durch die Sprachförderung im Vorschulalter oder durch Hausaufgabenhilfen. Im vergangenen Jahr hat die L-Bank zusammen mit dem Kultusministerium die Sprachförderung für alle Vorschulkinder und die Hausaufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler neu konzipiert und auf eine landesweite Anwendung ausgerichtet. Im Schul- und Kindergartenjahr 2012/13 profitieren ca. 5.000 Kindergärten und Schulen von diesen Förderangeboten – und erreichen damit rund 70.000 Kinder aus Baden-Württemberg.

Aber Bildung und Ausbildung spielen nicht nur bei Kindern eine wichtige Rolle und müssen auch in späteren Jahren finanziert werden. Die unterschiedlichen Aufgaben der L-Bank, die sie zur Förderung von Bildungsangeboten übernimmt, reichen bis zur Unterstützung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Bei der Förderung von Familien mit Kindern und von Bildungsprojekten ist die L-Bank in den meisten Fällen als Dienstleister des Landes tätig.

**721,5**  
Mio. €  
für junge  
Eltern

### Verteilung des Neugeschäfts bei der Förderung von Familien, Bildung und Sozialem

In Mio. Euro	2011	2012
Elterngeld	676,0	688,1
Erziehungsgeld	36,9	33,2
Weitere Förderungen für Familien	2,8	0,2
Finanzhilfen	175,8	190,5
	891,5	912,0

## UNTERNEHMENSSTRUKTUR

CHRISTIAN BRAND Vorsitzender des Vorstands	PROF. DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER Stv. Vorsitzender des Vorstands	DR. KARL EPPLE Mitglied des Vorstands
<b>UNTERNEHMENSBEREICH I</b>	<b>UNTERNEHMENSBEREICH II</b>	<b>UNTERNEHMENSBEREICH III</b>
Koordination der Unternehmensbereiche	Unternehmenskunden	Kreditanalyse
Vorstandssekretariat	Wirtschaftsförderung	Kreditbetreuung Wohnungsunternehmen
Unternehmensstrategie	Infrastrukturförderung	Kreditbetreuung Privatkunden
Öffentlichkeitsarbeit	Landwirtschaftsförderung	Fördergeschäft Sachsen
Volkswirtschaftliche Fragen	Umweltförderung	Bilanz- und Rechnungswesen
Unternehmensbeteiligungen	Eigenkapitalfinanzierung	Zahlungsverkehr
Bauwesen	Finanzhilfen	Wertpapierabwicklung
Disposition	Wohnraumförderung	Controlling
Refinanzierung	Kreditbetreuung Unternehmenskunden und Finanzinstitute	Handelsüberwachung und Risikocontrolling
	Personal- und Sozialwesen	Informationstechnologie
	Recht	Betriebsorganisation und Grundsätze des Kreditgeschäfts
	Rumänisches Verbindungsbüro	
		Standortentwicklung
		Familienförderung
		Verwaltung

DEM GESAMTVORSTAND UNTERSTELLT:

Interne Revision

Compliance, Datenschutz, Geldwäsche, Fraud

Immobilienbewertung

## VERWALTUNGSRAT

ORDENTLICHE MITGLIEDER	STELLVERTRETENDE MITGLIEDER	WEITERE STELLVERTRETENDE MITGLIEDER	BERATENDE MITGLIEDER
<p><b>Dr. Nils Schmid MdL</b> Finanz- und Wirtschaftsminister Vorsitzender</p>	<p><b>Ingo Rust MdL</b> Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</p>	<p><b>Walter Leibold</b> Ministerialdirigent im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</p>	<p><b>Clemens Meister</b> Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe</p>
<p><b>Alexander Bonde</b> Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender</p>	<p><b>Wolfgang Reimer</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>	<p><b>Joachim Hauck</b> Ministerialdirigent im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>	<p><b>Tatjana Aster</b> Vorsitzende des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe</p>
<p><b>Reinhold Gall MdL</b> Innenminister Stv. Vorsitzender</p>	<p><b>Dr. Herbert O. Zinell</b> Ministerialdirektor im Innenministerium</p>	<p><b>Volker Jochimsen</b> Ministerialdirigent im Innenministerium</p>	<p><b>Thomas Dörflinger</b> Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart</p>
<p><b>Katrin Altpeter MdL</b> Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>	<p><b>Jürgen Lämmle</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozial- ordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>	<p><b>Johann-Christoph Kleinschmidt</b> Ministerialrat im Ministerium für Arbeit und Sozial- ordnung, Familien, Frauen und Senioren</p>	
<p><b>Franz Untersteller MdL</b> Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>	<p><b>Helmfried Meinel</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>	<p><b>Jutta Lück</b> Ministerialdirigentin im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>	
<p><b>Klaus-Peter Murawski</b> Staatssekretär im Staatsministerium</p>	<p>N.N.</p>	<p><b>Dr. Georg Walch</b> Ministerialrat im Staatsministerium</p>	
<p><b>Claus Schmiedel MdL</b> Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion</p>	<p><b>Peter Hofelich MdL</b></p>		
<p><b>Edith Sitzmann MdL</b> Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p><b>Andrea Lindlohr MdL</b> Stv. Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>		
<p><b>Martin Lamm</b> Geschäftsführer der Martin Lamm Bauunternehmung GmbH</p>	<p><b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe</p>		
<p><b>Wirtsch.-Ing. Bernd Bechtold</b> Präsident der IHK Karlsruhe Geschäftsführer der b.i.g. Bechtold Ingenieurgesellschaft mbH</p>	<p><b>Dr.-Ing. Hansjörg Rieger</b> Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger &amp; Dietz GmbH u. Co. KG</p>		
<p><b>Roger Kehle</b> Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e.V.</p>	<p><b>Gerhard Roßwog</b> Präsident a.D. des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.</p>		
<p><b>Leni Breymaier</b> Landesbezirksleiterin VER.DI Baden-Württemberg</p>	<p>N.N.</p>		
<p><b>Dr. Dieter Salomon</b> Vizepräsident des Städtetages Baden-Württemberg e.V.</p>	<p><b>Helmut M. Jahn</b> Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg</p>		
<p><b>Gerhard Burkhardt</b> Vorsitzender des Vorstands des Verbandes baden-württembergischer Wohnungsunternehmen e.V.</p>	<p><b>Andreas Schmitz</b> Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus &amp; Burkhardt AG</p>		
<p><b>Dr. Maximilian Dietzsch-Doertenbach</b> Geschäftsführer der Doertenbach &amp; Co. GmbH</p>	<p><b>Wilhelm Freiherr von Haller</b> Vorsitzender des Vorstands der Sal. Oppenheim jr. &amp; Cie.</p>		

## BEIRAT

<b>Dr. Nils Schmid MdL</b> Vorsitzender Finanz- und Wirtschaftsminister	<b>Walter Gubert</b> Chairman of JP Morgan Europe, Middle East and Africa	<b>Dr. Peter Kurz</b> Oberbürgermeister der Stadt Mannheim	<b>Joachim E. Schielke</b>
<b>Dr. Alexander Erdland</b> Stv. Vorsitzender Vorsitzender des Vorstands Wüstenrot & Württembergische AG	<b>Heinrich Haasis</b> Präsident des Weltinstitutes der Sparkassen Vorsitzender des Vorstands der Sparkassenstiftung internationale Kooperation	<b>Dr. Stephanie Mair-Huydts</b> Sprecherin der Geschäftsführung der MAIRDUMONT GmbH & Co. KG	<b>Carola Gräfin von Schmettow</b> Mitglied des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
<b>Willem G. van Agtmael</b> Geschäftsführer der Catalpa	<b>Jürgen Hägele</b> Stv. Vorsitzender des Vorstands der L-Bank i.R.	<b>Dr. Frank Mastiaux</b> Vorsitzender des Vorstands EnBW Energie Baden-Württemberg AG	<b>Claus Schmiedel MdL</b> Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
<b>Helmut Althammer</b> Präsident der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg	<b>Peter Hauk MdL</b> Vorsitzender der CDU- Landtagsfraktion Baden-Württemberg	<b>Dr. Joachim Ott</b> Vorsitzender der Geschäftsführung der Bilfinger Facility Services GmbH	<b>Peter Schneider</b> Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
<b>Senator h. c. Helmut Aurenz</b> Helmut Aurenz GmbH & Co. KG	<b>Dr. Ing. E. h. Martin Herrenknecht</b> Vorsitzender des Vorstands der Herrenknecht AG	<b>Sean Rainbird</b> Direktor der National Gallery of Ireland	<b>Dr. Robert Schuler-Voith</b> Vorsitzender des Aufsichtsrats der Schuler AG
<b>Hans Beerstecher</b> Stv. Vorsitzender des Vorstands der L-Bank i.R. Stv. Vorsitzender der Landesanstalt für Kommunikation	<b>Prof. Dr. Heinz K. Junker</b> Vorsitzender der Geschäftsführung der MAHLE GmbH	<b>Alfred T. Ritter</b> Vorsitzende der Geschäftsführung der Alfred Ritter GmbH & Co. KG	<b>Dieter Schwarz</b> Generalbevollmächtigter der Schwarz GmbH & Co. KG
<b>Peter M. Binder</b> Geschäftsführender Gesellschafter BINDER GmbH	<b>Henning Kalkmann</b> Vorsitzender des Vorstands des Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunter- nehmen Baden-Württemberg e.V.	<b>Dr. Sabine Röser</b> Vorsitzende des Vorstands der Rudolf Röser Verlag und Informationsdienste AG	<b>Dr. Andreas Schweinzbenz</b> Geschäftsführer der Vibono GmbH
<b>Ina Dé</b> Managing Director von Equity Capital Markets, JP Morgan	<b>Karl Klein MdL</b> Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft des Landtags von Baden-Württemberg	<b>Hans-Joerg Rudloff</b> Chairman of the Executive Committee Barclays Capital – the investment banking division of Barclays Bank PLC	<b>Edith Sitzmann MdL</b> Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<b>Prof. Dr. Bernd Engler</b> Rektor der Eberhard Karls Universität Tübingen	<b>Max Dietrich Kley</b> Mitglied des Aufsichtsrats der BASF SE	<b>Helmut Walter Rüeck MdL</b> Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg	<b>Willi Stächele MdL</b> Finanzminister a.D.
<b>Robert Friedmann</b> Sprecher der Konzernführung der Würth Group	<b>Dagmar Kollmann</b> Stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG	<b>Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL</b> Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion Baden-Württemberg	<b>Hans-Jörg Vetter</b> Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg
<b>Dr. Roman Glaser</b> Präsident des Badischen Genossen- schaftsverbandes e.V.	<b>Christoph Kübel</b> Mitglied der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH	<b>Ingo Rust MdL</b> Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	<b>Prof. Peter Weibel</b> Vorstand des ZKM – Zentrum für Kunst und Medientechnologie
<b>Tanja Gönner</b> Vorstandssprecherin Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	<b>Fritz Kuhn</b> Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart	<b>Hans Dietmar Sauer</b> Vorsitzender des Aufsichtsrats der W & W AG	<b>Prof. Dr. h. c. Horst Weitzmann</b> Senator E. h. Geschäftsführender Gesellschafter NDW Beteiligungsgesellschaft mbH
<b>Gerhard Goll</b> Rechtsanwalt			<b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe
			<b>Guido Wolf MdL</b> Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

# PERSONALBERICHT

Im Jahr 2012 haben die Mitarbeiter der L-Bank ein hohes Geschäftsvolumen bewältigt. Grundlegende Erweiterungen des Förderangebots wie die neuen Energieeffizienzfinanzierungen wurden vorbereitet und erfolgreich umgesetzt.

Zum 31.12.2012 beschäftigte die L-Bank 1.225 Mitarbeiter (2011: 1.218). Die Fluktuationsquote in der Bank ist mit 4,77 % weiterhin gering. 55 Mitarbeiter verließen die Bank, 42 von ihnen verabschiedeten sich in den Ruhestand. Personal aufgebaut wurde vornehmlich in den Förderbereichen zur Bearbeitung der 2012 neu eingeführten Programme zur Energieeffizienzfinanzierung sowie auch in den Marktfolge- und Stabsabteilungen.

PERSONAL IN ZAHLEN		
Belegschaft	2012	2011
Gesamtzahl der Beschäftigten	1.225	1.218
Frauenquote	57,1 %	56,6 %
Durchschnittsalter	45,4 Jahre	45,6 Jahre
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit	16,7 Jahre	16,8 Jahre

## GLEICHSTELLUNG UND VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Der Gesamtanteil weiblicher Führungskräfte unter den Mitarbeitern beträgt 34,4 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Zum 31.12.2012 lag die Frauenquote bei den Bereichsleitern bei 34,8 %; im mittleren und unteren Management beträgt die Frauenquote 23,3 % bzw. 41,0 %.

Ein Großteil der Mütter und Väter in der L-Bank kehrt bald nach der Elternzeit in das Erwerbsleben zurück. Vor zehn Jahren lagen die Erziehungszeiten noch bei 2,4 Jahren im Durchschnitt, aktuell nehmen die jungen Eltern nach durchschnittlich

1,3 Jahren wieder ihre berufliche Tätigkeit auf. Dies ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass die L-Bank die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert und ausgebaut hat.

Mit individuellen und flexiblen Arbeitszeitmodellen erleichtert sie Müttern und Vätern ihr Zeitmanagement. Mehr als 50 Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz zu Hause oder nutzen alternierende Teleheimarbeitsformen. Diese Kollegen verfügen zusätzlich über einen festen Arbeitsplatz in der Bank, den sie mindestens einmal wöchentlich nutzen, um sich regelmäßig direkt mit den Kollegen auszutauschen. Väter und Mütter werden bei der Vergabe von Teleheimarbeitsplätzen vorrangig behandelt.

Mit der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder ab dem Krippenalter erleichtert die L-Bank den Eltern, Beruf und Familienleben in Einklang zu bringen. Im Jahr 2011 wurde ein Eltern-Kind-Büro eingerichtet. Bei allen Fragen rund um die Betreuung können die Mitarbeiter auf Beratung und Unterstützung eines externen Dienstleisters zurückgreifen, der beispielsweise auch Freizeiten in den Ferienwochen anbietet.

## DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der Bank liegt im Berichtsjahr bei 45,4 Jahren. Da die Fluktuation in der Bank gering ist, wird es sich in den nächsten Jahren erhöhen.

Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit gewinnen vorbeugende Maßnahmen zur Wahrung der psychischen und physischen Gesundheit zunehmend an Bedeutung. Absehbar ist, dass ein Teil der Mitarbeiter vor dem gesetzlichen Renten-



eintrittsalter eine Altersrente in Anspruch nehmen will. Da dies für die Betroffenen mit finanziellen Abschlägen verbunden sein wird, hat die L-Bank ihre betriebliche Altersversorgung im Berichtsjahr angepasst. Den Mitarbeitern, die aus gesundheitlichen Gründen vor Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze in Rente gehen, wird jetzt mehr Flexibilität beim Übergang in diesen neuen Lebensabschnitt geboten.

Eine weitere wichtige Aufgabe wird in Zukunft darin bestehen, Mitarbeiter bei der Pflege naher Angehöriger zu unterstützen. In ihrer Dienstvereinbarung zur Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Betrieb hat die L-Bank bereits im Jahr 2001 festgeschrieben, dass Mitarbeiter zur Wahrnehmung sonstiger familienbedingter Pflichten bis zur Dauer von einem Jahr ohne Fortzahlung der Bezüge von der Arbeit freigestellt werden können. Dies gilt insbesondere zur Betreuung und Pflege von Familienangehörigen. Die L-Bank geht auf die jeweilige Situation der Mitarbeiter ein. Die Freistellungen werden sehr kurzfristig und unkompliziert ermöglicht und bei Bedarf durch individuelle Arbeitszeitreduzierungen ergänzt.

## GESUNDHEITSMANAGEMENT

In der gemeinsamen Erklärung „Betrieblicher Gesundheitsschutz im Bankgewerbe“ haben die Tarifparteien des Bankgewerbes als einheitliches Ziel formuliert, die Arbeitsbedingungen in allen Arbeitsbereichen durch nachhaltige betriebliche Maßnahmen gesundheitsfördernd zu gestalten. Die Bank engagiert sich dafür, psychische Erkrankungen zu reduzieren, Ausfälle von Mitarbeitern zu verhindern und das individuelle Gesundheitsverhalten zu fördern. Dazu bietet sie präventive Angebote an, die weit über die genannte Vereinbarung hinausgehen. Aktuell liegt der Krankenstand in der L-Bank bei 5,19% und ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

In Karlsruhe und in Stuttgart stehen der Belegschaft die Angebote der Gesundheitszentren zur Verfügung. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen ihre Mittagspause, um an einem der Gesundheitskurse teilzunehmen, die von einer

professionellen physiotherapeutischen Praxis zusammengestellt und geleitet werden. Seit knapp zwei Jahren bietet die L-Bank ihren Mitarbeitern Unterstützung bei psychischen Belastungen. Sie haben die Möglichkeit, mit externen Vertragsärzten schnell, unkompliziert und diskret über Probleme und schwierige Lebenslagen zu sprechen. Eine Sensibilisierung der Führungskräfte ist bei diesen Themen unerlässlich. Sie werden in den Themen psychische Belastungen, Stress-, Zeit- und Konfliktmanagement geschult.

## PERSONALENTWICKLUNG

Die L-Bank akquiriert einen Großteil ihres Nachwuchses erfolgreich über das DH-Studium an den Dualen Hochschulen in Karlsruhe und Stuttgart. Diese Ausbildung ist in besonderer Weise durch einen hohen Praxisbezug gekennzeichnet. Die Studenten erwerben fundiertes Wissen an einer Hochschule, sind aber auch innerhalb des Betriebs in konkrete Projekte eingebunden. Im Berichtsjahr reagierte die L-Bank auf die gestiegene Zahl der Abiturienten im Doppeljahrgang und erhöhte die Anzahl der Neueinstellungen von zehn auf siebzehn Studenten. Allen neun Absolventen des Jahrgangs 2012 wurde aufgrund ihrer guten Leistungen eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten.

Eine große Anzahl der Führungskräfte der L-Bank hat ihre Karriere mit dem Traineeprogramm begonnen. Es bietet Hochschulabsolventen einen Mix aus Praxis- und Projektphasen. Ein Seminarangebot, in dem auch Sozial- und Führungskompetenzen geschult werden, rundet die Ausbildung ab. Im Berichtsjahr absolvierten drei Akademiker dieses Programm.

Lebensbegleitendes Lernen orientiert sich an allen Berufsphasen unserer Mitarbeiter. Den vielseitigen Veränderungen im Bankengewerbe begegnet die L-Bank durch gezielte Schulungsmaßnahmen. Neben Weiterbildungsangeboten zur Vertiefung des Fachwissens legt die L-Bank Wert darauf, ihre Mitarbeiter in persönlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen zu entwickeln. Im Berichtsjahr besuchte jeder Mitarbeiter statistisch 1,6 Weiterbildungsveranstaltungen.

# LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

Die L-Bank begleitet als Staatsbank für Baden-Württemberg das Land bei der Umsetzung seiner Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik. Hierfür setzt sie eine Vielzahl von Finanzierungsinstrumenten ein. Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Karlsruhe und einer Niederlassung in Stuttgart untersteht sie der Aufsicht des Landes.

## GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die gesamtwirtschaftliche Lage war auch im Geschäftsjahr 2012 durch die Staatsschuldenkrise und den damit einhergehenden Vertrauensverlust in Europa geprägt. In der ersten Jahreshälfte zeigte die deutsche Wirtschaft zunächst noch leichte Wachstumstendenzen, welche sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte abschwächten. Insgesamt verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt (BIP) laut Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2012 eine Steigerung von 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr (Stand: 15.01.2013). Die zunehmenden Probleme der europäischen Krisenstaaten minderten die Zuversicht der deutschen Unternehmen, was sich vor allem in niedrigeren Investitionen niederschlug. Auch die Ausfuhren in die Euro-Zone sanken deutlich, konnten aber aufgrund des geschwächten Euros durch Exporte außerhalb Europas ausgeglichen werden. In diesem schwierigen Umfeld erwies sich die Erwerbstätigkeit in Deutschland als bemerkenswert robust und erreichte im Geschäftsjahr einen neuen Höchststand von fast 41,6 Mio. Personen; die Arbeitslosenquote lag mit 6,8 % im Jahresdurchschnitt (Statistisches Bundesamt, Stand: 15.01.2013) auf dem niedrigsten Stand seit Mitte der 1990er Jahre.

In Baden-Württemberg wies die Wirtschaft im Jahr 2012 mit 1,25 % (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stand: Dezember 2012) ein höheres BIP-Wachstum als in Gesamtdeutschland auf. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich die Konjunktur ab Jahresmitte besser behauptete als im Bundesgebiet. Während der private Konsum von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt profitierte, erfuhren baden-württembergische Industrieprodukte nur eine schwache Inlandsnachfrage. Dem stand ein weiterhin reges Interesse der Schwellenländer nach Investitionsgütern gegenüber, welches auch in Baden-Württemberg die rückläufige Nachfrage aus dem europäischen Ausland ausgleichen konnte. In den ersten drei Quartalen nahmen gemäß Statistischem Landesamt Baden-Württemberg die Ausfuhren um 5 % zu (Stand: Dezember 2012).

## WESENTLICHE ENTWICKLUNGEN IN DER L-BANK

Das Neugeschäftsvolumen der L-Bank verzeichnete im Jahr 2012 einen Anstieg um 47,0 % auf 12.769,5 Mio. Euro\* (Vorjahr: 8.683,8 Mio. Euro). Deutliche Zuwächse wurden vor allem in der Wirtschafts- und Wohnraumförderung erreicht. Dabei

\* Die Zahlen und Angaben zur Neugeschäftsentwicklung (inkl. der Vorjahresvergleichszahlen) wurden unter Anwendung einer neuen Systematik erhoben und sind daher teilweise mit denen des Vorjahreslageberichts nicht vergleichbar.

lag der Förderschwerpunkt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in Wohn- und Betriebsgebäuden sowie in mittelständischen Unternehmen. Auch in der Infrastrukturförderung konnten maßgebliche Steigerungen erzielt werden.

## WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Um ein nachhaltiges Wachstum der baden-württembergischen Wirtschaft zu erzielen und so langfristig Arbeitsplätze im Land zu sichern, setzt sich die L-Bank in Zusammenarbeit mit den Hausbanken für Existenzgründer, mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe ein. Dazu vergibt sie zinsverbilligte Darlehen sowie Zuschüsse und übernimmt gezielt Risiken. Das Neugeschäftsvolumen in der Wirtschaftsförderung lag im Jahr 2012 bei 3.057,6 Mio. Euro und überstieg damit das bereits hohe Vorjahresniveau (2.555,7 Mio. Euro) um 19,6 %. Den Fokus legte die L-Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr auf die Umsetzung von Energieeinsparpotenzialen in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Existenzgründer und junge Unternehmen wurden mit Darlehen in Höhe von insgesamt 395,4 Mio. Euro (Vorjahr: 407,6 Mio. Euro) unterstützt. Davon wurden in dem volumenmäßig stärksten Programm, der „Gründungsfinanzierung“, Mittel in Höhe von 341,6 Mio. Euro (Vorjahr: 361,7 Mio. Euro) bewilligt. Der leichte Rückgang des Bewilligungsvolumens ist auf eine Einschränkung des Antragsstellerkreises und die damit einhergegangenen Vorzieheffekte im Geschäftsjahr 2011 zurückzuführen.

Etablierte Unternehmen förderte die L-Bank im Geschäftsjahr 2012 mit einem Gesamtvolumen von 2.273,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1.841,1 Mio. Euro). Begleitet durch umfangreiche Vertriebsaktivitäten wurde in enger Abstimmung mit dem Land Baden-Württemberg am 01.04.2012 das Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“ aufgelegt. Im Rahmen des Programms erhalten kleine und

mittelständische Unternehmen, die eine Erhöhung der Energieeffizienz in ihren Betriebsgebäuden und Anlagen anstreben, stark zinsverbilligte Darlehen. Durch diese Fördermaßnahmen trägt die L-Bank dazu bei, die Energiewende in Baden-Württemberg voranzutreiben. Das bewilligte Volumen für das Programm belief sich auf 323,6 Mio. Euro. Daneben wiesen in erster Linie die Programme „Wachstumsfinanzierung“ und „Liquiditätskredit“ aufgrund der starken Investitionstätigkeit der geförderten Zielgruppen und der attraktiven Konditionierung eine positive Entwicklung auf. In der „Wachstumsfinanzierung“, durch welche langfristige Darlehen zu vergünstigten Konditionen vergeben werden, wurden Investitionsvorhaben mit 879,1 Mio. Euro (Vorjahr: 765,8 Mio. Euro) finanziert. Das Volumen im Programm „Liquiditätskredit“, welches zinsverbilligte Darlehen für kurz- und mittelfristige Finanzierungen beinhaltet, stieg um 38,4 % auf 241,5 Mio. Euro (Vorjahr: 174,5 Mio. Euro). Darüber hinaus erhielten Unternehmen für Investitionen im ländlichen Raum durch das Programm „Investitionsfinanzierung“ im Berichtsjahr zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 317,4 Mio. Euro (Vorjahr: 286,6 Mio. Euro).

In Ergänzung zum traditionellen Fördergeschäft unterstützt die L-Bank wettbewerbsneutral größere Investitionsvorhaben von Unternehmen mit Sitz oder Standort in Baden-Württemberg. Im Geschäftsjahr 2012 ging das Zusagevolumen in diesem Segment allerdings wegen des allgemein rückläufigen Marktes für Konsortialkredite auf 87,0 Mio. Euro (Vorjahr: 138,5 Mio. Euro) zurück.

Ebenfalls leicht rückläufig war das Bürgschaftsprogramm, das zur Risikoentlastung der Hausbanken bei größeren Unternehmens- und Projektfinanzierungen dient. Das Neugeschäftsvolumen sank im Berichtsjahr auf 42,1 Mio. Euro (Vorjahr: 45,9 Mio. Euro).

Im Bereich der Landwirtschaftsförderung lagen die Neugeschäftszahlen mit 182,3 Mio. Euro über denen des Vorjahres (147,9 Mio. Euro). Das Programm „Landwirtschaft Wachstum“, das auf eine

Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft abzielt, konnte von geänderten gesetzlichen Vorgaben und damit einhergehenden Investitionserfordernissen profitieren und trug mit einer Steigerung von 75,1 % und einem Volumen von 84,8 Mio. Euro (Vorjahr: 48,4 Mio. Euro) zur Erhöhung des Neugeschäftsvolumens bei. Lediglich im Programm „Neue Energien – Energie vom Land“ war das Bewilligungsvolumen mit 59,0 Mio. Euro (Vorjahr: 90,6 Mio. Euro) rückläufig, da die Neuinvestitionen in Fotovoltaik- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg wegen der gesenkten Einspeisevergütung insgesamt nachließen.

#### WOHNRAUMFÖRDERUNG

Durch zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse schafft die L-Bank Anreize für den Bau und den Erwerb selbstgenutzten und vermieteten Wohnraums sowie für dessen Sanierung. Die ebenfalls zur Unterstützung der Energiewende zum 01.04.2012 eingeführten wohnwirtschaftlichen Energieeffizienzfinanzierungen führten im Geschäftsfeld Wohnraumförderung zu einer signifikanten Steigerung der Neugeschäftszahlen. Das Bewilligungsvolumen erreichte 1.476,1 Mio. Euro und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr (915,8 Mio. Euro) um 61,2 %.

In der Wohneigentumsförderung wurden insgesamt Darlehen und Zuschüsse in Höhe von 1.232,2 Mio. Euro (Vorjahr: 676,3 Mio. Euro) bewilligt. Dies entspricht einem Zuwachs von 82,2 %. Von diesem Volumen wurden im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms 166,1 Mio. Euro (Vorjahr: 222,1 Mio. Euro) vergeben. Verantwortlich für die verminderte Nachfrage waren neben den niedrigen Kapitalmarktzinsen die durch anspruchsvolle Energiestandards verschärften Antragsvoraussetzungen. Sehr stark nachgefragt wurden hingegen die neuen Programme der Energieeffizienzfinanzierung, in denen insgesamt ein Volumen von 611,6 Mio. Euro erzielt wurde. Auf das Programm „Energieeffizienzfinanzierung –

Bauen“, welches den Neubau und den Kauf von energiesparenden Wohnhäusern und Eigentumswohnungen unterstützt, entfielen dabei Darlehen in Höhe von 318,3 Mio. Euro. Sanierungsmaßnahmen wurden im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“ mit einem Volumen von 293,3 Mio. Euro gefördert. Mit dieser Programmvariante werden Einzelmaßnahmen, die deutliche Energieeinsparungen bewirken, sowie Umbauten zur Erreichung des Effizienzhausstandards finanziert. Durch die Kombinationsmöglichkeit mit den Energieeffizienzprogrammen erreichte das bereits bestehende Programm „Wohnen mit Zukunft: erneuerbare Energien“, welches auf den Einbau von heiztechnischen Anlagen auf Basis regenerativer Energien abzielt, eine Verdopplung des Vorjahresniveaus auf 85,7 Mio. Euro (Vorjahr: 39,3 Mio. Euro). Zusätzlich wurden Familien mit Kindern beim Erwerb oder Neubau eines Eigenheims im Rahmen des Programms „Wohnen mit Kind“ unterstützt. Dieses verzeichnete jedoch trotz gestiegener Fallzahlen wegen der gesenkten Förderhöchstbeträge einen Rückgang auf 284,7 Mio. Euro (Vorjahr: 332,9 Mio. Euro).

Neben der Wohneigentumsförderung setzt sich die L-Bank auch für die Schaffung und Modernisierung von Mietwohnraum in Baden-Württemberg ein. Zu diesem Zweck wurden Mittel in Höhe von 237,9 Mio. Euro (Vorjahr: 239,6 Mio. Euro) ausgereicht. Im Landeswohnraumförderungsprogramm lag das Volumen mit 15,7 Mio. Euro auf Vorjahresniveau (15,9 Mio. Euro). Die erwartete Volumensteigerung wurde insbesondere wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und der mit der Förderung verbundenen Auflagen nicht erreicht. Nach wie vor erfolgreich war das bankeigene Mietwohnraumförderprogramm, das sich mit 34,3 Mio. Euro ebenfalls etwa auf Vorjahresniveau (36,0 Mio. Euro) bewegte.

Seit Beginn des Geschäftsjahres besteht erstmals auch für Wohnungseigentümergeinschaften die Möglichkeit, über die L-Bank für die energetische Sanierung oder barrierefreie Moder-

nisierung von Wohngebäuden Förderdarlehen zu erhalten. Damit ist die L-Bank eine der wenigen Förderbanken in Deutschland, die Wohnungseigentümergeinschaften den Zugang zu Darlehensangeboten ermöglicht. Da Eigentümergemeinschaften oftmals heterogen sind, bedarf es zur Antragsstellung im Vergleich zur Individualfinanzierung tendenziell längerer Vorlaufzeiten. Daher war das Zusagevolumen mit 5,9 Mio. Euro noch gering.

## REFINANZIERUNG UND BANKSTEUERUNG

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt faktisch zu einer bonitätsmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank daher weiterhin mit ihrer besten Einstufung von Aaa bzw. AAA.

Die L-Bank konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch selektive Nutzung der angebotenen Refinanzierungsalternativen erreichen. Der strategische Schwerpunkt der Refinanzierung lag im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. Euro, das per 31.12.2012 mit 20.524,2 Mio. Euro (Vorjahr: 19.012,8 Mio. Euro) ausgelastet war. Im Berichtsjahr wurden zwei fünfjährige Benchmark-Anleihen über 1.000,0 Mio. Euro bzw. 1.000,0 Mio. US-Dollar begeben. Daneben wurden weitere Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen, vornehmlich in US-Dollar, britischen Pfund und japanischen Yen, emittiert. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen im Jahr 2012 belief sich auf 9.405,3 Mio. Euro (Vorjahr: 9.997,0 Mio. Euro). Die Auslastung des „Commercial Paper Programme“, das einen

Rahmenumfang von 15.000,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10.000,0 Mio. Euro) aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 9.179,7 Mio. Euro (Vorjahr: 9.372,0 Mio. Euro).

Im Rahmen des Banksteuerungsgeschäftes verfolgt die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit klarem Fokus auf gute und sehr gute Schuldnerqualitäten. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Titeln in den Ratingstufen AAA und AA zusammen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde kein Neugeschäft bei den Verbriefungen getätigt.

## SONSTIGE ENTWICKLUNGEN

Um die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten, vergab die L-Bank im Geschäftsjahr 2012 Mittel in Höhe von 2.404,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.798,9 Mio. Euro). Hierfür setzte sie unter anderem Darlehen und Bürgschaften ein. Für Vorhaben des Landes stellte sie als Finanzierungspartner Mittel in Höhe von 1.749,9 Mio. Euro (Vorjahr: 821,0 Mio. Euro) zur Verfügung. Aufgrund der guten Finanzlage der baden-württembergischen Kommunen und des daher stark eingeschränkten Fremdfinanzierungsbedarfs verzeichnete die L-Bank im Programm „Investitionskredit Kommune direkt“, in welchem zinsgünstige Darlehen für kommunale Infrastrukturprojekte vergeben werden, hingegen einen deutlichen Rückgang des Bewilligungsvolumens auf 88,1 Mio. Euro (Vorjahr: 204,2 Mio. Euro).

Als Dienstleister übernimmt die L-Bank für das Land Baden-Württemberg eine Vielzahl von Aufgaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Finanzhilfen. In den verschiedenen Förderbereichen bearbeitete sie im Berichtsjahr bewilligte Mittel in Höhe von 908,5 Mio. Euro (Vorjahr: 941,6 Mio. Euro). Diese stammten im Wesentlichen aus dem Landeshaushalt (793,0 Mio. Euro, Vorjahr: 833,0 Mio. Euro) und dem EU-Haushalt (81,8 Mio.

Euro, Vorjahr: 69,0 Mio. Euro). Größte Position mit 357,0 Mio. Euro (Vorjahr: 436,9 Mio. Euro) blieb trotz des Wegfalls einer im Jahr 2011 einmalig erfolgten Mittelerhöhung die Krankenhausförderung. Weitere bedeutende Positionen waren der Schulhausbau einschließlich Ganztagschulen mit 102,0 Mio. Euro (Vorjahr: 89,0 Mio. Euro) und der Bereich Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz und Altlasten mit 99,0 Mio. Euro (Vorjahr: 117,1 Mio. Euro). Wie geplant wurde die vorschulische Sprachförderung neu konzipiert; außerdem wurde im Rahmen des Klimaschutz-Plus-Vertrages mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erstmals das Förderprogramm „Klimaneutrale Kommune“ abgewickelt.

Zur finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern reicht die L-Bank im Auftrag von Bund und Land das Bundeseltern- und das Landeserziehungsgeld aus. Insgesamt sind die Bewilligungsvolumina im Berichtsjahr leicht gestiegen. Das Bundeseltern-geld summierte sich auf ein Volumen von 688,1 Mio. Euro (Vorjahr: 676,0 Mio. Euro), während 33,2 Mio. Euro (Vorjahr: 36,9 Mio. Euro) als Landeserziehungsgeld bewilligt wurden. Die Vergabe des Landeserziehungsgeldes wurde nach einem Beschluss der Landesregierung für Geburten und Adoptionen ab 01.10.2012 eingestellt. Aufgrund des vorangehenden Elterngeldbezugs waren die Auswirkungen im abgelaufenen Geschäftsjahr jedoch noch nicht spürbar. Ebenfalls eingestellt wurde – mit Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012 – die Vergabe der Studiengebührendarlehen.

Die L-Bank war zum Bilanzstichtag mit einem Buchwert in Höhe von 524,7 Mio. Euro (Vorjahr: 509,6 Mio. Euro) an Unternehmen beteiligt. Das Portfolio umfasst strategische und krediteretzende Beteiligungen an baden-württembergischen Unternehmen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes hält, belief sich zum Jahresende 2012 auf 457,1 Mio. Euro (Vor-

jahr: 443,2 Mio. Euro). Die Veränderung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf einer Zuführung in die Kapitalrücklage bei einem Beteiligungsunternehmen.

Über den L-EA Mittelstandsfonds, ausgestattet mit einem Investitionsvolumen von 500,0 Mio. Euro, beteiligt sich die L-Bank in der Regel als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg oder unterstützt diese Unternehmen mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten. Die Nachfrage nach Produkten des L-EA Mittelstandsfonds ist unverändert hoch. Im Geschäftsjahr 2012 wurden drei Neuengagements getätigt und sieben bestehende Investments weiterfinanziert. Das Investitionsvolumen inkl. Nachrangdarlehen belief sich auf insgesamt 56,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro). Zum Bilanzstichtag beinhaltete das Portfolio insgesamt 22 Engagements (drei Fonds, zehn Einzelbeteiligungen, neun Nachrangdarlehen) mit einem aktuell belegten Investitionsvolumen von 158,4 Mio. Euro (Vorjahr: 119,6 Mio. Euro).

Durch die Technologie- und Gewerbeparks, die von Tochtergesellschaften der L-Bank in Karlsruhe, Reutlingen, Stuttgart und Tübingen betrieben werden, wird die Attraktivität dieser Hochschul- und Forschungsstandorte im nationalen und internationalen Wettbewerb gestärkt. In den Parks haben sich bereits 313 Unternehmen mit insgesamt 8.530 Arbeitnehmern angesiedelt. Nach Veräußerungen waren vom Gesamtinvestment in Höhe von 469,0 Mio. Euro (Vorjahr: 466,4 Mio. Euro) zum Bilanzstichtag noch 163,0 Mio. Euro (Vorjahr: 158,2 Mio. Euro) investiert.

## BILANZSUMME UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Im Berichtsjahr stieg die Bilanzsumme der L-Bank um 3,9 % auf 70.629,8 Mio. Euro (Vorjahr: 67.991,9 Mio. Euro). Die Zunahme spiegelt sich vornehmlich in den Forderungen an Kunden mit einer Steigerung von 1.502,0 Mio. Euro bzw. 6,6 %



sowie den Wertpapieranlagen mit einer Steigerung von 2.042,5 Mio. Euro bzw. 9,6 % wider. Demgegenüber waren die Forderungen an Kreditinstitute leicht rückläufig. Auf der Passivseite resultierte die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen aus Refinanzierungen bei Kreditinstituten und der gesteigerten Auslastung im „Debt Issuance Programme“.

Das Geschäftsvolumen, das auch Bürgschaftsverpflichtungen und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, erhöhte sich dahingegen aufgrund geringer Eventualverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag lediglich um 1,9 % auf 79.647,2 Mio. Euro (Vorjahr: 78.161,7 Mio. Euro).

Die ordentlichen Erträge, die sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und sonstigen betrieblichen Erträgen zusammensetzen, stiegen um 3,6 % auf 494,2 Mio. Euro (Vorjahr: 477,0 Mio. Euro). Wesentlich hierfür war der Zinsüberschuss als unverändert wichtigster Ertragsbestandteil, der um 17,0 Mio. Euro bzw. 4,0 % gesteigert werden konnte. Die von der L-Bank geleisteten und handelsrechtlich als Zinsaufwand darzustellenden Zinssubventionen werden in der nachstehenden betriebswirtschaftlich orientierten Ergebnisrechnung als Leistung an das Land Baden-Württemberg und somit als Ergebnisverwendung dargestellt.

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf Sachanlagen umfassen, sind gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % auf 143,5 Mio. Euro (Vorjahr: 136,4 Mio. Euro) gestiegen. Bei einem aufgrund der Sondereffekte des Vorjahres rück-

läufigen Personalaufwand resultiert die Steigerung aus dem Sachaufwand für das Bankgeschäft. Dieser steht vornehmlich im Zusammenhang mit den Weiterentwicklungen im IT-Bereich und der Sanierung eines Bankgebäudes. Daneben erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertungsänderungen bewegt sich mit 341,2 Mio. Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres mit 335,0 Mio. Euro. Das Bewertungsergebnis ist mit 8,5 Mio. Euro unverändert positiv. Gegenüber dem Vorjahr mit 411,7 Mio. Euro ist es jedoch deutlich reduziert, wobei das Vorjahr maßgeblich durch die Auflösung von Vorsorgereserven in Höhe von 352,7 Mio. Euro geprägt war. Unter Berücksichtigung dieser Bewertungsänderung errechnet sich das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank auf 302,9 Mio. Euro (Vorjahr: 750,7 Mio. Euro).

## GEWINNVERWENDUNG

Das Land Baden-Württemberg erhielt aus dem Jahresergebnis 2012 einen Betrag in Höhe von 155,5 Mio. Euro (Vorjahr: 109,7 Mio. Euro). Davon wurden 140,2 Mio. Euro (Vorjahr: 94,4 Mio. Euro) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg blieb mit 15,3 Mio. Euro konstant. Vom Bilanzgewinn in Höhe von 148,3 Mio. Euro werden 148,0 Mio. Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt und 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorgetragen.



ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. Euro				
	01.01.2012 bis 31.12.2012	01.01.2011 bis 31.12.2011	Veränderung	Veränderung in %
Zinsüberschuss	437,8	420,8	17,0	4,0
Provisionsüberschuss	39,1	42,2	-3,1	-7,3
Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen/Aufwendungen	7,8	8,4	-0,6	-7,1
Verwaltungsaufwendungen	143,5	136,4	7,1	5,2
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungen	341,2	335,0	6,2	1,9
Bewertungsergebnis	8,5	411,7	-403,2	-97,9
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	46,0	0,0	46,0	-
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/ Bewertungen	303,7	746,7	-443,0	-59,3
Außerordentliches Ergebnis	0,0	4,9	-4,9	-100,0
Jahresüberschuss vor Steuern	303,7	751,6	-447,9	-59,6
Ertragssteuern	0,8	0,9	-0,1	-11,1
Verteilungsfähiges Ergebnis	302,9	750,7	-447,8	-59,7
Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse und weitere Zuschüsse	140,2	94,4	45,8	48,5
Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm	15,3	15,3	0,0	0,0
Jahresüberschuss	147,4	641,0	-493,6	-77,0

## RISIKOBERICHT

Die Bank hat zur Steuerung der mit ihrem Geschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem mit den Zielen installiert,

- jederzeit die Gesamtrisikosituation des Instituts einschätzen zu können,
- die wesentlichen Einzelrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kommunizieren und zu steuern sowie
- risikorelevante Entwicklungen verbunden mit Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der Bank nachhaltig ohne Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, auch bei Eintritt unerwarteter Verluste, sicherzustellen (Going-Concern-Ansatz). Es stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleiteter Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit,
- die schriftlich fixierte Ordnung der Aufbauorganisation sowie sämtlicher risikorelevanter Geschäftsprozesse,
- die Einrichtung und laufende Fortschreibung von Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie
- die laufende prozessabhängige wie auch prozessunabhängige Überwachung der Prozesse.

### ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Das Risikomanagement ist institutsspezifisch ausgerichtet und wird insofern in hohem Maße durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag bestimmt. Das Land Baden-Württemberg definiert über die Ausgestaltung der Förderprogramme, die Festlegung der förderrelevanten Kundengruppen sowie die Bestimmung der regionalen Ausrichtung maßgeblich die Geschäftstätigkeit der Bank. Im Gegenzug garantiert das Land Baden-Württemberg über die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast explizit die Verbindlichkeiten der Bank.

Aus dem öffentlichen Förderauftrag abgeleitet, formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen Grundlagen der Geschäftstätigkeit, die mit Blick auf die Risikotragfähigkeit in den Risikostrategien konkretisiert und in der Ablauforganisation operationalisiert wird.

Auf dieser Basis ist der Bereich Treasury für die Umsetzung des vom Vorstand festgelegten Zinsänderungsrisiko- und Währungsrisikoprofils sowie für das Liquiditätsrisikomanagement zuständig. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Rahmen eines Kompetenz- und Limitsystems durch die einzelnen Kreditbereiche der Bank. Operationelle Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese managen entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Der Bereich Controlling ist auch für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer sowie bestimmter Portfolios und schlägt dem Vorstand entsprechende Kreditnehmereinzellimite sowie Portfolio- und Länderlimite vor. Ferner votiert der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft als Marktfolge. Zur qualitativen Bewertung der Risiken führt das Stresskomitee regelmäßig Stressanalysen durch. Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Die Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

## GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand Zielgrößen hinsichtlich Kernkapitalquote und Cost-Income-Ratio fest und bestimmt die Produkte, mit denen der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden soll. In der Fördergeschäftsmatrix weist der Vorstand den einzelnen Geschäftsaktivitäten diese Produkte zu. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Ausfallrisiken (Klumpenrisiken) auf bestimmte Branchen, Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamtrisikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risikoklasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leitet sich die Risikostrategie ab. In der Risikostrategie legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten und neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in der Risiko-

strategie seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang zur Abdeckung von Verlusten Risikodeckungspotenzial bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang wurden das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko sowie das Geschäftsrisiko als wesentliche Risikoarten identifiziert. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikotoleranzen ergänzt.

Hinsichtlich des Kreditrisikomanagements konkretisiert die Risikostrategie die Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Kreditrisikomarge und verpflichtet die Geschäftsbereiche zur Hereinnahme bestimmter als werthaltig eingestufte Sicherheiten. Daneben werden die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre geplant und gleichzeitig begrenzt. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft, in dem die Bank mit den Hausbanken zusammenarbeitet, wird im Wesentlichen auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen der Banksteuerung getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden in besonderem Maße hohe Anforderungen gestellt. Die mit der Risikotragfähigkeit in Einklang stehende Risikostrategie zeigt hiernach – auch unter Beachtung der bestehenden Risikokonzentrationen – den geplanten Umfang der zukünftigen Adressenausfallrisiken.

Bezüglich der Marktpreisrisiken verfolgt die Bank die Strategie, in bewusstem Umfang mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung von Zinsmeinungen Erträge zu erzielen. Die zugrunde liegenden Zinsmeinungen werden aus Kapitalmarktparametern abgeleitet. Aufgrund der gegebenen Volatilität erfolgen eine intensive tägliche Überwachung sowie eine laufende, zumindest wöchentliche Überprüfung durch die Geschäftsleitung.

Zur Sicherstellung einer struktur- und kostenoptimalen Refinanzierung bedient sich die Bank der nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Aufgrund der gegebenen Garantien profitiert sie hierbei von dem guten Standing des Landes Baden-Württemberg an den Kapitalmärkten. Mögliche Liquiditätsrisiken, die allein auf eine wesentliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückzuführen wären, werden nachhaltig als gering eingestuft.

Die Bank steuert ihre operationellen Risiken nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Hiernach werden ungeachtet der bestehenden umfangreichen internen Kontrollverfahren sowie gesetzlicher bzw. aufsichtlicher Anforderungen nur dann besondere schadensvermeidende oder -verhindernde Maßnahmen ergriffen, wenn ein potenzieller Verlust die hierdurch entstehenden Kosten übertrifft.

## RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

### Überwachung des Risikodeckungspotenzials in zwei Steuerungskreisen

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt mit der Zielsetzung, den Fortbestand des Kreditinstituts ohne Unterstützungsmaßnahmen des Gewährträgers nachhaltig zu sichern (Going-Concern-Ansatz). Daneben berechnet die Bank die Risikotragfähigkeit in einem zweiten Steuerungskreis i. S. d. sogenannten Liquidationsansatzes.

#### Going-Concern-Ansatz

Die Ermittlung des relevanten ökonomischen Risikodeckungspotenzials erfolgt GuV-orientiert. Als Basis dient zunächst nur das nicht zur Erfüllung der Kapitalunterlegung nach den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) benötigte Eigenkapital. Aus Vorsichtsgründen setzt die Bank zur Ermittlung des aufsichtsrechtlich notwendigen Kapitals eine erhöhte Gesamtkennziffer von 8,4 % an. In einem zweiten Schritt werden diese

freien Kapitalbestandteile um eventuell bestehende Reserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichsfunktion eine mit dem Eigenkapital vergleichbare Qualität haben und bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht positionsmindernd berücksichtigt wurden. Ferner werden „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die aus der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG vorgenommen wurden. Während durch die Berücksichtigung der aufsichtlichen Kapitalunterlegung bereits die erwarteten Verluste abgedeckt werden, dient das darüber hinausgehende ökonomische Risikodeckungspotenzial dem Ausgleich unerwarteter Verluste.

Für alle wesentlichen Risikoarten werden auf Basis eines Konfidenzniveaus von einheitlich 99,0 % Value-at-Risk-Limite festgelegt, die dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt werden. Die Summe dieser Value-at-Risk-Limite bildet die seitens der Bank definierte Gesamtverlustobergrenze, die mit Blick auf die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes maximal 80,0 % des Risikodeckungspotenzials ausschöpft. Aufgrund der laufenden Überwachung der Limite erfolgt gleichsam die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das jeweilige Risikodeckungspotenzial sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben. Unter „Risikoposition“ werden die Anrechnungsbeträge für Adressenausfallrisiken und die mit dem Faktor 12,5 multiplizierte Summe der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

### AUFSICHTLICHE KAPITALUNTERLEGUNG

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen	31.03.2012	30.06.2012	30.09.2012	31.12.2012
Risikoposition in Mio. Euro	19.206,1	19.249,6	19.384,3	18.376,8
Kernkapital in Mio. Euro	1.937,1	2.607,8	2.601,1	2.662,4
Kernkapitalbedarf in Mio. Euro	875,1	901,8	901,1	866,1
Freies Kernkapital in Mio. Euro	1.062,0	1.706,0	1.700,0	1.734,0
Eigenmittel in Mio. Euro	3.119,8	3.675,2	3.541,0	3.504,2
Kernkapitalquote in %	10,1	13,6	13,4	14,2
Gesamtkennziffer in %	16,2	19,1	18,3	19,1

Zum Bilanzstichtag ergibt sich bei einem freien Kernkapital von 1.734,0 Mio. Euro, einem Gewinn des abgelaufenen Jahres von 244,2 Mio. Euro (vor Zuführung zu Reserven nach §§ 340 f, g HGB) sowie anrechnungsfähigen Reserven in Höhe von rund 83,2 Mio. Euro ein GuV-orientiertes Risiko- deckungspotenzial von 2.061,5 Mio. Euro. Dem Risikodeckungspotenzial steht die vom Vorstand in Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie beschlossene Gesamtverlustobergrenze von 1.395,0 Mio. Euro gegenüber. Diese verteilt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

### GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUST- OBERGRENZEN PER 31.12.2012 in Mio. Euro

	Limit
Gesamtverlustobergrenze	1.395,0
Adressenausfallrisiken	705,0
Marktpreisrisiken	240,0
Liquiditätsrisiken	65,0
Operationelle Risiken	20,0
Immobilienrisiken	20,0
Modellrisiko	70,5
Unwesentliche Geschäftsvorfälle	7,0
Puffer PIIGS	100,0
Puffer Modell / Marktdaten	150,0
Puffer	17,5
Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial	67,7 %

Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am ökonomischen Risikodeckungspotenzial beträgt hier nach zum Bilanzstichtag 67,7 %. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug er zwischen 52,4 % und 72,3 %.

#### Liquidationsansatz

Im zweiten Steuerungskreis wird der Wert der Bank als ökonomisches Risikodeckungspotenzial bereitgestellt. Diesem werden neben der Gesamtverlustobergrenze auch die stillen Lasten des Anlagevermögens aus vermiedenen Niederstwertabschreibungen und negativen Marktwerten sowie die Spreadrisiken gegenübergestellt. Der Vorstand hat in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat beschlossen, die Risikostruktur dahingehend auszurichten, dass die Summe aus der Gesamtverlustobergrenze, den stillen Lasten und den Spreadrisiken einen Anteil von 80,0 % am wertorientiert ermittelten ökonomischen Risikodeckungspotenzial nicht übersteigen soll. Zur Abschätzung der Entwicklung der Niederstwertabschreibungen und der negativen Marktwerte unterzieht die Bank diese laufend diversen Stresstests.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein Barwert aus dem Geschäftsbestand von 5.118,3 Mio. Euro. Diesem stehen – unter Berücksichtigung des Geschäftsrisikos – kalkulatorische Personal- und Sachaufwendungen von 854,7 Mio. Euro und kalkulatorische Risikokosten von 630,1 Mio. Euro gegenüber, so dass sich ein wertorientiertes Risikodeckungspotenzial von 3.633,4 Mio. Euro ergibt. Dieses wiederum ist zum Bilanzstichtag durch die Gesamtverlustobergrenze von 1.395,0 Mio. Euro, die stillen Lasten sowie die Migrations- und Spreadrisiken in Höhe von 967,8 Mio. Euro zu insgesamt 65,0 % belegt. Die Belegung der wertorientierten Gesamtverlustobergrenze stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr von 35,9 % auf 65,0 % an. Ursächlich hierfür ist zum einen die im zweiten Quartal vorgenommene Erhöhung der Gesamtverlustobergrenze von 995,0 Mio. Euro auf 1.395,0 Mio. Euro. Diese Erhöhung diente nicht der Ausweitung von

Risiken, sondern der Abdeckung steigender Risikokennzahlen aufgrund von Modellanpassungen im Marktpreisrisiko. Darüber hinaus wurden Puffer für mögliche Bonitätsverschlechterungen der Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien (PIIGS-Staaten) sowie für einen weiteren modellbedingten Anstieg der auszuweisenden Risiken bereitgestellt. Weiter führte die Berücksichtigung der Geschäftsrisiken sowie der Spreadrisiken – sowohl in Form von individuellen Migrationsrisiken als auch von marktweiten Spreadrisiken – zu einem Anstieg der Belegung. Im Liquidationsansatz werden die Geschäftsrisiken im erhöhten Verwaltungsaufwand berücksichtigt. Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund von Bonitätsverschlechterungen der Emittenten mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation beurteilt. Als marktweites Spreadrisiko wird das Risiko eines ratingunabhängigen Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund marktweiter Spreadschwankungen durch historische Simulation bewertet.

#### Vorbereitung auf Basel III

Ungeachtet der exakten zeitlichen Umsetzung der Anforderungen nach Basel III ist in den kommenden Jahren von einem steigenden Kapitalbedarf zur Unterlegung der Geschäftstätigkeit auszugehen. Die Bank hat daher unter Zugrundelegung der bislang bekannten aufsichtlichen Entwürfe und notwendiger Approximationen offener Auslegungsfragen mittelfristige Simulationsrechnungen erstellt, die auf der aktuellen bzw. erwarteten Risikolage aufsetzen. Auf Basis dieser Vorrechnungen wäre die Risikotragfähigkeit sowohl im Steuerungskreis 1 (Going Concern) als auch im Steuerungskreis 2 (Liquidation) gegeben.

#### Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über Value-at-Risk-Modelle. Die zur Risikomessung verwen-

deten finanzmathematischen Modelle setzen naturgemäß bezüglich diverser Einflussparameter eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte voraus. Die nunmehr bereits mehrere Jahre andauernde Finanzmarktkrise offenbart jedoch an verschiedenen Stellen offenkundige Grenzen der Aussagekraft quantitativer Risikomodelle. Zur Begrenzung des Risikos von modellbedingten Fehleinschätzungen der Risikolage erfolgt eine laufende Arrondierung der quantitativen Risikobewertung durch umfangreiche Analysen in Form von Stressszenarien. Mit der Durchführung dieser Stressszenarioanalysen identifiziert die Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Bank haben können.

In diesen Analysen werden zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart bestimmenden Risikofaktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Ausfallrisikos) bestimmt und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten ermittelt. Hierbei wird u. a. auch das in der Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringverfahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikooartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien.

Da sich auch durch das dargestellte Analyzesystem nicht vollständig ausschließen lässt, dass bestandsgefährdende Szenarien letztendlich unerkannt bleiben, werden zur Verdeutlichung der Grenzen der Risikotragfähigkeit entsprechende Verlustbelastungen unterstellt und es wird retro-

grad errechnet, unter welchen Bedingungen es zu derartigen Verlusten kommen kann (inverse Stresstests).

Derzeit beruht die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien auf Expertenschätzungen, aus denen quantitative Angaben abgeleitet werden. Diese Schätzungen, und damit folglich auch die quantitativen Auswirkungen, sind naturgemäß mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher entwickelt die Bank zurzeit ein mehrdimensionales Scoringssystem, mit dem die quantitative eindimensionale Expertenschätzung zu einer qualitativen mehrdimensionalen Analyse ausgebaut wird. Diese wird in einem weiteren Schritt mit Zeitreihenanalysen beobachtbarer Risikofaktoren kombiniert. Die Bank geht davon aus, dass hierdurch das Expertenwissen gegenüber den derzeit verwendeten Verfahren umfassender für die quantitative Analyse genutzt werden kann.

Bei den Ausfallrisiken werden Szenarien angesetzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Dabei wird – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – in einem Szenario von einer schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, wie sie in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge mit außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bei den Stressanalysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Eigenbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identi-



fikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch Szenarioanalysen. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen.

### RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken.

### AUSFALLRISIKO

Das Ausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität oder dem Umfeld des Kreditnehmers liegende oder politische Ursachen haben.

### Quantitative Bewertung der Berechnung des Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden über die in das Risikotragfähigkeitskonzept eingebetteten Value-at-Risk-Limite begrenzt.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis externer und interner Ratings und ratingabhängiger Ausfallwahrscheinlich-

keiten, die von Ratingagenturen zur Verfügung gestellt werden. Die Berechnung basiert auf einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,0 %. Dabei werden auch Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, berücksichtigt. Die Value-at-Risk-Berechnung erfolgt auf konservativer Basis, so dass lediglich ausgewählte Sicherheitenarten unter restriktiven Prämissen risikomindernd einfließen. Auch werden lediglich in den Geschäftsfeldern „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ und „Öffentliche Hand“ Recoveryraten (derzeit 30,0 %) unterstellt. Aufgrund der Portfoliostruktur kommt den Währungsrisiken insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das Risiko, dass die Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird daher als sehr gering erachtet.

Aufgrund der – aus dem öffentlichen Auftrag folgenden – Besonderheiten in der Wohnraumförderung ist die Anwendung eines „Marktmodells“ nicht sinnvoll möglich. Aus diesem Grund werden die unerwarteten Verluste in der Wohnraumförderung mittels eines eigenentwickelten statistischen Verfahrens berechnet. Bei der Berechnung des Value-at-Risk werden Erlöse aus der Verwertung von gestellten Sicherheiten berücksichtigt, wobei die Bank die Erlösquoten an die jeweils aktuellen Realisierungswerte anpasst. Da es sich bei der Wohnraumförderung um eine Vielzahl homogener Kreditnehmer handelt, werden Korrelationen zwischen den einzelnen Kreditnehmern nicht berücksichtigt. Die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers wird anhand der durchschnittlichen bestandsgewichteten jährlichen Ausfälle der Kundengruppe der vergangenen 25 Jahre geschätzt.

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf 2012:

VALUE-AT-RISK FÜR ADRESSENAUSFALLRISIKEN 2012 in Mio. Euro										
	01.01.2012		31.03.2012		30.06.2012		30.09.2012		31.12.2012	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	995,0	595,5	995,0	690,4	1.395,0	753,4	1.395,0	706,3	1.395,0	645,6
Anteil Adressenausfallrisiken in %	65,3	77,0	70,9	73,8	50,5	62,3	50,5	63,8	50,5	63,8
Adressenausfallrisiken	650,0	458,4	705,0	509,8	705,0	469,0	705,0	450,3	705,0	411,7
Privatkunden	15,0	5,0	15,0	5,8	15,0	5,7	15,0	5,5	15,0	5,4
Unternehmen aus dem Finanzsektor	250,0	230,0	250,0	218,5	250,0	210,1	250,0	190,3	250,0	183,5
Sonstige Unternehmen	350,0	190,0	350,0	206,4	350,0	189,6	350,0	190,8	350,0	178,2
Öffentliche Hand	35,0	33,4	90,0	79,1	90,0	63,7	90,0	63,7	90,0	44,6

Bei den „sonstigen Unternehmen“ entfällt ein Anteil von rund 40,0 Mio. Euro auf die Wohnraumförderung (Finanzierung von Wohnungsunternehmen). Der restliche Value-at-Risk resultiert zu einem wesentlichen Anteil aus kreditersetzenden Beteiligungen (L-EA Mittelstandsfonds, L-EA Garantiefonds, L-EA Venture Fonds) und Projektfinanzierungen

im Infrastrukturbereich, bei denen die Bank andere Banken im Risiko entlastet. Der Value-at-Risk bei den „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ geht mit rund 85,4 Mio. Euro auf das Hausbankenverfahren in der Wirtschaftsförderung zurück. Vom Value-at-Risk für das Geschäftsfeld „Öffentliche Hand“ entfallen 33,4 Mio. Euro auf die PIIGS-Staaten.

### Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Wertberichtigungen trägt die Bank akut gewordenen Risiken umfassend Rechnung. Sie hat hierzu auf Basis ihres Instrumentariums zur Risikofrüherkennung dezidierte Prozesse eingerichtet und entsprechende Richtlinien erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände. Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach SolvV notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Nettopositionen von den Buchwerten abgezogen werden. Eventuell

bestehende Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach SolvV notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der Bank im Going-Concern-Ansatz als Risikodeckungskapital zur Verfügung (z. B. Reserven nach § 340 f HGB). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Brutobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß SolvV ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

#### WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2012 in Mio. Euro

	Privatkunden		Unternehmen aus dem Finanzsektor		Sonstige Unternehmen		Öffentliche Hand		Gesamt		Quote in %
	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	Wertb.	Bestand	
31.12.2009	91,4	8.195,8	31,6	35.584,0	788,0	14.408,5	0,0	8.907,2	910,9	67.095,6	1,4
31.12.2010	87,9	7.749,9	31,6	34.156,0	674,2	11.887,1	0,0	14.273,0	793,7	68.066,0	1,2
31.12.2011	100,4	7.251,9	31,6	33.710,5	567,1	11.659,9	0,0	20.177,2	699,1	72.799,5	1,0
31.03.2012	99,1	7.128,7	31,6	34.397,8	549,8	12.074,4	0,0	21.190,0	680,5	74.790,9	0,9
30.06.2012	96,2	6.995,9	31,6	36.552,7	556,9	11.957,1	0,0	22.513,6	684,7	78.019,4	0,9
30.09.2012	92,7	6.880,8	31,6	32.046,4	525,5	11.757,4	0,0	23.244,4	649,8	73.929,0	0,9
31.12.2012	88,6	6.771,8	31,6	31.236,1	505,8	10.959,8	0,0	23.941,6	626,0	72.909,2	0,9

### Qualitative Bewertung der Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen

Zur qualitativen Bewertung der Ausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Ein Pauschalrating wird ebenfalls im Rahmen der Engagements der L-EA Fonds (L-EA Mittelstandsfonds, L-EA Garantiefonds, L-EA Venture Fonds) verwendet. Diese Kunden werden grundsätzlich intensiv betreut und unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Untenstehende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um dadurch den Blankoanteil und

das Verlustrisiko zu reduzieren. Die Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Sicherungswert diesen maximal bei der Bestimmung des Blankoanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen aus materiellen oder formellen Gründen kein expliziter Sicherheitenwert beizumessen ist, müssen gleichwohl der Kreditgewährung zugrunde gelegt werden, wenn die Hereinnahme derartiger Sicherheiten branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung des Verlustrisikos werden bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal verbürgt sind, und Real Kredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet. Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes, bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z. B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN														
Risikoklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,03	0,06	0,13	0,27	0,56	1,15	2,35	4,75	9,37	17,63	30,72	100	100
Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55		
	0,02	0,04	0,09	0,19	0,39	0,80	1,65	3,35	6,70	12,95	23,55	100	100	100
Extern		AA+		A		BBB			BB-	B	CCC+	CC	Default	Default
	AAA	AA	A+	A-	BBB+	BBB-	BB+	BB	B+	B-	CCC	C		
		AA-									CCC-			
	Investment Grade						Non-Investment Grade							

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder. Diese setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten der Wertpapiere und

Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß SolvV ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2012 in Mio. Euro						
	Privatkunden	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Sonstige Unternehmen und Selbstständige	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Risikoklasse 1	2.744,6	9.724,9	4.529,2	19.596,9	36.595,5	50,2
Risikoklasse 2	16,1	2.675,1	415,8	3.693,7	6.800,7	9,3
Risikoklasse 3	3.353,4	4.914,5	1.020,2	22,8	9.311,0	12,8
Risikoklasse 4	82,6	11.814,3	1.498,9	452,2	13.848,0	19,0
Risikoklasse 5	0,0	1.283,4	1.038,5	0,0	2.322,0	3,2
Risikoklasse 6	484,5	224,1	603,0	87,9	1.399,5	1,9
Risikoklasse 7	0,1	196,7	700,5	88,1	985,5	1,4
Risikoklasse 8	0,0	327,4	126,6	0,0	454,0	0,6
Risikoklasse 9	0,3	50,8	319,7	0,0	370,8	0,5
Risikoklasse 10	0,0	22,5	307,3	0,0	329,9	0,5
Risikoklasse 11	0,0	0,0	29,4	0,0	29,4	0,0
Risikoklasse 12	57,6	0,2	123,1	0,0	180,8	0,2
Risikoklasse 13	0,0	0,0	111,0	0,0	111,0	0,2
Risikoklasse 14	32,6	1,9	136,7	0,0	171,2	0,2
<b>Gesamt</b>	<b>6.771,8</b>	<b>31.236,1</b>	<b>10.959,8</b>	<b>23.941,6</b>	<b>72.909,2</b>	<b>100,0</b>

In obigem Bestand in Höhe von 72.909,2 Mio. Euro sind Wertpapiere und CDS in Höhe von 27.029,3 Mio. Euro enthalten. Die Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten (kein Handelsbuch) und behandelt diese deshalb wie Kredite. Die Bank wendet das gemilderte Niederstwertprinzip an. Aufgrund erwarteter dauerhafter Wertminderung hat die Bank Wertpapiere mit einem Volumen von 4,7 Mio.

Euro abgeschrieben und den Buchwert entsprechend reduziert. Eine weitere Risikovorsorge in Höhe von 30,0 Mio. Euro wurde nach pauschalen Grundsätzen für das unbesicherte Wertpapierportfolio gebildet. Die Wertpapiere und CDS weisen nachfolgend aufgeführte Bonitätsstruktur auf. Ersparte Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

**RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/  
CDS PER 31.12.2012** in Mio. Euro

Risikoklasse	Bestand	Stille Lasten	Spreadrisiken
1	15.686,3	14,4	457,2
2	2.800,0	2,3	82,0
3	2.409,6	23,1	13,0
4	3.805,8	17,0	59,2
5	1.576,2	18,2	34,6
6	421,1	0,4	3,9
7	202,3	3,4	3,5
8	57,1	1,5	2,1
9	50,8	12,4	7,2
10	20,1	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>27.029,3</b>	<b>92,7</b>	<b>662,7</b>

**Überwachung von Problemkrediten**

Unter Problemkrediten versteht die L-Bank Kredite, bei denen es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalverwaltung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbearbeitung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch geringe Bonitäten (Risikoklasse 9 und schlechter). Die Bank unterscheidet bei Problemkrediten zwischen Krediten in Sanierung (Risikoklassen 9 bis 13) und solchen in Abwicklung (Risikoklasse 14).

Zum 31.12.2012 betrug der Bestand an Problemkrediten 1.261,5 Mio. Euro. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank.

**PROBLEMKREDITBESTAND ZUM 31.12.2012** in Mio. Euro

	Risiko- bestand gesamt	Problemkreditbestand		Sanie- rung	Abwick- lung	Abwick- lungsquote In %	Wert- berichti- gungen
		Gesamt	In %				
Privatkunden	6.771,8	266,8	3,9	206,6	60,2	0,9	88,6
Unternehmen aus dem Finanzsektor	31.236,1	9,0	0,0	7,1	1,9	0,0	31,6
Sonstige Unternehmen und Selbstständige	10.959,8	985,7	9,0	847,9	137,8	1,3	505,8
Öffentliche Hand	23.941,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>72.909,2</b>	<b>1.261,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1.061,6</b>	<b>199,9</b>	<b>0,3</b>	<b>626,0</b>

**Bewertung von Risikokonzentrationen**

Die Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt,

wobei die Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und bei diesen generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 44,0 % außerhalb des Realkredits. Die Sicherheit wird in Form von Grundschulden vertraglich geregelt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohnraumförderung ein Konzentrationsrisiko auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die Bank die Konjunkturreagibilität der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Die Bank hat die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung analysiert. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der derzeit herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut sind. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr der Kreditnehmer einer Region zu der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringssystem verwendet. Nachfolgende Tabelle zeigt den hiernach gegliederten Bestand an Wohnraumfinanzierungen der L-Bank. Der höchste Rang verweist auf die relativ höchste Gefährdung. 57,4 % der Finanzierungen in der Wohnraumförderung befinden sich in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunkturrempfindlichkeit (Rang 1 bis einschließlich Rang 4). Der Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunkturrempfindlichkeit des Landes, eine leicht überdurchschnittliche Konjunkturrempfindlichkeit auf.

#### FINANZIERUNG VON WOHNIMMOBILIEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG PER 31.12.2012

Rang	Bestand in Mio. Euro	Anteil am Gesamt- bestand in %
1	514,7	5,0
2	2.648,7	25,6
3	1.154,9	11,2
4	1.612,3	15,6
5	1.427,5	13,8
6	970,4	9,4
7	811,2	7,9
8	1.192,2	11,5
Gesamt	10.331,9	100,0

Ein weiteres Sicherheitskonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den rund 11.241,7 Mio. Euro erhaltenen Gewährleistungen (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.627,3 Mio. Euro auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 2.123,5 Mio. Euro gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 1.187,6 Mio. Euro basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaft sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der Bank folgt ferner ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken (29.714,3 Mio. Euro). Aufgrund der Verpflichtung, Förderkredite über Hausbanken auszureichen (ausgenommen hiervon sind Kredite, die im Rahmen der Wohnraumförderung vergeben werden), bestand per 31.12.2012 ein Risikoengagement bei Banken in Höhe von 11.758,3 Mio. Euro. Diese Bankenforderungen sind über die



Forderung an den Endkunden abgesichert. Weitere 1.878,9 Mio. Euro gehen darauf zurück, dass die Bank die Hausbanken in ihrem Endkundenrisiko entlastet hat. Somit gehen rund 46,0 % des gesamten Bankenengagements auf die Wirtschaftsförderung zurück. 16.077,1 Mio. Euro des gesamten Bankenengagements gehen auf die Geschäfte zurück, die die Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Hiervon sind 10.617,2 Mio. Euro über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 1.586,2 Mio.

Euro über Pfandbriefe abgesichert. Die verbleibenden 3.873,9 Mio. Euro entfallen zu rund 92,0 % auf die Risikoklassen 1 bis 4. Rund 8,0 % befinden sich in den Risikoklassen 5 bis 8. Lediglich 0,9 Mio. Euro sind den Risikoklassen 9 und 10 zugeordnet.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Region „Deutschland“. 85,5 % des risikorelevanten Bestandes befinden sich in Deutschland. Hiervon befinden sich wiederum 63,0 % im Bundesland Baden-Württemberg und im Freistaat Sachsen.

#### REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2012 in Mio. Euro

	Privat- kunden	Unternehmen aus dem Finanzsektor	Sonstige Unter- nehmen und Selbstständige	Öffentliche Hand	L-Bank gesamt	Verteilung in %
Deutschland gesamt	6.771,3	24.884,8	10.593,3	20.108,8	62.358,1	85,5
Belgien	0,0	10,0	0,0	205,9	215,9	0,3
Finnland	0,0	0,8	0,0	319,6	320,5	0,4
Frankreich	0,4	712,1	20,0	531,9	1.264,5	1,7
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	622,4	5,0	0,0	627,4	0,9
Italien	0,0	261,4	0,0	452,2	713,6	1,0
Luxemburg	0,0	70,5	0,0	0,0	70,5	0,1
Niederlande	0,0	811,0	49,3	475,5	1.335,7	1,8
Österreich	0,0	685,3	31,5	785,1	1.501,9	2,1
Portugal	0,0	0,0	25,2	88,1	113,3	0,2
Spanien	0,0	673,9	0,0	87,9	761,8	1,0
Dänemark	0,0	143,2	0,0	259,6	402,8	0,6
Großbritannien*	0,0	1.212,4	0,0	175,9	1.388,3	1,9
Schweiz	0,1	272,0	82,4	41,4	395,9	0,5
Rest-Europa	0,0	13,5	0,0	409,6	423,1	0,6
Europa gesamt	0,5	5.488,5	213,3	3.832,8	9.535,2	13,1
USA	0,0	174,2	131,4	0,0	305,6	0,4
Restl. Ausland	0,0	688,6	21,8	0,0	710,4	1,0
Ausland gesamt	0,5	6.351,3	366,5	3.832,8	10.551,2	14,5
Gesamt	6.771,8	31.236,1	10.959,8	23.941,6	72.909,2	100,0

\* Inkl. Guernsey, Jersey, Isle of Man und Cayman Islands.

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den krisengefährdeten PIIGS-Staaten bestand per 31.12.2012 ein Risikobestand in Höhe von rund 2.216,1 Mio. Euro. Davon sind rund 781,0 Mio. Euro (35,0 %) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 626,0 Mio. Euro (28,0 %) werden von Staaten bzw. regionalen Gebietskörperschaften geschuldet. Weitere rund 26,0 % bzw. 574,0 Mio. Euro entfallen auf unbesicherte Verbriefungen. Gegenüber Banken bestehen unbesicherte Forderungen in Höhe von rund 165,0 Mio. Euro (7,0 %).

#### Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerlimiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen werden Klumpenrisiken begrenzt. Hier sind der Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Die Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- und Länderlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie legt der Vorstand fest, welche Bonitätsanforderungen das nicht programmgebundene Fördergeschäft erfüllen muss, da diese Geschäfte im Wesentlichen im Rahmen der Banksteuerung getätigt werden und die Bank Erträge aus der Refinanzierung und nicht aus der Risikoübernahme erzielen will. Zur risikoadäquaten Steuerung wurde festgelegt, dass bei den Geschäften, bei denen die Höhe der Marge nicht förderpolitisch verbindlich vorgegeben ist, eine marktübliche risikoorientierte Marge zu bestimmen ist.

Basis der operativen Steuerung des Adressenausfallrisikos bilden die erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitsbewertungen. Sie dienen der Portfoliosteuerung bei der Kreditgewährung wie auch der möglichst frühzeitigen Einleitung von Gegenmaßnahmen, um Verluste aus dem Kreditgeschäft zu minimieren. Im Rahmen dieses Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

Die festgelegten Prozesse für Problemkredite und notleidende Engagements umfassen ein geregeltes Mahnverfahren, das eine Wahrung der Ansprüche sowie einen möglichst frühzeitigen Forderungsausgleich sicherstellt.

## MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die Bank führt kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen deshalb nur im Bankbuch. Bei den Marktpreisrisiken unterscheidet die Bank zwischen

- Zinsänderungsrisiken,
- Währungsrisiken,
- Risiken aus Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen (= Beteiligungen) sowie
- Optionsrisiken.

Das Marktpreisrisiko wird hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps gesteuert. Der Bestand an Zinsswaps (inkl. Swaptions) betrug zum 31.12.2012 nominal 78.620,0 Mio. Euro. Zinswährungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 12.220,0 Mio. Euro.

### Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels eines Value-at-Risk-Modells berechnet. Hierzu wendet die Bank die Methode der historischen Simulation mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % an. Um unterschiedlichen Marktkonstellationen umfassend Rechnung zu tragen, werden insgesamt zehn Modelle berechnet, wobei letztendlich jeweils der höchste Risikowert in die tägliche Auslastungsrechnung Eingang findet. Die Übersicht gibt einen Überblick über die aktuell genutzten Modellvarianten:

MODELLVARIANTEN DER HISTORISCHEN SIMULATION		
	Haltedauer (Handelstage)	Historischer Betrachtungs- zeitraum (Handelstage)
Absolute Zinsänderungen	10	250
Relative Zinsänderungen	10	250
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	10	250
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	10	250
Absolute Zinsänderungen	25	250
Relative Zinsänderungen	25	250
Absolute Zinsänderungen, gespiegelt	25	250
Relative Zinsänderungen, gespiegelt	25	250
Gewichtete Zinsänderungen	10	1.000
Gewichtete Zinsänderungen	25	1.000

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Marktpreisrisiken im Jahresverlauf 2012:

VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2012 in Mio. Euro										
	01.01.2012		31.03.2012		30.06.2012		30.09.2012		31.12.2012	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	995,0	595,5	995,0	690,4	1.395,0	753,4	1.395,0	706,3	1.395,0	645,6
Anteil Marktpreisrisiken in %	10,6	8,9	11,0	10,4	17,2	21,7	17,2	19,7	17,2	20,4
Marktpreisrisiken	105,0	53,0	109,0	71,5	240,0	163,5	240,0	138,8	240,0	131,6

#### Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

Value-at-Risk-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter der Prämisse bestimmter Marktcontinuitäten. Da solche steten und linearen Marktbewegungen gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht durchgängig unterstellt werden können, werden systematisch ergänzend Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Im Rahmen der Stresstests werden mögliche Verluste durch verschieden ausgeprägte extreme Marktbewegungen untersucht. Unter anderem werden auch die Auswirkungen einer aufsichtlich

vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten mit der Auswirkung des hierdurch entstehenden Verlustes auf das haftende Eigenkapital überprüft. Die untenstehende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer entsprechenden Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve.

#### Steuerung der Marktpreisrisiken

Basis der Steuerung der Marktpreisrisiken bilden die vom Vorstand vorgegebenen Value-at-Risk-Limite. Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig

NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND EINES 200 BASISPUNKTE-SHIFTS DER ZINSKURVE				
	Jahresende 31.12.2012	Maximum 26.01./ 31.01.2012	Minimum 02.01./ 31.10.2012	Durchschnitt 2012
Barwertverlust in Mio. Euro	469,4	541,9	425,9	486,5
Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %	13,4	17,3	12,5	14,4

eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling, der die täglich ermittelten Value-at-Risk-Werte den vorgegebenen Limiten gegenüberstellt. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus monatlich in einem Gesamtbericht über die Marktpreisrisiken informiert.

## LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass Geschäfte nicht oder nicht zum erwarteten Preis abgeschlossen werden können (Marktliquiditätsrisiko). Des Weiteren besteht ein Risiko darin, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Anschlussrefinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank auf Basis der Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichte im Berichtsjahr eine

sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteressen ausgerichtete Refinanzierung. Insgesamt konnte somit eine kosten- und strukturoptimale Refinanzierung entsprechend der Planung erreicht werden. Liquiditätsreserven mussten zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

## Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Die Ermittlung des Value-at-Risk für Liquiditätsrisiken (Anschlussrefinanzierungsrisiko) erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den Value-at-Risk.

Der Value-at-Risk für das Marktliquiditätsrisiko beschreibt den möglichen Verlust, der entsteht, wenn die Bank bestimmte Positionen aufgrund geringerer oder fehlender Umsätze auf dem Kapitalmarkt nicht innerhalb eines Tages, sondern erst innerhalb von zehn Tagen kaufen bzw. verkaufen kann.

Das Anschlussrefinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Zur Vermeidung von Doppelberechnungen berücksichtigt die L-Bank bei der Berechnung des Value-at-Risk des Liquiditätsrisikos ausschließlich das Anschlussrefinanzierungsrisiko.

### VALUE-AT-RISK FÜR DAS LIQUIDITÄTSRISIKO 2012 in Mio. Euro

	01.01.2012		31.03.2012		30.06.2012		30.09.2012		31.12.2012	
	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung	Limit	Belegung
Gesamtverlustobergrenze	995,0	595,5	995,0	690,4	1.395,0	753,4	1.395,0	706,3	1.395,0	645,6
Anteil Liquiditätsrisiken in %	6,5	2,9	6,5	5,5	4,7	6,2	4,7	6,3	4,7	5,2
Liquiditätsrisiken	65,0	17,3	65,0	37,8	65,0	46,6	65,0	44,5	65,0	33,3

### Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung vom Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegenübergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 2,4, im Jahresdurchschnitt betrug sie 2,7.

LIQUIDITÄTSKENNZAHLE 2012 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG	
Monat	Liquiditätskennzahl
Januar	2,3
Februar	2,2
März	1,9
April	2,1
Mai	2,7
Juni	2,6
Juli	2,8
August	3,5
September	3,3
Oktober	3,7
November	3,4
Dezember	2,4
Durchschnittliche Kennzahl	2,7

### Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann.

Die Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken.

Bei der Liquiditätsvorausschau wird aus Vorsichtsgründen bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. Euro (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN PER 31.12.2012 in Mio. Euro				
	Liquiditäts- vorausschau	Stressszenario		
		institutseigene Ursache	marktweite Ursachen	institutseigene und markt- weite Ursachen kombiniert
Tag 1 bis Tag 7				
Liquiditätspuffer	13.180,6	13.180,6	12.591,3	12.591,3
Liquiditätsbedarf	3.257,2	3.257,2	3.275,1	3.275,1
Freier Liquiditätspuffer	9.923,4	9.923,4	9.316,2	9.316,2
Tag 8 bis Tag 30				
Liquiditätspuffer	12.758,6	12.758,6	11.806,2	11.806,2
Liquiditätsbedarf	7.242,8	7.242,8	7.242,8	7.242,8
Freier Liquiditätspuffer	5.515,7	5.515,7	4.563,3	4.563,3

Die geringen Abweichungen zwischen der Liquiditätsvorausschau und den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichtsprinzip folgend erstellt und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

#### Steuerungsvorgaben

Die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorschau, in der sämtliche erwarteten Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise

betrachtet. Für die Jahre drei bis zehn erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten. Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prolongationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Der Anteil an einer Wertpapieremission sowie der Liquiditätsbedarf eines Monats wurden limitiert. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquiderbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Das Liquiditätsrisiko wird täglich bewertet und zusammen mit den Marktpreisrisiken den zuständigen Vorstandsmitgliedern berichtet.



## OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

### Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der Value-at-Risk mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen verwendet wird. Grundlage hierfür sind historische Beobachtungen und Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem Value-at-Risk der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in geringer Anzahl Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und diese nur eine geringe Schadensfolge zeigten. Eine fundierte Berechnung des Value-at-Risk auf Basis historischer Datenreihen ist daher nicht möglich.

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

Neben in üblichem Umfang abgeschlossenen Versicherungen zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen bildet das eingerichtete interne Kontrollsystem die Grundlage der Vermeidung operationeller Risiken. Es umfasst umfangreiche im- und explizite

Verfahrensschritte zur Sicherstellung der Prozessabläufe (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Neu-Produkt-Prozess bei neuartigen Geschäften oder Prozessen, explizite Freigabe von Auszahlungen über 1,0 Mio. Euro, IT-Berechtigungsmanagement zum Ausschluss von nicht miteinander zu vereinbarenden Tätigkeiten, strenge Auswahlkriterien bei Neueinstellungen). Basis bildet die schriftlich fixierte Ordnung der Bank, deren Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt sind.

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrunde liegenden Workflows. Arbeitshandbücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. IT-Benutzerhandbücher. Die Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemerkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bearbeitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bearbeitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Handelsbestandes, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankgeschäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Kontrolltätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan). In Regelungen zur „Geschäfts-

führung und Vertretung“ ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf. In Dienstvereinbarungen und Vorgaben an das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

### GESCHÄFTSRISIKO

Das Geschäftsrisiko besteht in der Gefahr, dass bei rückläufigen Förderprogramm volumina die Erträge sinken und die Aufwendungen nicht im gleichen Maße reduziert werden können. Die L-Bank kann Erträge nur durch Geschäfte generieren, die in Einklang mit ihrem öffentlichen Auftrag stehen. Insoweit ist das Geschäftsrisiko ein Risiko, dem sich die L-Bank nicht entziehen kann.

### Bewertungsverfahren und Steuerung

Die Steuerung der Personalaufwendungen und Kapazitäten erfolgt – soweit sinnvoll möglich – über Produktivitätsanalysen. Hauptziel der Produktivitätsanalyse ist die Ermittlung des optimalen Personalbestands auf Basis von Soll-Stückzeiten, der für die Erledigung der übertragenen Aufgaben notwendig ist. Dadurch werden bei verändertem Geschäftsanfall Leerkapazitäten aufgedeckt, wodurch im Weiteren die Kosten gesenkt werden können.

Das Geschäftsrisiko wird bei der Liquidations-sicht in das barwertorientierte Risikodeckungspotenzial eingerechnet, indem bei den Personal- und Sachkosten die Kostenremanenz berücksichtigt wird, der die Bank bei rückläufigen Förderprogrammen ausgesetzt ist. Die Höhe dieser Personal- und Sachaufwendungen wird auf Basis einer qualifizierten Expertenschätzung festgelegt.

## WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank hat bezüglich ihrer Prozesse in der Rechnungslegung ein durchgängiges internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das laufend überprüft und fortentwickelt wird. Es umfasst sowohl aufbau- wie auch ablauforganisatorische Regelungen. Die Regelungen gewährleisten die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Der hierdurch erfasste Rechnungslegungsprozess reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rechnungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird ferner durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche

und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich Rechnungswesen vor. Durch das umfassende interne Berichtswesen sowie die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.

Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

## WERTPAPIERCOMPLIANCE, GELDWÄSCHE- UND BETRUGSPRÄVENTION, DATENSCHUTZ

Die Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Wertpapiercompliance, Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie zum Datenschutz wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet. Im Berichtsjahr wurden die bankinternen Arbeitsanordnungen zur Geldwäscheprävention und die daraus resultierenden Verfahrensabläufe an die Veränderungen des Geldwäschegesetzes durch das am 29.12.2011 in Kraft getretene Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention angepasst. Bei den datenschutzrechtlichen Aktivitäten standen vertiefte Schulungen der in den Fachbereichen tätigen Datenschutzverwalter sowie die Aktualisierung des nach dem Landesdatenschutzgesetz zu führenden Verfahrensverzeichnis im Vordergrund. Außergewöhnliche Vorkommnisse waren im Berichtsjahr in keinem der genannten Aufgabenfelder zu verzeichnen.

## PERSONALBERICHT

Die L-Bank beschäftigte zum 31.12.2012 1.225 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.218). Der Personalaufbau lag insbesondere in der Aufnahme der wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Energieeffizienzprogramme begründet, die sehr erfolgreich angelaufen sind. Daneben wurden Stabs- und Marktfolgebereiche personell verstärkt, um bankaufsichtlichen Anforderungen zu entsprechen. Die Fluktuation in der L-Bank war mit 4,8 % (Vorjahr: 2,8 %) nach wie vor gering. Aus eigenem Antrieb verließen 13 Personen die Bank, 42 Mitarbeiter traten in den Ruhestand.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag mit 57,0 % (Vorjahr: 56,6 %) weiterhin auf branchentypisch hohem Niveau. Von den Mitarbeitern, die mit Führungsaufgaben betraut waren, waren 75 weiblich, was einer Quote von 34,4 % (Vorjahr: 33,0 %) entspricht.

Um ihre Beschäftigten in familiären Belangen zu unterstützen und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, bietet die L-Bank eine flexible Arbeitszeitordnung und berücksichtigt individuelle Arbeitszeitwünsche ihrer Mitarbeiter. So arbeiteten insgesamt 318 Mitarbeiter (Vorjahr: 302) in Teilzeit. Darüber hinaus verfügt die L-Bank beispielsweise über Plätze in Kindertagesstätten und bietet durch einen externen Dienstleister ein umfassendes Beratungsangebot zur Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen.

Auch die L-Bank befasst sich mit der demografischen Entwicklung und deren vielfältigen Anforderungen an die betriebliche Praxis. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten lag 2012 bei 45,4 Jahren und ist damit gegenüber dem Vorjahr (45,6 Jahre) leicht gefallen. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit ist mit 16,7 Jahren (Vorjahr: 16,8 Jahre) nahezu unverändert geblieben. Langfristig rechnet die Bank mit einer weiteren Alte-

rung der Belegschaft, auf die sie auch im Berichtsjahr mit neuen Angeboten im Gesundheitsmanagement und in der betrieblichen Altersversorgung reagierte. Nachwuchs akquiriert die L-Bank vor allem über das Studium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Karlsruhe und Stuttgart. Aus dem Abitur-Doppeljahrgang 2012 wurden 17 Studenten (Vorjahr: 10) eingestellt, so dass zum Bilanzstichtag insgesamt 38 Studenten bei der L-Bank beschäftigt waren.

Die Vergütungssysteme der Bank sind auf die in der aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegten Ziele ausgerichtet. Sie werden mindestens einmal jährlich auf ihre Angemessenheit geprüft. Im Berichtsjahr ergab sich keine Notwendigkeit einer Anpassung. Die L-Bank veröffentlicht einen detaillierten Vergütungsbericht im Rahmen ihres Offenlegungsberichtes im Internet.

## NACHTRAGSBERICHT

Nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2012 haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

## PROGNOSEBERICHT

Nach der Abkühlung im vierten Quartal 2012 rechnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2013 wieder mit einer Verbesserung der konjunkturellen Lage in Deutschland. Er prognostiziert ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,8 % (Stand: November 2012), sofern sich die Eurokrise nicht weiter verschärft. Insbesondere den steigenden Ausfuhren in den außereuropäischen Raum, gestützt durch die Nachfrage aus den Schwellenländern, wird dabei eine tragende Rolle beigemessen. Auch die Binnen- nachfrage dürfte, getrieben durch einen leicht steigenden privaten Konsum und die stabilen

unternehmerischen Investitionen, zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Bezüglich der Beschäftigung rechnet die L-Bank wie der Sachverständigenrat für Gesamtdeutschland lediglich mit einer leichten Abkühlung des im Jahr 2012 beobachteten Aufschwungs und einer leicht steigenden Arbeitslosenquote.

Für Baden-Württemberg prognostiziert das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im Jahr 2013 ein Wirtschaftswachstum (BIP) von 1,25 % (Stand: Dezember 2012). Die L-Bank erwartet eine anhaltend gute Situation auf dem Arbeitsmarkt, die den Konsum weiterhin stabilisieren dürfte. Allerdings könnten sich viele Unternehmen weiterhin abwartend zeigen, weshalb von der Investitionsnachfrage voraussichtlich keine starken Wachstumsimpulse ausgehen werden. Trotz der nachlassenden Nachfrage aus den EU-Staaten rechnet die L-Bank mit steigenden Exporten im Jahr 2013, denn die Nachfrage wird für die baden-württembergische Wirtschaft ebenso wie für die gesamtdeutsche Wirtschaft voraussichtlich vorrangig von außereuropäischen Märkten getrieben werden.

In diesem volatilen Umfeld prognostiziert die L-Bank für die Jahre 2013 und 2014 jeweils ein rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen. Der Rückgang wird hauptsächlich in einem geringeren Zinsüberschuss aufgrund des niedrigen Zinsniveaus begründet sein. Wegen der verhaltenen Konjunkturerwartungen geht die Bank von leicht negativen Bewertungsergebnissen aus, welche das Ergebnis nach Risikovorsorge/Bewertungen entsprechend schmälern werden. Es wird erwartet, dass die Bilanzsumme im Jahr 2013 ein ähnliches Volumen erreichen wird wie im Jahr 2012, danach wird sie voraussichtlich leicht sinken.

Strukturelle Änderungen in der Geschäftstätigkeit der L-Bank sind im kommenden Jahr nicht vorgesehen. Lediglich in einzelnen Förderprogrammen wird es Anpassungen geben.

Auch zukünftig wird die L-Bank die baden-württembergischen Gründer und Mittelständler in Zusammenarbeit mit den Hausbanken durch verschiedene Finanzprodukte in ihren Vorhaben unterstützen. Dabei wird in den Jahren 2013 und 2014 eine Fortführung der Fördertätigkeit primär mit der bestehenden Produktpalette und einem fortdauernd hohen Neugeschäftsvolumen angestrebt. Der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung wird auch im kommenden Jahr auf der Energieeffizienzfinanzierung liegen. Bezüglich der Risikoübernahmen wird es im Jahr 2013 eine Verschiebung der Zuständigkeitsgrenze zwischen der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH und der L-Bank geben. Bisher ist die Bürgschaftsbank für Risikoübernahmen bis zu einem Betrag von 1,0 Mio. Euro zuständig, die L-Bank für darüberliegende Beträge. Diese Grenze wird sich auf 1,25 Mio. Euro erhöhen. Inwieweit dies Auswirkungen auf das Neugeschäft im Bürgschaftsprogramm haben wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Ausgehend von der bisherigen hohen Nachfrage wird einer der Schwerpunkte der Wohnraumförderung voraussichtlich auch in den kommenden Jahren auf den Programmen zur Energieeffizienzfinanzierung liegen. Daneben werden im Landeswohnraumförderungsprogramm die Förderbedingungen im Jahr 2013 deutlich attraktiver gestaltet sein als bisher. In der Wohneigentumsförderung werden beispielsweise die maximalen Förderbeträge erhöht und die Forderung einer anspruchsvollen energetischen Sanierung beim Erwerb von Bestandsimmobilien wird aufgegeben. Die Mietwohnraumförderung wird unter anderem durch niedrigere Zinsen und geringere Auflagen an Attraktivität gewinnen. Da einzelne Programm Anpassungen gegebenenfalls mit der EU-Wettbewerbskommission abzustimmen sind, sind jedoch Verzögerungen beim Programmstart möglich. Auch für Wohnungseigentümergeinschaften werden die Bedingungen durch weitere Zinsverbilligungen und eine Ausweitung der förderfähigen Maßnahmen verbessert. Aufgrund dieser

vermehrten Programmanreize wird in allen Teilbereichen der Landeswohnraumförderung mit einem erhöhten Zusagevolumen gerechnet. Für das Jahr 2014 werden vergleichbare Neugeschäftsvolumina und eine ähnliche Konditionierung wie im Geschäftsjahr 2013 erwartet. Die beschriebenen Entwicklungen in der Landeswohnraumförderung hängen jedoch insgesamt davon ab, inwieweit der Bund und das Land auch ab 2014 noch Mittel zur Verfügung stellen werden.

Die L-Bank wird in ihrer Funktion als Dienstleister auch in Zukunft ein wichtiger Partner des Landes bei der Ausreichung von Finanzhilfen sein. Mit verschiedenen Ministerien werden aktuell Gespräche über die Übernahme erweiterter Aufgaben durch die L-Bank sowie über die Einführung neuer Programme geführt. Darüber hinaus wird die Vorbereitung auf die im Jahr 2014 beginnende Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF), der gezielt die Erwerbschancen der Menschen in Europa fördert, und des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der in Baden-Württemberg der Stärkung von Forschung und Entwicklung ebenso wie der Stärkung des Umweltschutzes dient, im Vordergrund stehen. Im Rahmen der neuen Förderperiode plant die EU-Kommission unter dem Stichwort „e-cohesion“ die verbindliche stufenweise Einführung von umfangreichen IT-Systemen, die eine weitestgehend elektronische Kommunikation der Fördernehmer mit den Förderstellen ermöglichen sollen. Eine entsprechende Konzeption der L-Bank soll mittelfristig umgesetzt werden.

Nach den Beschlüssen der Landesregierung zur Abschaffung der Studiengebühren sowie des Landeserziehungsgeldes wird deren Abwicklung noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die letzten Anträge auf Gewährung von Landeserziehungsgeld werden aufgrund des vorangehenden Elterngeldbezugs für bis zu 14 Monate und einer oft verzögerten Antragstellung voraussichtlich erst 2014 bewilligt sein. Des Weiteren hat der Bundestag im November 2012 die Einführung eines Betreuungs-

geldes ab dem 01.08.2013 beschlossen. Sollte die L-Bank mit der Ausreichung des Betreuungsgeldes beauftragt werden, würde dies nach derzeitiger Einschätzung zu einem personellen Mehrbedarf führen, der nur teilweise durch den gleichzeitigen Wegfall des Landeserziehungsgeldes kompensiert werden könnte.

In den Technologieparks in Karlsruhe, Stuttgart und Reutlingen sind für das Jahr 2013 Baumaßnahmen für neue Gebäude in Höhe von insgesamt 39,4 Mio. Euro geplant. Damit soll eine verlässliche Weiterentwicklung der Technologieparks insbesondere für die dort ansässigen mittelständischen Unternehmen gewährleistet werden. Neben den Technologie- und Gewerbeparks in Baden-Württemberg, die durch Tochtergesellschaften betrieben werden, unterhält die L-Bank im Rahmen des Geschäftsfelds Standortentwicklung auch ein German Centre in Jakarta, Indonesien. Ziel des in den 1990er Jahren entwickelten German-Centre-Konzepts ist es, mittelständische Unternehmen bei Markteinstieg und -bearbeitung in Indonesien zu unterstützen. Im Hinblick auf die geänderten infrastrukturellen Bedingungen in Jakarta und die geänderten Anforderungen der deutschen mittelständischen Unternehmen beabsichtigt die L-Bank in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, im Jahr 2013 eine Neustrukturierung ihrer Aktivitäten in Indonesien umzusetzen.

Die gut diversifizierte Refinanzierung an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten und das sehr gute Bonitätsstanding der

L-Bank lassen weiter eine problemlose Mittelaufnahme erwarten. Die aufzunehmenden Volumina werden sich in den Jahren 2013 und 2014 im Rahmen der Vorjahre bewegen.

Die Vielfalt der auf politischer Ebene diskutierten aufsichtlichen Themen wird die Kreditinstitute in Deutschland und Europa in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen, welche hauptsächlich die Eigenkapitalausstattung der Institute sowie deren Aufbau- und Ablauforganisation betreffen werden. So hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Wirkung zum 01.01.2013 die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) novelliert und damit zusätzliche Standards bezüglich der Aufbau- und Ablauforganisation eingeführt. Die zentralen Vorgaben dieser Novelle erfüllt die L-Bank schon jetzt; die verbleibenden werden sukzessive implementiert werden. Daneben erwarten die Institute zahlreiche Neuregelungen im Zusammenhang mit dem Reformpaket Basel III. Nachdem dessen Umsetzung in europäisches und deutsches Recht bislang allerdings nicht gelungen ist und die neuen Vorgaben nicht wie geplant zum Jahresbeginn 2013 in Kraft getreten sind, besteht nach wie vor Unsicherheit über den genauen Inhalt. Es ist aber beispielsweise absehbar, dass auch der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan in seiner Arbeitsweise von den Regelungen betroffen sein wird. Er wird insbesondere seine Ausschüsse neu aufstellen und deren Arbeitsweise neu organisieren müssen.



# BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste insbesondere den Bericht über die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die Geschäftsentwicklung, die vierteljährlichen Berichte zur Risikosituation der Bank, den Bericht über die wesentlichen Prüfungsergebnisse der Internen Revision sowie den Bericht über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der L-Bank.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2012 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats, des Prüfungsausschusses sowie des Kreditausschusses über den Jahresabschluss 2012 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 12. April 2013 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2012 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2012 von 148.294.239,82 EUR den anderen Gewinnrücklagen 148.000.000 EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 294.239,82 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 12. April 2013

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats  
**Dr. Nils Schmid MdL**  
 Finanz- und Wirtschaftsminister  
 des Landes Baden-Württemberg

Jahresbilanz der L-Bank	78
Gewinn- und Verlustrechnung der L-Bank	82
Kapitalflussrechnung der L-Bank	84
Eigenkapitalpiegel der L-Bank	85
Anhang zum Jahresabschluss der L-Bank	86
Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns	106
Erklärung des Vorstands zum Jahresabschluss der L-Bank	106
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	107

## JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2012

AKTIVSEITE	31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>1. BARRESERVE</b>				
a) Kassenbestand		32.473,64		36.164,05
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 557.329.510,73 (EUR 528.187.892,17)		557.329.510,73		528.187.892,17
c) Guthaben bei Postgiroämtern		--		--
			<b>557.361.984,37</b>	<b>528.224.056,22</b>
<b>2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE</b>				
a) täglich fällig		11.243.703,88		10.328.652,70
b) andere Forderungen		20.683.113.709,96		21.100.095.993,16
			<b>20.694.357.413,84</b>	<b>21.110.424.645,86</b>
<b>3. FORDERUNGEN AN KUNDEN</b>			<b>24.288.356.256,53</b>	<b>22.786.390.528,59</b>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert EUR 7.051.035.020,94 (EUR 7.762.618.484,40) Kommunalkredite EUR 9.341.857.878,07 (EUR 7.704.722.287,17)				
<b>4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -- (EUR --)	--			--
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR -- (EUR --)	--	--		--
		--		--
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 4.721.842.330,74 (EUR 3.654.466.617,60)	4.975.945.874,31			3.871.655.966,14
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 15.213.763.625,08 (EUR 14.639.072.823,76)	17.967.424.061,93			17.263.178.835,29
		22.943.369.936,24		21.134.834.801,43
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag: EUR 447.755.000,00 (EUR 212.319.000,00)		449.705.827,94		215.789.154,24
			<b>23.393.075.764,18</b>	<b>21.350.623.955,67</b>
Übertrag			<b>68.933.151.418,92</b>	<b>65.775.663.186,34</b>

<b>AKTIVSEITE</b>	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Übertrag	68.933.151.418,92	65.775.663.186,34
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	-, -	-, -
6. BETEILIGUNGEN darunter: an Kreditinstituten EUR 301.986.360,47 (EUR 301.986.360,47) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (EUR -, -)	501.386.150,89	484.771.272,79
7. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN darunter: an Kreditinstituten EUR -, - (EUR -, -) an Finanzdienstleistungsinstituten EUR -, - (EUR -, -)	23.309.201,51	24.809.201,51
8. TREUHANDVERMÖGEN darunter: Treuhandkredite EUR 83.058.729,42 (EUR 95.090.222,57)	83.845.914,32	95.910.018,69
9. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.176.235,31	9.972.163,71
10. SACHANLAGEN	122.019.002,32	126.794.277,80
11. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	358.051.014,08	1.106.543.224,40
12. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	599.869.479,61	367.474.101,73
<b>SUMME DER AKTIVA</b>	<b>70.629.808.416,96</b>	<b>67.991.937.446,97</b>

## JAHRESBILANZ DER L-BANK ZUM 31.12.2012

<b>PASSIVSEITE</b>	31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<b>1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>				
a) täglich fällig		90.887.916,84		80.726.007,33
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		20.423.049.080,39		17.717.181.640,37
			<b>20.513.936.997,23</b>	<b>17.797.907.647,70</b>
<b>2. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	–,-			–,-
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	–,-			–,-
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	109.233.579,68			84.857.521,07
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.259.081.566,82			8.278.553.009,22
		8.368.315.146,50	<b>8.368.315.146,50</b>	<b>8.363.410.530,29</b>
<b>3. VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		35.917.564.141,53		36.755.194.091,32
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere EUR –,- (EUR –,-) eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf EUR –,- (EUR –,-)		–,-		–,-
			<b>35.917.564.141,53</b>	<b>36.755.194.091,32</b>
<b>4. TREUHANDVERBINDLICHKEITEN</b> darunter: Treuhandkredite EUR 83.058.729,42 (EUR 95.090.222,57)			<b>83.845.914,32</b>	<b>95.910.018,69</b>
<b>5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>			<b>225.073.483,20</b>	<b>148.794.300,08</b>
<b>6. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>			<b>1.011.265.194,94</b>	<b>497.702.135,89</b>
<b>7. RÜCKSTELLUNGEN</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		168.306.797,00		154.641.099,00
b) Steuerrückstellungen		180.000,00		–,-
c) andere Rückstellungen		184.862.954,62		194.993.485,32
			<b>353.349.751,62</b>	<b>349.634.584,32</b>
<b>8. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN</b>			<b>750.386.958,11</b>	<b>770.666.820,04</b>
Übertrag			<b>67.223.737.587,45</b>	<b>64.779.220.128,33</b>

<b>PASSIVSEITE</b>	31.12.2012 EUR	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Übertrag		67.223.737.587,45	64.779.220.128,33
<b>9. GENUSSRECHTSKAPITAL</b> darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig EUR –,- (EUR –,-)		539.925.800,00	539.925.800,00
<b>10. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN</b>		350.000.000,00	304.000.000,00
<b>11. EIGENKAPITAL</b>			
a) gezeichnetes Kapital	250.000.000,00		250.000.000,00
b) Kapitalrücklage	950.850.789,69		950.850.789,69
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	–,-		–,-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	–,-		–,-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	–,-		–,-
cd) andere Gewinnrücklagen	1.167.000.000,00		526.000.000,00
d) Bilanzgewinn	148.294.239,82		641.940.728,95
		<b>2.516.145.029,51</b>	<b>2.368.791.518,64</b>
<b>SUMME DER PASSIVA</b>		<b>70.629.808.416,96</b>	<b>67.991.937.446,97</b>
<b>1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN</b>			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln	–,-		–,-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	6.671.334.850,98		8.124.300.021,20
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	–,-		–,-
		<b>6.671.334.850,98</b>	<b>8.124.300.021,20</b>
<b>2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN</b>			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	–,-		–,-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	–,-		–,-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.346.015.605,75		2.045.511.798,48
		<b>2.346.015.605,75</b>	<b>2.045.511.798,48</b>

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER L-BANK FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01.01.2012 BIS 31.12.2012

	2012 EUR	2012 EUR	2012 EUR	2011 EUR
<b>1. ZINSERTRÄGE AUS</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.575.316.821,51			1.589.394.628,89
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	637.102.068,50			633.381.682,69
		2.212.418.890,01		<b>2.222.776.311,58</b>
<b>2. ZINSAUFWENDUNGEN</b>		1.916.986.833,68		1.898.379.048,36
darunter: aus Zinssubventionen für Darlehen EUR 136.352.729,95 (EUR 90.613.387,00)				
			295.432.056,33	<b>324.397.263,22</b>
<b>3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		-,-		-,-
b) Beteiligungen		6.031.035,64		5.749.195,03
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-,-
			6.031.035,64	<b>5.749.195,03</b>
<b>4. PROVISIONSERTRÄGE</b>			45.243.425,81	<b>47.043.983,51</b>
<b>5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN</b>			6.180.046,18	<b>4.818.069,74</b>
<b>6. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE</b>			17.317.768,20	<b>19.803.373,86</b>
<b>7. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	69.014.609,31			71.678.263,20
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 6.183.388,81 (EUR 5.576.071,18)	16.901.478,45			16.350.190,04
		85.916.087,76		88.028.453,24
b) andere Verwaltungsaufwendungen		45.378.262,66		37.218.833,12
			131.294.350,42	<b>125.247.286,36</b>
<b>8. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN</b>			12.161.188,56	<b>11.156.712,85</b>
<b>9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>			28.507.122,36	<b>25.487.169,90</b>
Übertrag			185.881.578,46	<b>230.284.576,77</b>



	2012 EUR	2011 EUR
Übertrag	185.881.578,46	230.284.576,77
10. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT Zuführung zum „Fonds für allg. Bankrisiken“ EUR 46.000.000,00 (EUR –,-)	52.774.710,25	–,-
11. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU FORDERUNGEN UND BESTIMMTEN WERTPAPIEREN SOWIE AUS DER AUFLÖSUNG VON RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT	–,-	390.068.283,20
12. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE	–,-	–,-
13. ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN ZU BETEILIGUNGEN, ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTEN WERTPAPIEREN	15.267.116,35	21.642.157,02
14. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	148.373.984,56	641.995.016,99
15. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	836.629,43	852.260,53
16. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 9 AUSGEWIESEN	183.844,26	184.230,72
17. JAHRESÜBERSCHUSS	147.353.510,87	640.958.525,74
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	940.728,95	982.203,21
	148.294.239,82	641.940.728,95
19. EINSTELLUNGEN IN GEWINNRÜCKLAGEN a) in andere Gewinnrücklagen	–,-	–,-
20. BILANZGEWINN	148.294.239,82	641.940.728,95

## KAPITALFLUSSRECHNUNG DER L-BANK ZUM 31.12.2012

	01.01.–31.12.2012 TEUR	01.01.–31.12.2011 TEUR
<b>Periodenergebnis</b>	<b>147.354</b>	<b>640.959</b>
<b>IM PERIODENERGEBNIS ENTHALTENE ZAHLUNGSUNWIRKSAME POSTEN UND ÜBERLEITUNG AUF DEN CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>		
1. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen inkl. Eventualverbindlichkeiten und Wertpapiere	73.418	-378.872
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen	12.161	11.157
3. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Finanzanlagen	-4.471	4.212
4. Veränderung der Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	36.019	-20.801
5. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0
6. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Sachanlagen	-29	-1.210
7. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-17.867	-2.853
8. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-539.725	-190.026
<b>Zwischensumme</b>	<b>-293.140</b>	<b>62.566</b>
<b>VERÄNDERUNG DES VERMÖGENS UND DER VERBINDLICHKEITEN AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>		
9. Forderungen an Kreditinstitute	414.622	-1.919.797
10. Forderungen an Kunden	-1.583.274	-697.179
11. Wertpapiere	-2.053.558	-3.261.377
12. Andere Aktiva	531.161	-552.801
13. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.716.029	-731.275
14. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.905	678.100
15. Verbriefte Verbindlichkeiten	-837.630	6.432.757
16. Andere Passiva	591.635	123.073
17. Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.435.833	1.900.110
18. Gezahlte Zinsen	-1.895.270	-1.709.233
19. Außerordentliche Ein-/Auszahlungen	0	0
20. Ertragsteuerzahlungen	-837	-852
<b>Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>30.476</b>	<b>324.092</b>
21. Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	36.101	5.378
22. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	117	5.102
23. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-31.878	-19.747
24. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5.678	-7.501
25. Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
<b>Cash Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-1.338</b>	<b>-16.768</b>
26. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
27. Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitengesellschafter	0	-130.000
28. Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>-130.000</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>29.138</b>	<b>177.324</b>
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	528.224	350.900
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	557.362	528.224
	<b>29.138</b>	<b>177.324</b>

## EIGENKAPITALSPIEGEL DER L-BANK ZUM 31.12.2012

	Gezeichnetes Kapital TEUR	Kapitalrücklage TEUR	Erwirtschaftetes Eigenkapital		Eigenkapital TEUR
			Gewinnrücklagen TEUR	Bilanzgewinn TEUR	
<b>Stand zum 31.12.2010</b>	<b>250.000</b>	<b>950.851</b>	<b>507.000</b>	<b>149.982</b>	<b>1.857.833</b>
Ausschüttung				-130.000	-130.000
Kapitalerhöhung					0
Zuführung zur Kapitalrücklage					0
Entnahme aus der Kapitalrücklage					0
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			19.000	-19.000	0
Entnahme aus den Gewinnrücklagen					0
Jahresüberschuss 2011				640.959	640.959
<b>Stand zum 31.12.2011</b>	<b>250.000</b>	<b>950.851</b>	<b>526.000</b>	<b>641.941</b>	<b>2.368.792</b>
Ausschüttung					0
Kapitalerhöhung					0
Zuführung zur Kapitalrücklage					0
Entnahme aus der Kapitalrücklage					0
Zuführung zu den Gewinnrücklagen			641.000	-641.000	0
Entnahme aus den Gewinnrücklagen					0
Jahresüberschuss 2012				147.354	147.354
<b>Stand zum 31.12.2012</b>	<b>250.000</b>	<b>950.851</b>	<b>1.167.000</b>	<b>148.295</b>	<b>2.516.146</b>

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

### ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) wurde mit Gesetz vom 11.11.1998 zum 01.12.1998 errichtet. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die L-Bank beträgt das Grundkapital der Bank 250 Mio. EUR.

Die Bilanz für die L-Bank wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Der Posten Zinsaufwendungen wurde um einen Davon-Vermerk ergänzt (§ 265 Abs. 5 HGB).

Die ausgewiesenen Mehrheitsbeteiligungen sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde daher entsprechend § 290 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

### GRUNDSÄTZE DER WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß den Vorschriften des § 256a i. V. m. 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit dem Kassamittelkurs des 28.12.2012 umgerechnet. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil gespalten.

Die Bank ermittelt für die Währungsumrechnung die Währungspositionen durch Gegenüberstellung der Ansprüche und Verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften in der jeweiligen Währung. Diese Geschäfte werden in jeder Währung als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

### BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 252 ff. HGB und unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340a ff. HGB).

### FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Unterschiedsbeträge (Agien und Disagien) zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Niedrig- oder unverzinsliche Forderungen werden abgezinst. Begebene Zerobonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Ausgabewert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Die Bank behandelt Kredite, die sie im Rahmen von Förderprogrammen im Zins selbst verbilligt, als unterverzinsliche Kreditgeschäfte. Diese Programmkredite werden mit ihrem Barwert angesetzt. Für Zinssubventionen auf unwiderrufliche Kreditzusagen im Fördergeschäft werden Rückstellungen gebildet. Die Ergebnisse aus den von der Bank getragenen Zinssubventionen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen angemessene Rechnung getragen. Pauschalwertberichtigungen bestehen für das latente Kreditrisiko. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind aktivisch abgesetzt bzw. werden in den Rückstellungen abgebildet.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Bilanzstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der Marktwerte wurden, soweit möglich, Börsenkurse zum Ansatz gebracht. Sofern kein aktiver Markt vorhanden ist, werden Modellwerte verwendet, die wiederum auf Marktdaten (Zinskurven, Spreadkurven) und auf sonstigen verfügbaren Informationen (z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten) basieren.

Dabei werden Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag laufzeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt werden. Abschreibungen bei Wertpapieren des Finanzanlagebestandes erfolgen nur bei Vorliegen

einer dauerhaften Wertminderung. Für latente Risiken wurde eine pauschalisiert ermittelte Vorsorge angesetzt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten oder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bilanziert. Bestehen die Gründe für eine dauerhafte Wertminderung nicht mehr, erfolgt eine entsprechende Wertaufholung.

#### SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Anlagewerte sowie die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Sofern notwendig, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und über fünf Jahre abgeschrieben.

#### RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Als Bewertungsmethode wird generell die projizierte Einmalbeitragsmethode (PUC) angewendet. Der verwendete Rechnungszinsfuß beträgt derzeit

5,06 % (Vorjahr: 5,13 %). Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit durchschnittlich 2 % p. a. in die Berechnung einbezogen.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des erforderlichen Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Aufwandsrückstellungen i. S. d. § 249 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 HGB a. F. werden so lange fortgeführt, bis sie bei Eintritt des Ereignisses, für das sie gebildet wurden, zweckentsprechend verbraucht werden bzw. wegen Wegfall des Rückstellungsgrundes aufzulösen sind.

Die Aufzinsung der Rückstellungen (inklusive Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen) in Höhe von 9,9 Mio. EUR (Vorjahr: 8,6 Mio. EUR) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

## VERLUSTFREIE BEWERTUNG DES BANKBUCHS

Die Überprüfung des Bankbuchs im Sinne von BFA 3 zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung erfolgt nach einem barwertorientierten Ansatz. Basis der Berechnung bilden die Buchwerte (Ansatz in der Bilanz), diskontierte Cashflows sowie die Risikokosten und die zukünftigen Verwaltungsaufwendungen für die Abwicklung der Positionen.

Aus der Bewertung der Geschäfte ergab sich unverändert kein Rückstellungsbedarf.

## BILANZIERUNG VON SICHERUNGSZUSAMMENHÄNGEN

Zur Absicherung bilanzieller Risiken werden derivative Sicherungsgeschäfte und Garantien hereingenommen. Derivative Geschäfte schließt die Bank zur Absicherung der Gesamtzinsrisikoposition oder einzelgeschäftsbezogen ab. Der Ergebnisbeitrag der Derivate wird grundsätzlich im Zinsergebnis gezeigt.

Soweit notwendig, werden Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft als Bewertungseinheit i. S. d. des § 254 HGB zusammengefasst. Bei diesen Bewertungseinheiten stimmen die bewertungsrelevanten Parameter vollständig überein (Perfect Hedges). Die bilanzielle Abbildung erfolgt in diesem Fall nach der sogenannten „Einfrierungsmethode“, bei der die sich ausgleichenden gegenläufigen Wertänderungen

(Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument aufgrund des abgesicherten Risikos) in Bilanz und GuV unberücksichtigt bleiben.

In der unten stehenden Tabelle sind die Grundgeschäfte der Bewertungseinheiten i. S. d. des § 254 HGB dargestellt. Die angegebenen Buchwerte wurden gegebenenfalls mit dem Kassamittelkurs vom 28.12.2012 in EUR umgerechnet.

#### KWG-GRUNDSÄTZE

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Bank die geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) jederzeit eingehalten.

GRUNDGESCHÄFT DER BEWERTUNGSEINHEIT					
	Buchwert in TEUR	davon Zinsrisiko	davon Währungsrisiko	davon Preisänderungs- risiko	davon Bonitätsrisiko
Vermögens- gegenstände	890.058	82.599	–	489.278	318.181
Schulden	1.009.489	944.731	64.758	–	–
gesamt	1.899.547	1.027.330	64.758	489.278	318.181



## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

### FRISTENGLIEDERUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSTEN DER AKTIV- UND PASSIVSEITE NACH RESTLAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE</b>		
täglich fällig	11.244	10.329
bis drei Monate	2.559.132	3.284.496
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.045.246	1.827.305
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.789.148	9.938.654
mehr als fünf Jahre	6.289.587	6.049.641
<b>FORDERUNGEN AN KUNDEN</b>		
bis drei Monate	995.145	712.413
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.371.565	1.456.572
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.878.200	4.047.645
mehr als fünf Jahre	17.043.446	16.569.761
<b>SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig sind	1.755.510	1.533.081
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>		
täglich fällig	90.888	80.795
bis drei Monate	1.702.087	2.205.782
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.188.181	1.223.827
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.371.822	6.024.300
mehr als fünf Jahre	9.160.959	8.263.204
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN</b>		
täglich fällig	109.234	84.858
bis drei Monate	1.679.350	1.519.884
mehr als drei Monate bis ein Jahr	296.390	24.251
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	613.609	976.531
mehr als fünf Jahre	5.669.732	5.757.887
<b>VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN</b>		
bis drei Monate	9.306.642	10.646.256
mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.609.306	4.816.709
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	16.903.946	19.586.218
mehr als fünf Jahre	2.097.670	1.706.011
davon im Unterposten „begebene Schuldverschreibungen“ im Folgejahr fällig: TEUR 16.915.948 (Vorjahr: TEUR 15.462.965)		

## ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.859.215	5.366.979
<b>FORDERUNGEN AN KUNDEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	52.948	49.706
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	150.035	191.516
– nachrangige Forderungen	53.983	58.474
<b>SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.078.184	2.083.050
In dem Unterposten „Anleihen und Schuldverschreibungen“ sind keine verbrieften nachrangigen Forderungen oder Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten.		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	22.510.929	20.766.347
– nicht börsennotiert	882.147	604.277
Dem Anlagevermögen zugeordnet sind Wertpapiere mit einem Buchwert (exkl. anteilige Zinsen) von 22.500.157 TEUR. Davon haben Wertpapiere mit einem Buchwert von 3.630.110 TEUR einen Marktwert von 3.574.502 TEUR. Die übrigen Wertpapiere des Anlagevermögens weisen eine Kurswertreserve von 1.589.815 TEUR auf.		
<b>AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE</b>		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	–	–

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

### ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>BETEILIGUNGEN</b>		
Von den in den Beteiligungen enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	68.895	68.884
- börsenfähig, aber nicht börsennotiert	-	-
Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht werden kurzfristige Wertschwankungen der Beteiligungen in Höhe von 0,5 Mio. EUR nicht berücksichtigt.		
<b>ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN</b>		
In diesem Posten sind keine Anteile enthalten, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind.		
<b>TREUHANDVERMÖGEN</b>		
Dieser Posten teilt sich wie folgt auf:		
- Forderungen an Kreditinstitute	67.902	75.561
- Forderungen an Kunden	15.944	20.349
<b>SACHANLAGEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	106.412	111.293
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.138	6.067
<b>SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>		
davon nachrangig	7.524	7.534
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN AKTIVSEITE</b>		
- Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und niedrigerem Nennbetrag von Forderungen	497.539	242.492
- Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	72.117	77.315
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	327.923	304.471
<b>VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN</b>		
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	40	-
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

## ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELNEN BILANZPOSTEN

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>TREUHANDVERBINDLICHKEITEN</b>		
Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.927	11.369
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	75.919	84.541
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN PASSIVSEITE</b>		
– Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	13.463	19.816
– Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	5.117	11.285
<b>NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN UND GENUSSRECHTE</b>		
In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften bzw. verbundenen Unternehmen enthalten.		
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen angefallen in Höhe von	28.333	28.092
Für Genussrechte sind Zinsaufwendungen angefallen in Höhe von	26.004	26.003

Eine nachrangige Verbindlichkeit in JPY im Gegenwert von 88,1 Mio. EUR übersteigt 10 % des Gesamtbetrags aller nachrangigen Verbindlichkeiten. Die Verzinsung beträgt 2,14 % bei einer Laufzeit bis 2018.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind für die Verwendung als Ergänzungskapital vorgesehen und entsprechen den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes. Wesentlich hierbei ist die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit der Bank im Verhältnis zu allen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern. Im Falle der Liquidation werden zuerst die Verbindlichkeiten aller anderen Gläubiger im vollen Umfang befriedigt, bevor Zahlungen an die Nachranggläubiger erfolgen.

Eine nachträgliche Beschränkung des Nachrangs sowie der mindestens fünfjährigen Ursprungslaufzeit oder der Kündigungsfristen ist ausgeschlossen.

Die L-Bank ist nach den landesgesetzlichen Bestimmungen nicht insolvenzfähig.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

### EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND:

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>		
– Forderungen aus Swaps	213.009	172.479
– Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	104.304	897.895
– Kunstgegenstände	14.468	14.244
– Partizipationsscheine	7.524	7.534
– Forderungen aus dem Verkauf bebauter Grundstücke	5.051	6.622
– Optionsrechte	–	2.580
<b>SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>		
– Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	–	–
– endfällige Einmalzahlungen aus Swaps	173.754	137.431
– vorab enthaltene Kaufpreiszahlungen	41.560	–
– Stillhalterverpflichtungen aus Optionen	–	2.580
<b>PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		
– vorab empfangene Einmalzahlungen aus Swaps	992.622	466.578
<b>RÜCKSTELLUNGEN</b>		
unter den anderen Rückstellungen:		
– Rückstellungen für noch nicht valutierte zinsverbilligte Darlehen	74.941	52.870
<b>EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN</b>		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind vor Abzug der Risikovorsorge enthalten:		
– Kreditbürgschaften gegenüber Kreditinstituten	1.093.843	1.724.031
– Credit Default Swaps	4.474.674	4.971.943
Der überwiegende Teil der Eventualverbindlichkeiten beinhaltet Kreditrisiken von Kreditnehmern erstklassiger Bonität. 95,5 % des Gesamtbestandes an Eventualverbindlichkeiten besitzen ein Investment-Grade-Rating.		
<b>PROVISIONSERTRÄGE</b>		
– Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	32.634	32.905
– erhaltene Bürgschaftsgebühren	12.609	14.139
<b>PROVISIONSAUFWENDUNGEN</b>		
– gezahlte Beratungsgebühren	3.849	2.401
– gezahlte Bürgschaftsgebühren	2.026	2.124
<b>SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE</b>		
– Erträge aus Vermietung	5.082	5.488
– Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	5.079	5.012
– Auflösung von Rückstellungen	3.922	3.686

### EINZELNE BETRÄGE, DIE FÜR DIE BEURTEILUNG DES JAHRESABSCHLUSSES NICHT UNWESENTLICH SIND:

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
<b>ALLGEMEINE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN</b>		
Unter den anderen Verwaltungsaufwendungen sind Honorare (exkl. USt.) an den Abschlussprüfer erfasst:		
– für die Abschlussprüfungsleistungen	365	365
– für andere Bestätigungsleistungen	23	–
– für Steuerberaterleistungen	11	–
<b>ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN</b>		
– darin enthaltene außerplanmäßige Abschreibungen	2.633	–
<b>SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN</b>		
– Aufwendungen für im Rahmen der Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Baden-Württemberg gewährte Zuschüsse	19.157	19.157
<b>ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE</b>		
– Außerplanmäßige Abschreibungen	10.511	26.061
– Kursverluste	4.454	0
<b>GESAMTBETRAG DER AUF FREMDWÄHRUNG LAUTENDEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN</b>		
– Vermögensgegenstände	2.201.591	1.321.303
– Schulden	19.188.191	17.816.181
Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungs-Bilanzposten ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt. Die Währungsumrechnung ergab einen sonstigen betrieblichen Aufwand in Höhe von	45	183

### SICHERHEITSL EISTUNGEN

Für Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank sind Wertpapiere in Höhe von insgesamt 12.355,3 Mio. EUR (Vorjahr: 12.778,5 Mio. EUR) hinterlegt. Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren per 31.12.2012 Wertpapiere in Höhe von 2.000,0 Mio. EUR kreditiert (Vorjahr: –,- EUR). Per 31.12.2012 befanden sich keine Wertpapiere in Pension (Vorjahr: 346,6 Mio. EUR). Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 3.084,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1.547,1 Mio. EUR) geleistet, die als Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden, und liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 74,7 Mio. EUR (Vorjahr: 396,2 Mio. EUR) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen sind.

### GESCHÄFTE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die zu marktunüblichen Konditionen abgeschlossen wurden, haben per 31.12.2012 einen Bilanzwert in Höhe von 17,1 Mio. EUR (Vorjahr: 16,9 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um Gesellschafterdarlehen.

### SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Im Beteiligungsbereich bestehen Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital in Höhe von 28,2 Mio. EUR. Mit der Übernahme der Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zum 01.01.2005 wurde die L-Bank als Gewährträger der LBBW aufgenommen. Damit haftet die L-Bank als Gewährträger für alle bis 18.07.2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der LBBW als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch entsprechend ihren Kapitalanteilen. Bei einer Inanspruchnahme der L-Bank für vor dem 01.01.2005 eingegangene Verbindlichkeiten kann sie die bisherigen Gewährträger gesamtschuldnerisch in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Geschäfte i.S.d. § 285 Nr. 3 und 3a HGB n.F., die für die Beurteilung der Finanzlage der Bank von Bedeutung sind.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

### DERIVATIVE GESCHÄFTE

Die L-Bank hatte zum Bilanzstichtag derivative Finanzgeschäfte (Termingeschäfte i.S.d. § 36 RechKredV), die mit Ausnahme der Kreditderivate überwiegend der Absicherung gegen Zins- und Wechselkursrisiken dienen, in nachstehendem Umfang im Bestand. Eine Aufrechnung von positiven gegen negative Marktwerte (Netting) aus Verträgen mit demselben Kontrahenten wurde bei der Darstellung der derivativen Geschäfte nicht vorgenommen. Grundsätzlich liegen konkursfeste Nettingvereinbarungen vor. Weiterhin hat die L-Bank mit ihren wesentlichen Geschäftspartnern Collateral-Vereinbarungen geschlossen, mit dem Ziel, das gegenseitige existierende Ausfallrisiko durch die Leistung von Barsicherheiten zu reduzieren. In Grundgeschäfte eingebettete, vollständig gedeckte derivative Strukturen wurden nicht in die Tabellen aufgenommen. Die gemäß § 285 Nr. 18 HGB mit der Marktwertbewertungsmethode bewerteten derivativen Geschäfte gliedern sich wie folgt:

DERIVATIVE GESCHÄFTE – DARSTELLUNG DER VOLUMINA	Nominal- werte 31.12.2012	Nominal- werte 31.12.2011	Marktwerte positiv 31.12.2012	Marktwerte negativ 31.12.2012	Marktwerte positiv 31.12.2011	Marktwerte negativ 31.12.2011
in Mio. EUR						
<b>ZINSRISIKEN</b>						
– Zinsswaps	78.620	77.570	3.156	–6.217	2.531	–4.587
– Zinsoptionen						
Käufe (long)	–	60	–	–	0	–
Verkäufe (short)	–	60	–	–	–	0
Zinsrisiken – gesamt	<b>78.620</b>	<b>77.690</b>	<b>3.156</b>	<b>–6.217</b>	<b>2.531</b>	<b>–4.587</b>
<b>WÄHRUNGSRISIKEN</b>						
– Devisentermingeschäfte, -swaps	8.280	7.189	1	–189	205	–2
– Währungs-, Zinswährungsswaps	12.220	11.446	665	–615	924	–306
Währungsrisiken – gesamt	<b>20.500</b>	<b>18.635</b>	<b>666</b>	<b>–804</b>	<b>1.129</b>	<b>–308</b>
<b>AKTIEN UND SONSTIGE PREISRISIKEN</b>						
– Aktientermingeschäfte (nennwertlos)	–	–	–	–	–	–
Aktien und sonstige Preisrisiken – gesamt	–	–	–	–	–	–
<b>KREDITDERIVATE (CDS)</b>						
– Sicherungsgeber	4.475	4.972	1	–37	0	–214
– Sicherungsnehmer	–	–	–	–	–	–
Kreditderivate – gesamt	<b>4.475</b>	<b>4.972</b>	<b>1</b>	<b>–37</b>	<b>0</b>	<b>–214</b>

Aus den Zins-/Währungsswaps und den zugehörigen Grundgeschäften, insbesondere den begebenen Fremdwährungs-Schuldverschreibungen, ergeben sich per saldo kein wesentliches Devisenergebnis und kein Zinsbewertungsergebnis. In Höhe von 104 Mio. EUR sind die positiven Marktwerte der Zins-/Währungsswaps und Devisenswaps auf die Veränderungen der Devisenkassakurse zurückzuführen. In dieser Höhe wurde ein aktiver Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen ist.

Die Zinsswaps des Bankbuchs, die im Wesentlichen der Steuerung der Gesamt-Zinsrisikoposition dienen, weisen Ende 2012 saldiert einen negativen Marktwert in Höhe von 3.061 Mio. EUR auf. Diese Zinsswaps bleiben bilanziell unbewertet, da in den aktiven und passiven Bilanzposten zinsinduzierte stille Reserven enthalten sind, die wesentlich größer sind als die negativen Marktwerte der Zinsswaps.



Die Credit Default Swaps (CDS), bei denen die L-Bank Sicherungsgeber ist, sind mit dem Nominalvolumen in Höhe von 4.475 Mio. EUR in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

<b>DERIVATIVE GESCHÄFTE – KONTRAHENTENGLIEDERUNG</b>	Nominalwerte	Nominalwerte	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2011
– Banken in der OECD	90.513	92.645	3.423	–6.124	3.664	–4.627
– Öffentliche Stellen in der OECD	115	–	5	–9	–	–
– Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsengeschäfte)	12.967	8.652	395	–925	296	–482
<b>Gesamt</b>	<b>103.595</b>	<b>101.297</b>	<b>3.823</b>	<b>–7.058</b>	<b>3.660</b>	<b>–5.109</b>

<b>DERIVATIVE GESCHÄFTE – FRISTENGLIEDERUNG</b>	Zinsrisiken	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Kreditderivate
Nominalwerte in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
<b>Restlaufzeiten</b>						
– bis 3 Monate	3.068	2.260	7.909	8.053	70	50
– bis 1 Jahr	6.359	7.578	3.074	2.058	205	416
– bis 5 Jahre	39.703	38.528	6.801	7.082	3.216	2.656
– über 5 Jahre	29.490	29.324	2.716	1.442	984	1.850
<b>Gesamt</b>	<b>78.620</b>	<b>77.690</b>	<b>20.500</b>	<b>18.635</b>	<b>4.475</b>	<b>4.972</b>

Die dargestellten Geschäfte enthalten keine Handelsgeschäfte.

#### BEWERTUNG DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

Die Marktbewertung der Derivate beruht auf Marktdaten zum 31.12.2012. Es werden Zinskurven, Wechselkurse, CDS-Spreadkurven, CFC-, Swaption- und FX-Volatilitäten einbezogen, die die Bank von externen Anbietern erhält. In den Zinsstrukturmodellen benötigte Parameter werden z.T. durch Kalibrierung unter Verwendung von historischen Zeitreihen gewonnen (Mean-Reversion-Parameter bei Hull-White-Modellen sowie Korrelationsparameter).

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zins- und Devisenderivate	DCF-Methode
Caps/Floors, Swaptions	Black 76
Komplexe Zinsstrukturen	Zinsstrukturmodelle (BGM-Modell, Hull-White-Modell, modifiziertes Hull-White-Modell für mehrere Währungen)
Kreditderivate	Intensitätsmodell

#### ANGABEN ZUR STEUERPFICHT

Die L-Bank ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und § 3 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

### ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A (4) NR. 2 HGB

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
1. Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,34	35.351	2.029
2. Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH, Stuttgart	24,00	3.484	-3.812
3. BEONTRA AG, Karlsruhe	31,50	357	3
4. CONTTEK Holding GmbH, Pforzheim	44,75	7.059	1.148
5. DBAG Expansion Fund GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main	22,68	786	-20
6. Dorner GmbH, Gaildorf	40,00	***	***
7. EB Automotive Group GmbH, Wallerstein	30,97	***	***
8. greenovation Biotech GmbH, Heilbronn	22,84	239	-1.626
9. GUTEX GmbH & Co. KG, Waldshut-Tiengen	36,50	18.000	9.733
10. H. Henselmann Verwaltungs GmbH, Waldshut-Tiengen	36,57	398	86
11. IntelliShop Holding GmbH, Karlsruhe	42,33	120	-167
12. KOKI Technik Holding GmbH, Konstanz	36,55	9.859	-3.317
13. MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	26,80	42.597	4.694
14. Mellifera Dritte Beteiligungsgesellschaft mbH, Weinheim	26,00	9.421	-1.917
15. Micropelt GmbH, Freiburg	20,10	-9.181	-3.569
16. PT German Centre Indonesia, Tangerang, Indonesien	83,67	-3.224**	-1.545**
17. Rhitex Bauplatten GmbH, Waldshut-Tiengen	36,55	87	4
18. SeeTec AG, Philippsburg	47,61	640	-865
19. StEP Stuttgarter EngineeringPark GmbH, Stuttgart	100,00	7.237	1.967

**ANTEILSBESITZ GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB/§ 340A (4) NR. 2 HGB**

Nr. Name/Sitz	unmittelbare Anteile in %	Eigenkapital* in TEUR	Ergebnis* in TEUR
20. Strohheker Holding GmbH, Pforzheim	49,50	1.947	41
21. SYMPORE GmbH, Tübingen	34,98	***	***
22. Technologiepark Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	96,00	9.841	1.159
23. Technologieparks Tübingen-Reutlingen GmbH, Tübingen	100,00	8.465	97
24. ulrich GmbH & Co. KG, Ulm	21,29	7.508	3.964
25. ulrich Verwaltungs GmbH, Ulm	21,32	59	4
26. Wessel-Werk Beteiligungsverwaltung GmbH, Karlsruhe	35,00	***	***

\* Jeweils des letzten vorliegenden Geschäftsjahres.

\*\* Umrechnungskurs: 1 EUR = 12.705 IDR.

\*\*\* Wegen Insolvenz wurde kein Jahresabschluss erstellt.

## ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

ANLAGEN-SPIEGEL								
Anlagevermögen Bilanzposten	Anschaffungs- kosten 01.01.2012 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abschreibungen gesamt TEUR	Buchwert 31.12.2012 TEUR	Abschreibungen 2012 TEUR
Schuldverschr. und andere festverz. Wertpapiere	20.674.513						22.500.157	-10.000
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere	-				Nettoveränderung nach § 34 (3) S. 2 RechKredV: 1.549.971		-	-
Beteiligungen	765.575						501.386	-511
Anteile an verbun- denen Unternehmen	34.793						23.309	-
Immaterielle Vermögenswerte	24.463	2.125	-497	-	-	-17.915	8.176	-3.921
Sachanlagen	219.164	3.554	-5.400	-	-	-95.299	122.019	-8.240
Sonstige Ver- mögensgegen- stände	14.266	224	-	-	-	-22	14.468	-

## GESAMTBZÜGE VON GREMIEN UND VERWALTUNGSORGANEN DER L-BANK

Bezüge der Vorstände in TEUR	fixe Bezüge		variable Bezüge		sonstige Bezüge		Gesamtsumme	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Christian Brand	450	439	217	184	21	20	688	643
Jürgen Hägele	192	327	163	147	7	19	362	493
Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser	312	288	144	129	26	25	482	442
Dr. Karl Epple	279	272	87	74	18	15	384	361
	1.233	1.326	611	534	72	79	1.916	1.939

Für variable Bezüge, die im Jahr 2013 ausbezahlt werden, wurden Rückstellungen in Höhe von 615 TEUR gebildet. Die Mitglieder des Vorstandes haben im Jahr 2012 Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in Höhe von insgesamt 62 TEUR erhalten.

Für Mandate in konzerneigenen Unternehmen werden Vergütungen nicht gewährt.

Die Mitglieder des Vorstandes haben eine Zusage auf Zahlung eines Ruhegehalts nach Beendigung der Vorstandstätigkeit. Die Höhe des Ruhegehalts orientiert sich an einem vereinbarten Prozentsatz der letzten Jahresgrundvergütung.

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
– Verwaltungsrat	157	150
– Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. von deren Hinterbliebenen	1.049	771
– Bezüge Beirat (inkl. Reisekosten)	132	125
– für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehende Pensionsrückstellungen	13.760	10.334

## KREDITE AN VERWALTUNGSORGANE (EINSCHL. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE)

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
– Verwaltungsrat	36	61
– Vorstand	287	650

Alle Kredite sind marktgerecht verzinst.

## ZAHL DER IM JAHRESDURCHSCHNITT 2012 BESCHÄFTIGTEN MITARBEITER

	männlich	weiblich	gesamt
Mitarbeiter*	506	676	1.182
davon: Vollzeitbeschäftigte	481	386	867
Teilzeitbeschäftigte	25	290	315

\* Ohne Auszubildende, Praktikanten.

## MANDATE DER VORSTANDSMITGLIEDER UND DER MITARBEITER DER L-BANK GEM. § 340A ABS. 4 NR. 1 HGB

### CHRISTIAN BRAND, VORSITZENDER DES VORSTANDS

BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	Mitglied des Verwaltungsrats
Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH, Wasseralfingen	Mitglied des Aufsichtsrats
SHW AG, Aalen	Mitglied des Aufsichtsrats
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Wüstenrot Holding AG, Ludwigsburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

### PROF. DR. MANFRED SCHMITZ-KAISER, STV. VORSITZENDER DES VORSTANDS

BioPro Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

---

**DR. KARL EPPLE, MITGLIED DES VORSTANDS**

---

Baden-Württembergische Spielbanken Managementgesellschaft mbH, Baden-Baden	Mitglied des Aufsichtsrats
Bau- und Wohnungsverein Stuttgart, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats
Business-Park Göppingen GmbH, Göppingen	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Sächsische Aufbaubank – Förderbank, Dresden	stv. Mitglied des Verwaltungsrats

---

## ORGANE DER L-BANK

VORSTAND	VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER 2012		
<b>Christian Brand</b> Vorsitzender	<b>Ordentliche Mitglieder</b>		<b>Beratende Mitglieder</b>
<b>Jürgen Hägele</b> Stv. Vorsitzender bis 31.07.2012	<b>Vertreter der Landesregierung*</b>		
<b>Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser</b> Stv. Vorsitzender (seit 01.08.2012)	<b>Dr. Nils Schmid MdL</b> Finanz- und Wirtschaftsminister Vorsitzender	<b>Franz Untersteller MdL</b> Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	<b>Clemens Meister</b> Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der L-Bank, Karlsruhe
<b>Dr. Karl Epple</b>	<b>Alexander Bonde</b> Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stv. Vorsitzender	<b>Klaus-Peter Murawski</b> Staatssekretär im Staatsministerium	<b>Tatjana Aster</b> Vorsitzende des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe seit 19.12.2012
	<b>Reinhold Gall MdL</b> Innenminister Stv. Vorsitzender	<b>Claus Schmiedel MdL</b> Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion	<b>Reiner Enzmann</b> Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Karlsruhe bis 30.11.2012
	<b>Katrin Altpeter MdL</b> Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	<b>Edith Sitzmann MdL</b> Vorsitzende der Fraktion Grüne	<b>Thomas Dörflinger</b> Vorsitzender des Personalrats der L-Bank, Stuttgart



Stellvertretende Mitglieder

Stellvertreter der Landesregierung

<p><b>Ingo Rust MdL</b> Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</p>
<p><b>Wolfgang Reimer</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>
<p><b>Dr. Herbert O. Zinell</b> Ministerialdirektor im Innenministerium</p>
<p><b>Jürgen Lämmle</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>

<p><b>Helmfried Meinel</b> Ministerialdirektor im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>
<p><b>Michael Kleiner</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung I im Staatsministerium</p>
<p><b>Peter Hofelich MdL</b></p>
<p><b>Andrea Lindlohr MdL</b> Stv. Vorsitzende der Fraktion Grüne</p>

Stellvertreter

<p><b>Joachim Wohlfeil</b> Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe</p>
<p><b>Dr.-Ing. Hansjörg Rieger</b> Geschäftsführender Gesellschafter der RUD Ketten Rieger &amp; Dietz GmbH &amp; Co. KG</p>
<p><b>Gerhard Roßwog</b> Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes e.V.</p>
<p><b>Roger Kehle</b> Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e.V. bis 28.02.2012</p>
<p><b>Helmut M. Jahn</b> Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg seit 28.02.2012</p>
<p><b>Andreas Schmitz</b> Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus &amp; Burkhardt AG</p>
<p><b>Wilhelm Freiherr von Haller</b> Vorsitzender des Vorstands der Sal.Oppenheim jr. &amp; Cie.</p>

Weitere Stellvertreter der Landesregierung

<p><b>Walter Leibold</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Finanzpolitik und Beteiligungen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</p>
<p><b>Joachim Hauck</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz</p>
<p><b>Volker Jochimsen</b> Ministerialdirigent Leiter der Abteilung Verfassung, Kommunal- und Sparkassenwesen, Recht im Innenministerium</p>
<p><b>Johann-Christoph Kleinschmidt</b> Ministerialrat Leiter der Zentralstelle im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren</p>
<p><b>Jutta Lück</b> Ministerialdirigentin Leiterin der Abteilung Verwaltung im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft</p>
<p><b>Dr. Georg Walch</b> Ministerialrat Leiter des Referats Haushalts- und Steuerpolitik, Steuerschätzung, Liegenschaften und Beteiligungen im Staatsministerium</p>

## VORSCHLAG DES VORSTANDS FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt dem Verwaltungsrat vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 148.294.239,82 EUR den anderen Gewinnrücklagen 148,0 Mio. EUR zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 294.239,82 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Karlsruhe, 26. Februar 2013

L-Bank

Christian Brand

Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser

Dr. Karl Epple

## ERKLÄRUNG DES VORSTANDS ZUM JAHRESABSCHLUSS DER L-BANK ZUM 31.12.2012

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Karlsruhe, 26. Februar 2013

Christian Brand

Prof. Dr. Manfred Schmitz-Kaiser

Dr. Karl Epple

## BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nach-

weise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, den 26. Februar 2013

Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Caduff  
Wirtschaftsprüfer

Frey  
Wirtschaftsprüfer



Herausgeber:  
L-Bank

Schlossplatz  
76113 Karlsruhe  
Börsenplatz 1  
70174 Stuttgart

Tel. 0721 150-0  
Fax 0721 150-1001  
Tel. 0711 122-0  
Fax 0711 122-2112

[www.l-bank.de](http://www.l-bank.de)